



## **Standard-Eurobarometer 78 Herbst 2012**

# **DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

## **BERICHT**

Befragung: November 2012

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard-Eurobarometer 78 / Herbst 2012 – TNS Opinion & Social**

**Eurobarometer Standard 78**  
**Herbst 2012**

## **Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union**

Umfrage durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der Europäischen Kommission – Generaldirektion Kommunikation

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation "Forschung und Verfassen von Reden", in Auftrag gegeben und koordiniert

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I.</b>	<b>DAS LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION .....</b>	<b>6</b>
1.	<b>PERSÖNLICHE ASPEKTE .....</b>	<b>6</b>
1.1.	Die aktuelle persönliche Lebenssituation der europäischen Bürger.....	6
1.2.	Die Bewertung der beruflichen und finanziellen Situation .....	10
1.3.	Die Sorgen der europäischen Bürger .....	15
2.	<b>WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE .....</b>	<b>19</b>
2.1.	Die Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Lage .....	19
2.1.1.	Die nationale, europäische und weltweite Situation .....	19
2.1.2.	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.....	23
2.2.	Die Erwartungen an die nächsten 12 Monate .....	25
2.2.1.	Die Lage auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene.....	25
2.2.2.	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.....	27
2.3.	Die wichtigsten Sorgen auf nationaler Ebene .....	28
2.4.	Die wichtigsten Sorgen auf europäischer Ebene.....	33
3.	<b>POLITISCHE ASPEKTE .....</b>	<b>37</b>
3.1.	Das Interesse an Politik .....	37
3.2.	Das Vertrauen in die Institutionen .....	39
3.3.	Die Richtung, in die sich die Dinge entwickeln .....	41
<b>II.</b>	<b>DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER .....</b>	<b>47</b>
1.	<b>Verbundenheit mit der Union .....</b>	<b>47</b>
1.1.	Was bedeutet die Europäische Union .....	47
1.2.	Die Unterstützung der Mitgliedschaft in der EU und die diesbezüglich wahrgenommenen Vorteile (Kandidatenländer) .....	50
1.3.	Wie rüsten wir uns für die Zukunft?.....	52
2.	<b>Die Demokratie in der EU .....</b>	<b>56</b>
2.1.	Wahrnehmung der Funktion der nationalen Demokratien und der europäischen Demokratie.....	56
2.2.	Werden persönliche, nationale und europäische Interessen in der Europäischen Union gut berücksichtigt?.....	61
3.	<b>Die Europäer und die Globalisierung .....</b>	<b>65</b>
3.1.	Ist die Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum? .....	65
3.2.	Die EU und die Auswirkungen der Globalisierung .....	67

<b>4.</b>	<b>Die Europäischen Institutionen .....</b>	<b>74</b>
4.1.	Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen und das Vertrauen, das sie ausstrahlen .....	74
4.2.	Das Vertrauen in die Europäische Union .....	81
4.3.	Das Image der Europäischen Union.....	84
<b>5.</b>	<b>Die Kenntnisse der europäischen Union .....</b>	<b>90</b>
5.1.	Die Kenntnisse im Hinblick auf die Funktion der Europäischen Union .....	90
5.2.	Die objektiven Kenntnisse der Europäischen Union .....	91
<b>III.</b>	<b>DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND MORGEN.....</b>	<b>93</b>
1.	Die Unterstützung für die Europäischen Politiken .....	93
2.	Das Ziel des Europäischen Aufbauwerks .....	99
2.1.	Die wahrgenommenen Ziele des europäischen Aufbauwerks .....	99
2.2.	Die wünschenswerten Ziele des europäischen Aufbauwerkes.....	100
3.	Die Zukunft der Europäischen Union .....	102
3.1.	Die Meinung zu einem Bund von Nationalstaaten .....	102
3.2.	Die Zukunft der Europäischen Union.....	106

## ANHANG

Technische Spezifikationen  
Fragebogen



## EINLEITUNG

Die vorliegende Standard Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 3. und 18. November 2012 in 34 Ländern und Gebieten durchgeführt<sup>1</sup>: den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den sechs Beitrittskandidaten (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die Türkei, Island, Montenegro und Serbien), sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird.

Die vorherige Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77) war geprägt von einer Vielzahl von Indikatoren, die in Bezug auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage verhältnismäßig stabile Zahlen aufwiesen. In der damaligen Umfrage wurden auch etwas schlechtere Werte für die Unterstützung der Europäischen Union und ihrer Institutionen ermittelt, wobei diese Entwicklungen im Zusammenhang mit den erheblichen Rückgängen gesehen werden müssen, die sich in der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2011 (EB76) ergeben hatten.

Kurz nach Beginn der Feldarbeit für die vorliegende Herbstumfrage 2012, hatte die Europäische Kommission die Wirtschaftsprognosen für den Herbst 2012 veröffentlicht<sup>2</sup>: Diese sahen für das Jahr 2013 ein schwaches jährliches Wachstum des BIP in der EU von 0,4% voraus. Für die Eurozone wurde ein Wachstum von 0,1% vorhergesagt. Für 2014 wird überdies mit einem leichten Aufschwung gerechnet, der mit einem Anstieg des BIP in der Größenordnung von 1.6% in der EU und 1.4% in der Eurozone einhergehen sollte.

In den Wochen und vor allem im Monat vor der Umfrage fanden mehrere für die EU und ihre Institutionen wichtige Ereignisse statt. Es wurden wichtige Maßnahmen ergriffen, um eine stärker integrierte Europäische Union zu schaffen: Am 27. September wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus ins Leben gerufen und der am 2. März 2012 unterzeichnete Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag) sollte planmäßig am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Verleihung des Nobelpreises für Frieden am 12. Oktober 2012 war ein weiteres wichtiges Ereignis für die Europäische Union.

In Litauen und den Niederlanden fanden Parlamentswahlen statt. Während der Feldarbeit für die Umfrage wurde die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Slowenien abgehalten.

Außerhalb Europas wurde am 6. November Barack Obama für ein zweites Mandat als Präsident der Vereinigten Staaten wiedergewählt.

---

<sup>1</sup> In den technischen Spezifikationen im Anhang sind die exakten Daten der Feldarbeit in den jeweiligen Ländern angegeben

<sup>2</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu/forecasts/2012\\_autumn\\_forecast\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2012_autumn_forecast_en.htm)

Der gesamte Bericht der Standard Eurobarometer-Umfrage setzt sich aus mehreren Teilberichten zusammen. Im ersten Teilbericht wird die europäische öffentliche Meinung analysiert. In vier weiteren Teilberichten werden die Ansichten der europäischen Bürger zu den folgenden Themen untersucht: die Strategie Europa 2020; die Finanz- und Wirtschaftskrise; die europäische Bürgerschaft sowie die Mediennutzung in der Europäischen Union. Der hier vorliegende Teilbericht beschäftigt sich mit der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union.

Der hier vorliegende Teil, der sich mit der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union befasst, ist in drei Teile aufgeteilt. Der erste Teil befasst sich mit dem Leben in der Europäischen Union, gemäß den Wahrnehmungen der Bürger unter persönlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekten. Wir untersuchen die finanzielle und persönliche Situation der Bürger, ihre Ansichten zur nationalen, europäischen und globalen wirtschaftlichen Lage, ihre wichtigsten Sorgen und ihre Erwartungen bezüglich der Zukunft. Dieser Teil des Berichts befasst sich überdies mit dem Interesse europäischer Bürger an Politik sowie mit der Meinung der Befragten, wohin sich die Dinge im eigenen Land und in der EU entwickeln. Schließlich wird noch das Vertrauen der Bürger in die nationalen Institutionen und in die UN untersucht.

Im zweiten Teil des Berichts werden die Trendindikatoren vorgestellt, die ein Bild der Wahrnehmungen von und des Vertrauens der Bürger in die Europäische Union und ihrer Institutionen vermitteln. Zuerst gehen wir darauf ein, wie sehr sich die Bürger mit der Europäischen Union verbunden fühlen. Dieser Teil befasst sich auch mit den Meinungen der Bürger über die Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union und inwieweit sich die Europäische Union mit den persönlichen und nationalen Belangen der Bürger auseinandersetzt. Dieser Teil des Berichts untersucht überdies die Einstellungen der EU-Bürger zur Globalisierung. Abschließend vermittelt der Bericht noch einen Überblick darüber, wie bekannt den Europäern die europäischen Institutionen sind, wie viel Vertrauen sie in diese setzen, um schließlich den Kenntnisstand der Befragten über die EU zu ermitteln.

Der dritte Teil des Berichts beginnt mit einer Analyse davon, in welchem Ausmaß die Europäer verschiedene europäische Politikansätze unterstützen. Danach gehen wir darauf ein, welche Ziele des europäischen Aufbaus für die europäischen Bürger besonders wichtig sind und in welchem Maße sie deren Umsetzung wünschen. Schließlich untersuchen wir, wie die EU-Bürger die Zukunft der Europäischen Union sehen.

Die allgemeine Analyse sowie die soziodemografischen Analysen beruhen auf den Durchschnittswerten der 27 Mitgliedstaaten. Diese Durchschnittswerte sind gewichtet, um die tatsächliche Bevölkerung jedes Mitgliedstaates widerzuspiegeln. Die für die vorhergehenden Jahre ermittelten Durchschnittswerte stellen die Ergebnisse so dar, wie sie in allen Mitgliedstaaten der Union in ihrer damaligen Zusammensetzung festgestellt wurden.

32 731 Personen aus unterschiedlichen sozialen und demographischen Gruppen wurden persönlich bei ihnen zu Hause im Auftrag der Europäischen Kommission befragt. Als Methode wurde die Vorgehensweise für Eurbarometer-Umfragen der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und Verfassen von Reden“)<sup>3</sup> angewendet. Im Anhang finden sich technische Hinweise zu den Befragungen, so wie sie von den Mitgliedsinstituten des Netzwerks TNS Opinion und Social durchgeführt wurden. Darin sind die Befragungsmodalitäten sowie die Konfidenzintervalle angeführt<sup>4</sup>.

Die im Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Die Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
IE	Irland	SI	Slowenien
IT	Italien	SK	Slowakei
CY	Republik Zypern***	FI	Finnland
LT	Litauen	SE	
		UK	Das Vereinigte Königreich
CY (tcc )	Türkisch-zyprische Gemeinschaft		
HR	Kroatien	EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
TR	Türkei		
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien****	EU15	BE, IT, FR, DE, LU, NL, DK, UK, IE, PT, ES, EL, AT, SE, FI*
IS	Island	NMS12	BG, CZ, EE, CY, LT, LV, MT, HU, PL, RO, SL, SK**
ME	Montenegro	Eurozone	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK
RS	Serbien	Nicht- Eurozone	BG, CZ, DK, LV, LT, HU, PL, RO, SE, UK

\* Die EU15-Länder sind die 15 Länder, die vor den Erweiterungen im Jahr 2004 und 2007 die EU bildeten.

\*\* Die NMS12-Länder sind die 12 „neuen Mitgliedstaaten“, die im Zuge der Erweiterungen im Jahr 2004 und 2007 zur Europäischen Union gestoßen sind.

\*\*\* Zypern als Ganzes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Anwendung des gemeinsamen Besitzstandes «Acquis Communautaire» ist jedoch in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen wurden ausschließlich die in dem von der Regierung der Republik Zypern verwalteten Landesteil durchgeführten Befragungen in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den Durchschnitt der EU27 einbezogen. Die Befragungen, die in jenem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird, scheinen in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Turkish Cypriot Community – türkisch-zyprische Gemeinschaft*] auf.

\*\* Vorläufige Abkürzung, die nicht die definitive Nomenklatur für dieses Land wiedergibt. Diese wird nach Abschluss der aktuell bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbart.

\* \* \* \* \*

*Wir möchten uns bei allen Befragten in ganz Europa dafür bedanken, dass sie sich die Zeit für diese Befragung genommen haben. Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Studie nicht möglich gewesen.*

<sup>3</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

<sup>4</sup> Die Ergebnistabellen sind im Anhang aufgeführt. Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Gesamtprozentzahlen 100% übersteigen können, wenn der Befragte die Möglichkeit hatte, bei einer Frage mehrere Antworten zu geben.

## I. DAS LEBEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

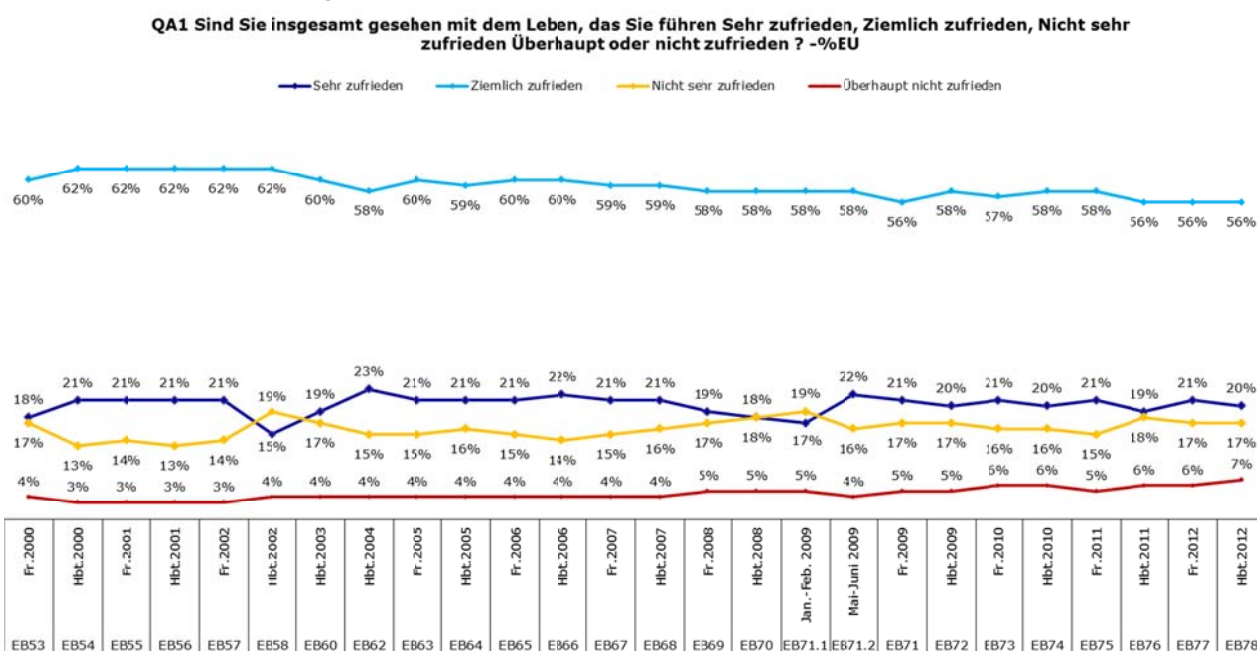
Die Meinungen der EU-Bürger über soziale und wirtschaftliche Fragen scheinen sich derzeit im negativen Bereich zu stabilisieren. Die starken Verluste, die in der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2011 (EB76) gemessen wurden, können bei zahlreichen Indikatoren nicht mehr wettgemacht werden. Zu einigen Punkten scheinen sich die Ansichten sogar noch weiter verschlechtert zu haben, insbesondere in Bezug auf den Arbeitsmarkt, der für die EU-Bürger die wohl größte Sorgenquelle darstellt. Während die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ausgeprägt bleiben, zeichnet sich die vorliegende Standard Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 (EB78) besonders in denjenigen Ländern durch schlechtere Wirtschafts-Indikatoren aus, die bisher angeblich noch zu den « verschonten » Mitgliedstaaten gehörten.

### 1. PERSÖNLICHE ASPEKTE

#### 1.1. Die aktuelle persönliche Lebenssituation der europäischen Bürger

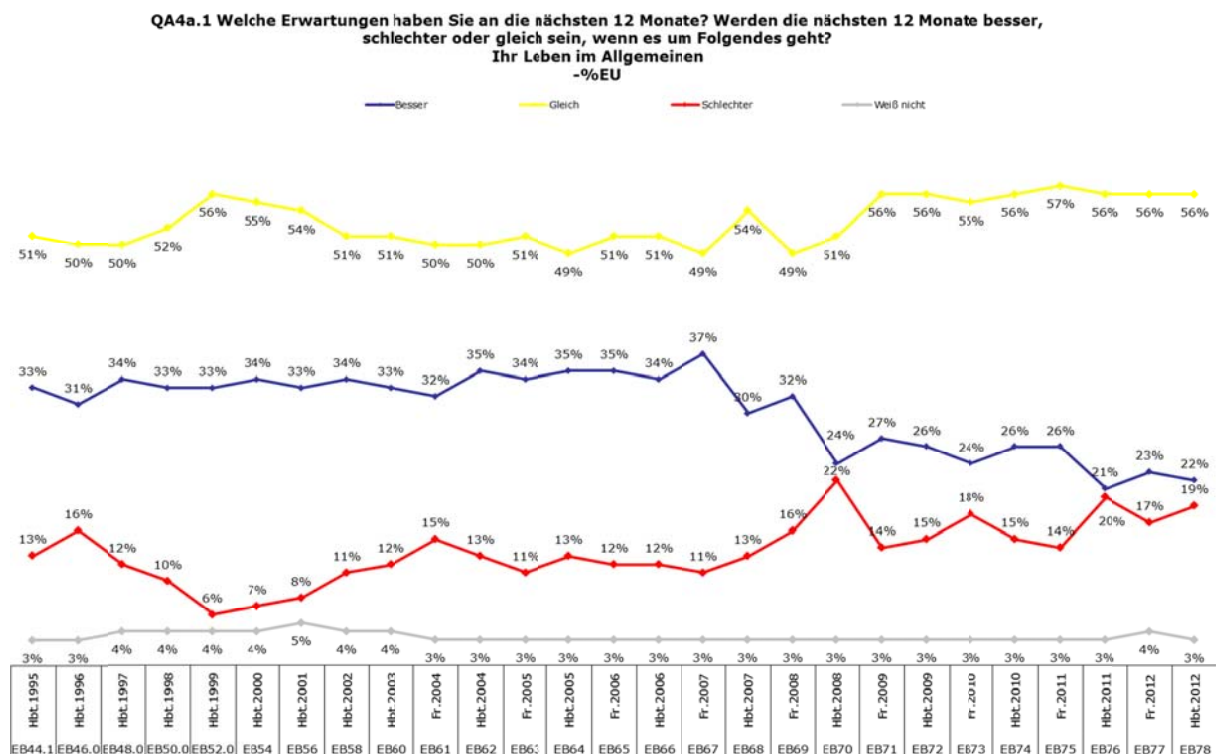
– Eine absolute Mehrheit der europäischen Bürger ist zufrieden mit dem Leben, das sie führen; nahezu ein Viertel ist nicht zufrieden –

Die persönlichen Zufriedenheitswerte der EU-Bürger mit dem eigenen Leben **bleiben nach wie vor hoch**: Mehr als drei Viertel der Befragten erklären, mit dem Leben, das sie führen, zufrieden zu sein (76%), auch wenn wir für diesen Anteil einen Rückgang von einem Prozentpunkt im Vergleich mit der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77) verzeichnen. Eine Mehrheit dieser Gruppe an Befragten erklärt, « ziemlich zufrieden » (56%, =) zu sein. Der Anteil an EU-Bürgern, die unzufrieden sind, steigt um einen Prozentpunkt (24%, +1 Prozentpunkt)<sup>5</sup>.



<sup>5</sup> QA1 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen ...? Sehr zufrieden; Ziemlich zufrieden; Nicht sehr zufrieden; Überhaupt nicht zufrieden; Weiß nicht / Keine Angabe

Auch auf die Frage, wie sie ihre Situation in den nächsten 12 Monate sehen, zeigen sich die Bürger geringfügig pessimistischer als noch zur Zeit der Frühjahrsumfrage des Standard Eurobarometer 2012 (EB77). Wir erinnern daran, dass sich die Einschätzung der Lage im Frühjahr 2012 leicht gebessert hatte, nachdem die Werte in der Herbstumfrage 2011 (EB76) deutlich gesunken waren. In der vorliegenden neuen Standard Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2012 ist nach wie vor eine stabile Mehrheit davon überzeugt, dass die nächsten 12 Monate keine Veränderung mit sich bringen werden, wenn es um das Leben im Allgemeinen geht (56%, =). Der Anteil derjenigen, die der Ansicht sind, die nächsten 12 Monate würden «schlechter» werden, steigt hingegen um zwei Prozentpunkte (19%, +2). Die pessimistische Sichtweise bleibt allerdings klar hinter der optimistischen zurück (22%, -1)<sup>6</sup>.



In 22 Mitgliedstaaten überwiegen die positiven Meinungen der Befragten und zwar teilweise recht deutlich. Ausnahmen bilden, wie schon im Frühjahr 2012, die befragten Personen in Griechenland (68% sind unzufrieden), Portugal (68%), Bulgarien (59%), Rumänien (55%) und Ungarn (52%).

In sechs Mitgliedstaaten übersteigen die positiven Meinungen 90%: Dies gilt für das Vereinigte Königreich (91%), die Niederlande (94%), Finnland (95%), Schweden (96%), Luxemburg (96%) und Dänemark (97%).

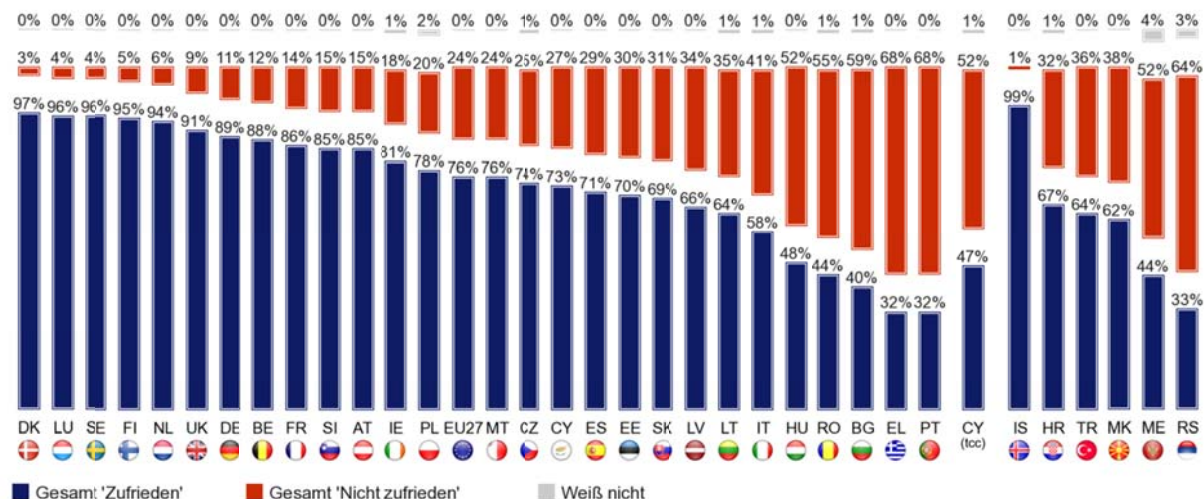
<sup>6</sup> QA4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



### In den Kandidatenländern :

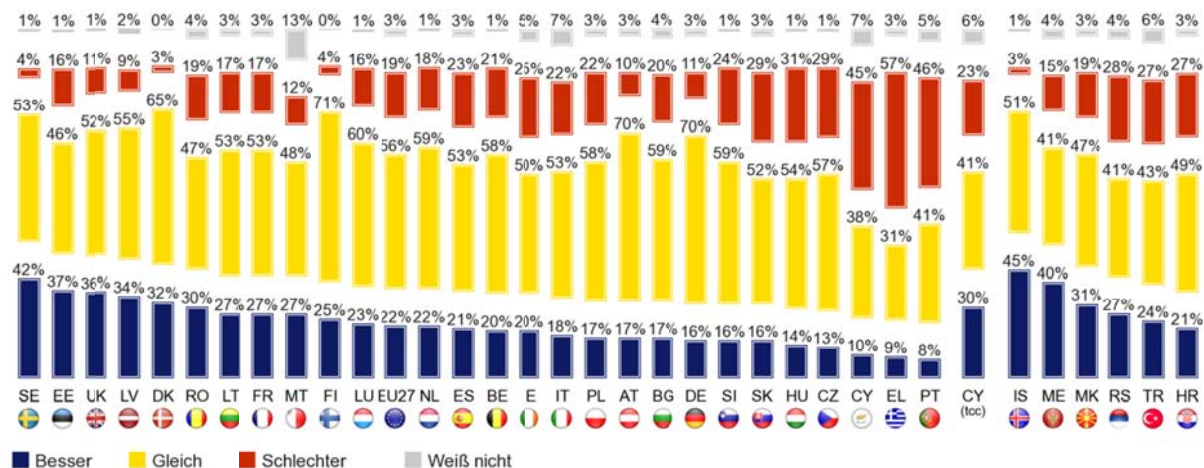
- Die persönliche Zufriedenheit wird in Island von nahezu der gesamten Bevölkerung (99%) und einer sehr großen Mehrheit in Kroatien (67%), in der Türkei (64%) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (62%) geteilt.
- Im Montenegro (52% sind unzufrieden) und in Serbien (64%) überwiegt die Unzufriedenheit.

QA1. Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?



QA4a.1. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Ihr Leben im Allgemeinen



In Ungarn (48%, +6 Prozentpunkte) steigt die persönliche Zufriedenheit, bleibt aber eine Minderheitenmeinung. Demgegenüber sinken die Werte auf Zypern (73%, -7), in Irland (81%, -5) und in der Tschechischen Republik (74%, -5), wobei es sich hier aber nach wie vor um Mehrheitsmeinungen handelt.

**QA4a.1 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?  
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein,  
wenn es um Folgendes geht?  
Ihr Leben im Allgemeinen**

		Besse- Schlechter EB77 Fr.2012	Besser- Schlechter EB78 Hbt.2012	Dff Hbt.2012- Fr.2012
	EU27	<b>+6</b>	<b>+3</b>	<b>-3</b>
	MT	<b>+9</b>	<b>+15</b>	<b>+6</b>
	UK	<b>+19</b>	<b>+25</b>	<b>+6</b>
	HU	<b>-22</b>	<b>-17</b>	<b>+5</b>
	ES	<b>-5</b>	<b>-2</b>	<b>+3</b>
	BG	<b>-5</b>	<b>-3</b>	<b>+2</b>
	IT	<b>-6</b>	<b>-4</b>	<b>+2</b>
	DK	<b>+28</b>	<b>+29</b>	<b>+1</b>
	LT	<b>+10</b>	<b>+10</b>	<b>=</b>
	AT	<b>+7</b>	<b>+7</b>	<b>=</b>
	LV	<b>+26</b>	<b>+25</b>	<b>-1</b>
	CZ	<b>-14</b>	<b>-16</b>	<b>-2</b>
	EE	<b>+24</b>	<b>+21</b>	<b>-3</b>
	EL	<b>-45</b>	<b>-48</b>	<b>-3</b>
	PL	<b>-2</b>	<b>-5</b>	<b>-3</b>
	SI	<b>-4</b>	<b>-8</b>	<b>-4</b>
	SE	<b>+42</b>	<b>+38</b>	<b>-4</b>
	NL	<b>+9</b>	<b>+4</b>	<b>-5</b>
	RO	<b>+16</b>	<b>+11</b>	<b>-5</b>
	DE	<b>+11</b>	<b>+5</b>	<b>-6</b>
	FI	<b>+27</b>	<b>+21</b>	<b>-6</b>
	BE	<b>+7</b>	<b>-1</b>	<b>-8</b>
	LU	<b>+16</b>	<b>+7</b>	<b>-9</b>
	IE	<b>+7</b>	<b>-5</b>	<b>-12</b>
	PT	<b>-23</b>	<b>-38</b>	<b>-15</b>
	SK	<b>+3</b>	<b>-13</b>	<b>-16</b>
	FR	<b>+27</b>	<b>+10</b>	<b>-17</b>
	CY	<b>-4</b>	<b>-35</b>	<b>-31</b>
	CY (icc)	<b>+6</b>	<b>+7</b>	<b>+1</b>
	HR	<b>+5</b>	<b>-6</b>	<b>-11</b>
	TR	<b>+9</b>	<b>-3</b>	<b>-12</b>
	MK	<b>+14</b>	<b>+12</b>	<b>-2</b>
	IS	<b>+42</b>	<b>+42</b>	<b>=</b>
	ME	<b>+35</b>	<b>+25</b>	<b>-10</b>
	RS	<b>=</b>	<b>-1</b>	<b>-1</b>

Wenn wir die Erwartungen der Bürger an die nächsten 12 Monate untersuchen, zeigt sich, dass der Optimismus-Index mittlerweile in 13 Mitgliedstaaten negativ ausfällt, während es in der Frühjahrsumfrage 2012 noch zehn Mitgliedstaaten waren: Dies gilt für Bulgarien, die Tschechische Republik, Griechenland, Spanien, Italien, Zypern, Ungarn, Polen, Portugal und Slowenien, wobei wir zu diesen mittlerweile auch Belgien, Irland und die Slowakei zählen müssen. Zur Erinnerung: Zur Zeit der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011 (EB75) verzeichneten nur fünf Mitgliedstaaten einen negativen Index.

Die am negativsten eingestellten Befragten finden wir in Griechenland (mit einem Index bei -48) und Portugal (-38).

## 1.2. Die Bewertung der beruflichen und finanziellen Situation

**– Die Erwartungen der europäischen Bürger in Bezug auf die finanzielle Situation ihres Haushaltes verschlechtern sich leicht, diejenigen bezüglich der beruflichen Situation bleiben unverändert –**

### Die finanzielle Situation des Haushaltes

Mehr als sechs von zehn europäischen Bürgern geben an, die finanzielle Situation ihres Haushalts sei « gut » (63%, gegenüber 35% « schlecht »)<sup>7</sup>. Der Anteil Befragter, die diese Überzeugung teilen, nimmt im Vergleich zur Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77) um einen Prozentpunkt zu, ohne jedoch das Niveau der Standard Eurobarometer-Umfrage EB75 vom Frühjahr 2011 (65%) wieder zu erreichen.

**Die Erwartungen der Bürger an die finanzielle Situation ihres Haushaltes in den kommenden 12 Monaten verschlechtern sich geringfügig, nachdem sie sich im Frühjahr 2012 etwas gebessert hatten:** Eine Mehrheit Befragter ist nach wie vor davon überzeugt, dass die Situation gleich bleiben wird (56%), dieser Anteil ist aber rückläufig (-2 Prozentpunkte). Gleichzeitig steigt der Anteil derjenigen, die erklären, die nächsten 12 Monate würden « schlechter » werden (23%, +2). Der Anteil Befragter, die eine positive Sichtweise haben, bleibt unverändert (18%) und ist nach wie vor niedriger als der Anteil der Pessimisten<sup>8</sup>.

### Die Länderanalyse zeigt Folgendes:

- In 20 Mitgliedstaaten wird die finanzielle Situation des eigenen Haushaltes von einer Mehrheit positiv bewertet (gegenüber 19 im Frühjahr 2012). Ausnahmen bilden Griechenland (hier wird sie von 77% als « schlecht » bewertet), Ungarn (70%), Portugal (67%), Bulgarien (66%), Rumänien (58%) und Italien (50%). In Irland ist erneut eine knappe Mehrheit positiv eingestellt (51%, +4). Auf Zypern teilen sich die befragten Personen in zwei gleich große Lager auf (50%, +2, gegenüber 50%, -1). Zu diesem Indikator verzeichnen wir keine außergewöhnlichen Veränderungen.
- In 16 Mitgliedstaaten verkehrt sich der Optimismus-Index ins Negative (im Vergleich zu 14 Mitgliedstaaten im Frühjahr 2012). Wir beobachten allerdings erhebliche Verschlechterungen, insbesondere auf Zypern (-28 Indexpunkte auf -49), in Portugal (-21 auf -53), der Slowakei (-14 auf -20), Belgien (-14 auf -9) sowie in Frankreich (-13, auch wenn der Index bei +3 knapp im positiven Bereich bleibt).
- Litauen (+2 auf 9) und das Vereinigte Königreich (+3 auf 11) heben sich von den anderen Ländern mit einem ansteigenden Optimismus-Index für die finanzielle Situation des Haushaltes ab.

<sup>7</sup> QA3a Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

<sup>8</sup> QA4a Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

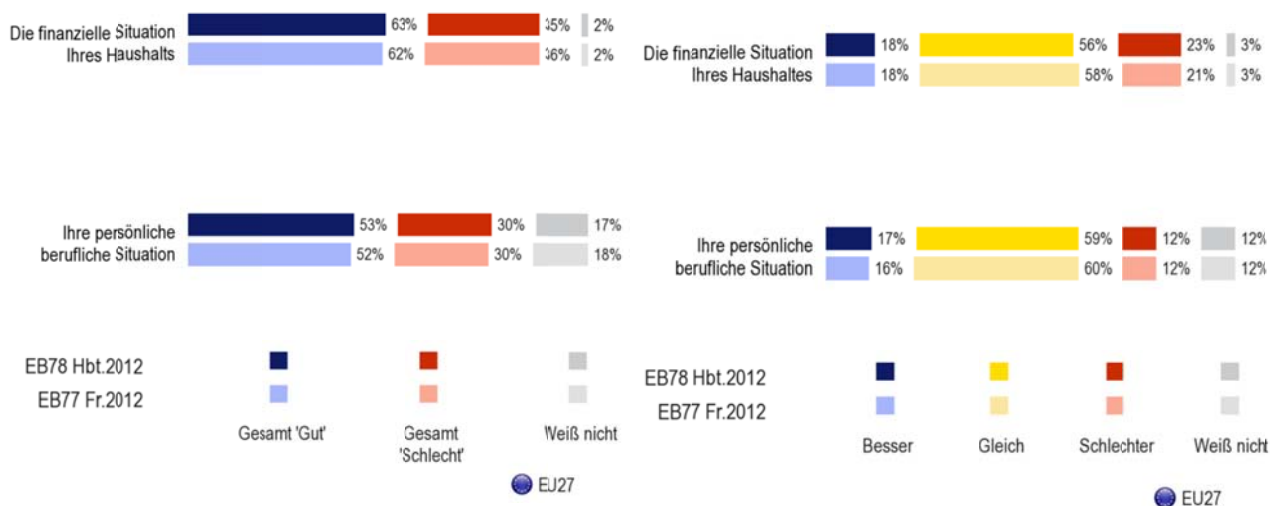


**In den Kandidatenländern** Island und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bleiben die Zufriedenheitswerte der Bürger in Bezug auf die finanzielle Situation des Haushaltes und die Erwartungen an die Zukunft mehrheitlich im positiven Bereich.

In der Türkei (43% sind zufrieden, -8, der Optimismus-Index geht ebenfalls um 14 Punkte auf -8 zurück) verkehrt sich die Mehrheitsmeinung ins Negative. In Kroatien (53%), dem Montenegro (61%) sowie in Serbien (69%) überwiegt mehrheitlich die Unzufriedenheit. Der Montenegro verfügt nach wie vor über einen mehrheitlich positiven Optimismus-Index, obwohl dieser um zehn Punkte fällt (+18).

QA3a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



## Die berufliche Situation

**Etwas mehr als die Hälfte der EU-Bürger ist mit der eigenen beruflichen Situation zufrieden**, dieses Ergebnis hat sich im Vergleich zum Standard Eurobarometer vom Frühjahr 2012 (53%, +1 Prozentpunkt, gegenüber 30%, die unzufrieden sind, stabil) nahezu nicht verändert, auch wenn der Anteil an Befragten, die zufrieden sind, im Vergleich zum Standard Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) um zwei Punkte ansteigt.

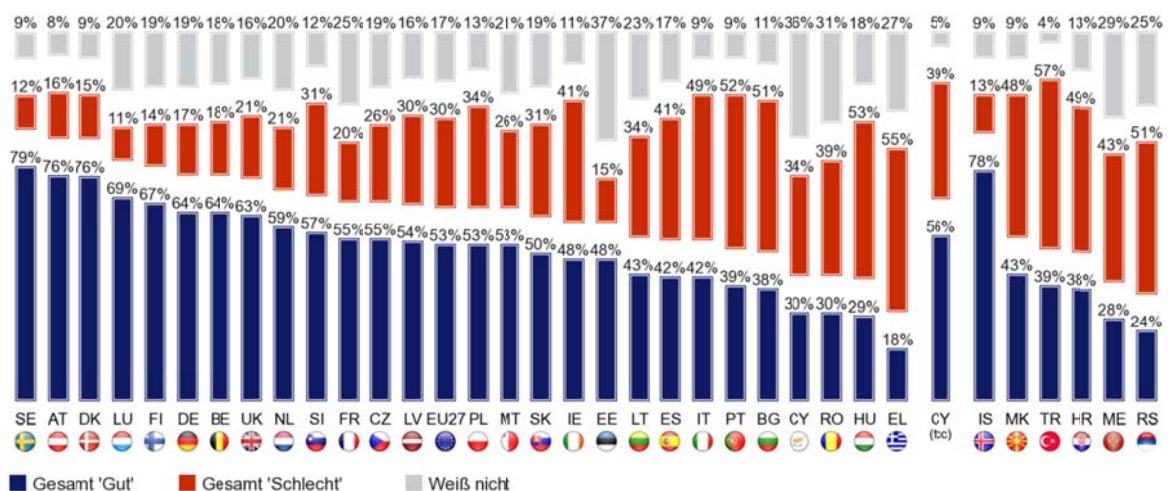
**Auch die Erwartungen der Befragten an ihre berufliche Situation in der nächsten Zeit sind verhältnismäßig stabil geblieben:** Eine Mehrheit der befragten Personen ist weiterhin davon überzeugt, dass die nächsten 12 Monate gleich bleiben werden (59%, -1), der Anteil Befragter, die erklären, sie würden « besser » werden, steigt um einen Punkt (17%) und bleibt somit höher als der Anteil an Bürgern, die überzeugt sind, die Zukunft würde « schlechter » werden (12%, =).

**Hinweis:**

- Wie schon im Frühjahr 2012 zeigt sich in 20 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Bürger mit der beruflichen Situation zufrieden. Ausnahmen bilden die Befragten in Bulgarien, Griechenland, Italien, Ungarn, Portugal und Rumänien und mittlerweile auch auf Zypern. Nachdem die Zufriedenheitswerte in Spanien kurzzeitig angestiegen waren, ist mittlerweile nur wieder eine sehr knappe Mehrheit der befragten Personen zufrieden mit der eigenen beruflichen Situation.
- In 16 Mitgliedstaaten verzeichnen wir einen mehrheitlich positiven Optimismus-Index, der allerdings - genauso wie die Werte bezüglich der Erwartungen der Bürger an die Zukunft der finanziellen Lage des Haushalts - erhebliche Einbußen hinnehmen muss. Dies gilt vor allem auf Zypern (-23 auf -30), in Portugal (-9 auf -30), in der Slowakei (-8 auf -7), aber auch in Belgien (-8 auf +3) und Frankreich (-8 auf +15), selbst wenn er in diesen beiden Ländern positiv bleibt.
- Litauen (+9 auf 7) und das Vereinigte Königreich (+7 auf 21) heben sich von den anderen Ländern durch einen ansteigenden Optimismus-Index der Bürger bezüglich ihrer beruflichen Situation ab.
- Unter den Kandidatenländern ist Island das einzige Land, in dem die Zufriedenheitswerte der Befragten mit ihrer beruflichen Situation mehrheitlich positiv ausfallen (78%). In Island (+21), aber auch im Montenegro (+13) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+3) liegt der Optimismus-Index für die Zukunft seinerseits für eine Mehrheit der Befragten im positiven Bereich. In Kroatien (-3) und Serbien (-9) fällt er negativ aus. In der Türkei schließlich fällt der Index nach einem Rückgang um sieben Punkte in den Negativbereich (-7).

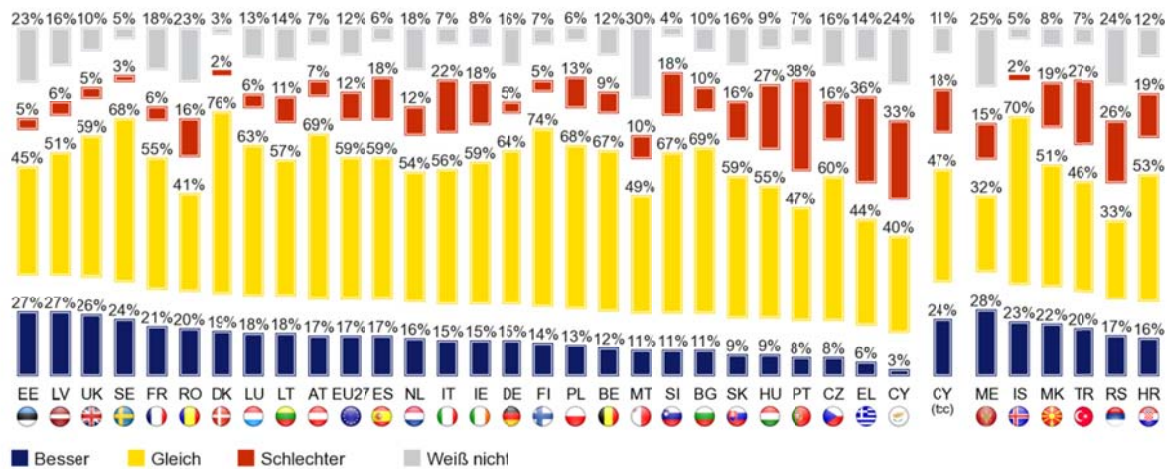
QA3a.4. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Ihre persönliche berufliche Situation



QA4a.5. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Ihre persönliche berufliche Situation



Zu allen Indikatoren verzeichnen wir sehr starke soziodemografische Unterschiede. Befragte mit besonders guter Ausbildung sowie Personen, die angeben, nahezu nie Schwierigkeiten mit dem Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben, sind überdurchschnittlich häufig mit ihrer Situation zufrieden. Auch Führungskräfte zeigen sich zufriedener als Angestellte; Angestellte wiederum zeigen sich zufriedener als Arbeiter.

Dieselben Tendenzen werden sichtbar, wenn wir die kurzfristigen Erwartungen der Bürger untersuchen, allerdings mit weniger deutlichen Unterschieden. Das Kriterium, das für die persönliche Zufriedenheit in besonderem Maße ausschlaggebend ist, liegt offenbar in der Befähigung der Befragten ihre Rechnungen zu bezahlen: Für die EU-Bürger, die hiermit besonders häufig Probleme haben, verzeichnen wir deutlich niedrigere Zufriedenheitswerte und Zukunftserwartungen, die erheblich pessimistischer ausfallen, als dies im Durchschnitt der Fall ist.

	QA3a Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?						QA4a Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?							
	Ihre persönliche berufliche Situation			Die finanzielle Situation Ihres Haushalts			Die finanzielle Situation Ihres Haushalts				Ihre persönliche berufliche Situation			
	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'schlecht'	Weiß nicht	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'schlecht'	Weiß nicht	Besser	Gleich	Schlechter	Weiß nicht	Besser	Gleich	Schlechter	Weiß nicht
EU27	53%	30%	17%	63%	35%	2%	18%	56%	23%	3%	17%	59%	12%	12%
<b>Geschlecht</b>														
Männlich	56%	29%	15%	65%	33%	2%	18%	58%	22%	2%	18%	60%	12%	10%
Weiblich	49%	31%	20%	60%	38%	2%	17%	56%	24%	3%	16%	59%	12%	13%
<b>Alter</b>														
15-24	50%	28%	22%	67%	29%	4%	28%	54%	14%	4%	30%	47%	10%	13%
25-39	59%	37%	4%	60%	38%	2%	26%	50%	21%	3%	26%	56%	13%	5%
40-54	60%	35%	5%	60%	39%	1%	17%	55%	26%	2%	17%	62%	16%	5%
55 +	44%	22%	34%	64%	34%	2%	8%	63%	27%	2%	5%	64%	10%	21%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>														
15-	34%	36%	30%	50%	48%	2%	9%	57%	31%	3%	7%	59%	16%	18%
16-19	53%	33%	14%	60%	39%	1%	17%	56%	24%	3%	17%	59%	13%	11%
20+	66%	24%	10%	75%	24%	1%	21%	58%	20%	1%	21%	62%	10%	7%
Studiert noch	48%	20%	32%	70%	25%	5%	25%	57%	13%	5%	27%	49%	7%	17%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>														
Selbstständige	68%	31%	1%	66%	33%	1%	22%	52%	23%	3%	23%	58%	15%	4%
Leitende Angestellte	87%	12%	1%	84%	15%	1%	20%	63%	15%	2%	20%	68%	9%	3%
Andere Angestellte	75%	23%	2%	71%	28%	1%	20%	55%	23%	2%	18%	65%	14%	3%
Arbeiter	68%	30%	2%	63%	35%	2%	20%	56%	21%	3%	19%	63%	14%	4%
Hausfrauen / -männer	32%	38%	30%	50%	48%	2%	15%	54%	28%	3%	14%	59%	13%	14%
Arbeitslose	9%	85%	6%	26%	72%	2%	26%	38%	32%	4%	33%	35%	24%	8%
Rentner / Pensionäre	38%	19%	43%	64%	34%	2%	7%	64%	27%	2%	3%	63%	8%	26%
Schüler / Studenten	48%	20%	32%	70%	25%	5%	25%	57%	13%	5%	27%	49%	7%	17%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>														
Meistens	22%	65%	13%	16%	82%	2%	19%	33%	44%	4%	20%	42%	28%	10%
Gelegentlich	43%	43%	14%	43%	55%	2%	19%	48%	30%	3%	18%	56%	17%	9%
Nahezu nie	64%	16%	20%	62%	16%	2%	17%	65%	16%	2%	16%	64%	7%	13%

### 1.3. Die Sorgen der europäischen Bürger

– Eine Hierarchie der persönlichen Sorgen, die größtenteils von den wirtschaftlichen Fragen dominiert wird und keine größeren Veränderungen erfahren hat –

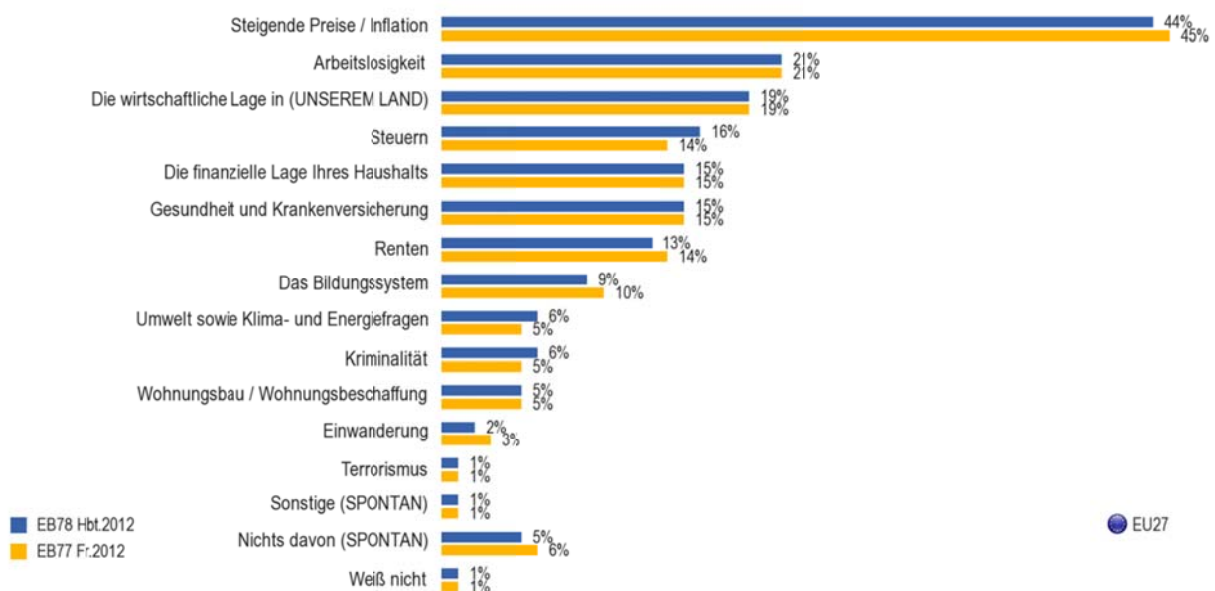
Das bei weitem größte Problem, mit dem sich die europäischen Bürger in ihrem persönlichen Leben konfrontiert sehen, sind nach wie vor **die steigenden Preise/Inflation** (44%, -1 Prozentpunkt). Als nächstes folgen **Arbeitslosigkeit** (21%, =) und **die wirtschaftliche Lage des Landes** (19%, =).

Ein Thema wird im Vergleich zum Standard Eurobarometer vom Frühjahr 2012 häufiger genannt: **die Steuern** (16%, +2). Aufgrund des Anstiegs der Nennungen wird dieses Thema mittlerweile häufiger angegeben, als **die finanzielle Lage des Haushalts** (15%, =), wobei ein starker Zusammenhang zwischen beiden Bereichen besteht.

Die Bereiche **Gesundheit und Krankenversicherung** (15%, =) sowie **Renten** (13%, -1) werden in identischen oder ähnlich hohen Anteilen wie im Frühjahr 2012 gewählt, und zwar noch häufiger als **das Bildungssystem** (9%, -1).

Etwas seltener werden die Bereiche **Kriminalität** (6%, +1), **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen** (6%, +1) gewählt. Diese Themen liegen aber noch vor dem **Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung** (5%, =), der **Einwanderung** (2%, -1) und dem **Terrorismus** (1%, =)<sup>9</sup>.

QA6a. Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?



<sup>9</sup>QA6 Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?



- In 21 Mitgliedstaaten erhält **die Inflation** die meisten Nennungen. In Litauen (66%), der Slowakei (66%), Estland (65%) und Ungarn (64%) sorgen sich besonders viele Bürger aufgrund dieses Themas. In Bulgarien (56%, +5), Slowenien (36%, +6) und in Griechenland (31%, +5) wird dieser Bereich häufiger als noch im Frühjahr 2012 als Sorgenpunkt genannt.
- **Die Arbeitslosigkeit** bleibt in Spanien an der Spitze der Liste und der Anteil Befragter, die sich deswegen sorgen, nimmt noch um drei Punkte zu (43%). Auch in der Tschechischen Republik wird dieser Bereich häufiger gewählt, als dies noch im Frühjahr 2012 (14%, +5) der Fall war.
- **Die wirtschaftliche Lage des Landes** wird in Griechenland an erster Stelle der persönlichen Sorgen genannt (36%), auch wenn dieser Bereich im Vergleich zum Frühjahr 2012 seltener gewählt wird (-4). Auf Zypern wird dieses Thema deutlich seltener gewählt (15%, -13), allerdings wird diese Entwicklung durch einen starken Anstieg des Anteils Befragter ausgeglichen, die sich für **die finanzielle Lage ihres Haushalts** (42%, +16) als mittlerweile größten Sorgenpunkt entscheiden.
- Wie schon im Frühjahr 2012 stellen wir fest, dass sich die Befragten **der Eurozone** größere Sorgen über die wirtschaftliche Lage des Landes, als über die finanzielle Lage des eigenen Haushaltes machen (20% bzw. 13%), während in den Ländern außerhalb der Eurozone das Verhältnis umgekehrt ist (17% bzw. 20%).
- **Die Steuern** sind in Italien ein häufig genanntes Thema (39%, +2), und mittlerweile gilt dies auch für Griechenland (30%, +14) und Litauen (32%, +9): In diesen Ländern steigen die Anteilswerte besonders deutlich an. Auch in Frankreich verzeichnen wir für dieses Thema im Vergleich zum Frühjahr 2012 einen deutlichen Zuwachs (17%, +6).
- **Die Gesundheit und Krankenversicherung** wird in Schweden (39%, =), den Niederlanden (32%, =), aber mittlerweile auch in Finnland, wo dieser Anteil sehr stark zunimmt (39%, +9), an die Spitze der Liste gewählt.
- In Schweden wird überdurchschnittlich häufig **das Bildungssystem** zu den persönlichen Sorgen gezählt (26%). Gleiches gilt für die **Umwelt sowie die Klima- und Energiefragen** (25%).

**Unter den Kandidatenländern** belegen die steigenden Preise/Inflation in Kroatien (59%), der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (49%), Serbien (48%), dem Montenegro (43%) sowie Island (42%) den ersten Platz der wichtigsten persönlichen Sorgen der befragten Bürger. In der Türkei wird dieser Bereich seltener genannt (30%), hier wird mittlerweile die wirtschaftliche Lage des Landes auf den ersten Platz gewählt (41%).

QA6a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

	Steigende Preise / Inflation	Arbeitslosigkeit	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	Steuern	Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	Gesundheit und Krankenversicherung	Renten	Das Bildungssystem	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Kriminalität	Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	Einwanderung	Terrorismus
EU27	44%	21%	19%	16%	15%	15%	13%	9%	6%	6%	5%	2%	1%
BE	46%	14%	16%	16%	11%	6%	11%	6%	9%	14%	5%	5%	1%
BG	56%	25%	23%	6%	22%	20%	16%	6%	3%	5%	2%	1%	1%
CZ	58%	14%	14%	12%	19%	17%	13%	6%	3%	2%	8%	1%	1%
DK	26%	18%	20%	7%	12%	10%	13%	10%	11%	5%	6%	4%	0%
DE	46%	11%	10%	12%	14%	17%	15%	14%	11%	3%	3%	2%	1%
EE	65%	13%	15%	16%	16%	18%	16%	10%	3%	2%	5%	0%	0%
IE	38%	33%	37%	16%	20%	13%	7%	8%	2%	9%	4%	3%	0%
EL	31%	30%	36%	30%	23%	11%	14%	8%	0%	7%	0%	2%	0%
ES	29%	43%	32%	14%	9%	11%	11%	10%	1%	2%	7%	2%	0%
FR	51%	17%	15%	17%	13%	13%	13%	10%	6%	10%	8%	3%	1%
IT	45%	25%	24%	39%	8%	7%	8%	5%	3%	3%	2%	3%	2%
CY	35%	31%	15%	6%	42%	10%	9%	6%	2%	8%	3%	4%	0%
LV	41%	22%	22%	17%	15%	21%	13%	9%	1%	1%	9%	3%	0%
LT	66%	17%	12%	32%	9%	12%	9%	6%	3%	3%	6%	3%	0%
LU	34%	13%	12%	13%	9%	6%	13%	15%	8%	7%	14%	6%	0%
HU	64%	26%	19%	7%	25%	13%	15%	6%	3%	3%	7%	0%	0%
MT	61%	7%	19%	10%	11%	8%	13%	10%	15%	4%	3%	7%	0%
NL	27%	14%	27%	12%	20%	32%	15%	17%	7%	4%	7%	1%	1%
AT	57%	10%	11%	12%	17%	17%	13%	11%	9%	7%	8%	3%	2%
PL	53%	29%	14%	6%	17%	17%	14%	4%	1%	3%	3%	1%	1%
PT	48%	26%	22%	17%	13%	9%	14%	2%	0%	1%	10%	0%	2%
RO	52%	16%	25%	9%	24%	20%	17%	8%	3%	9%	4%	1%	1%
SI	36%	17%	24%	8%	14%	12%	21%	11%	6%	2%	6%	1%	0%
SK	66%	15%	16%	5%	21%	15%	12%	7%	5%	3%	9%	0%	0%
FI	32%	15%	18%	10%	13%	39%	14%	6%	14%	4%	10%	3%	1%
SE	4%	19%	18%	4%	19%	39%	18%	26%	25%	7%	10%	5%	0%
UK	38%	17%	14%	10%	21%	13%	16%	11%	7%	11%	5%	6%	0%
CY (tcc)	50%	23%	23%	12%	18%	12%	3%	10%	6%	14%	7%	4%	4%
HR	59%	27%	25%	10%	28%	8%	17%	5%	2%	3%	6%	0%	0%
TR	30%	27%	41%	5%	1%	4%	2%	8%	12%	3%	2%	1%	28%
MK	49%	38%	21%	5%	22%	8%	6%	3%	4%	4%	3%	1%	1%
IS	42%	8%	21%	22%	24%	18%	14%	16%	5%	1%	14%	1%	0%
ME	43%	31%	28%	5%	21%	7%	4%	6%	2%	4%	5%	1%	1%
RS	48%	29%	27%	6%	26%	8%	6%	5%	2%	9%	6%	1%	1%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

**Die Analyse nach soziodemografischen Kriterien** verdeutlicht, dass der Bereich steigende Preise/Inflation für alle Bevölkerungskategorien an oberster Stelle der Sorgen steht. Einzige Ausnahme sind die Arbeitslosen, die besonders häufig die Arbeitslosigkeit nennen (77%, gegenüber 21% der gesamten europäischen Bevölkerung).

Die Selbstständigen sorgen sich überdurchschnittlich häufig aufgrund des Themas Steuern (32%, gegenüber 16% aller EU-Bürger).

Die Führungskräfte ihrerseits nennen überdurchschnittlich häufig das Bildungssystem (17%), in dieser Bevölkerungsgruppe wird die Arbeitslosigkeit recht selten gewählt (9%). Ausserdem stellt für diese Bürger die wirtschaftliche Lage des Landes (21%) eine deutlich größere Sorge dar, als die finanzielle Situation des eigenen Haushaltes (16%). Unter den Arbeitslosen sind diese Anteile gleich groß (bei 20%).

Diese Differenz zeigt sich besonders deutlich an den europäischen Bürgern, die nahezu nie Schwierigkeiten mit dem Bezahlen ihrer Rechnungen haben (17% dieser Befragten sorgen sich wegen der wirtschaftlichen Situation auf Landesebene und 10% auf Haushaltsebene), und jenen, die besonders häufig mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen haben (22% und 30%).

Die jüngsten Befragten zeigen sich besonders aufgrund der Arbeitslosigkeit beunruhigt (28%). Der Bereich wird von dieser Bevölkerungsgruppe auf den zweiten Platz der Liste gewählt, und zwar nach der Inflation (37%) und knapp vor dem Bildungssystem (26%).

QA6a Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

	Steigende Preise / Inflation	Arbeitslosigkeit	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	Steuern	Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	Gesundheit und Krankenversicherung
EU27	44%	21%	19%	16%	15%	15%
<b>Geschlecht</b>						
Männlich	41%	22%	21%	18%	15%	13%
Weiblich	46%	20%	17%	14%	16%	16%
<b>Alter</b>						
15-24	37%	28%	17%	10%	12%	8%
25-39	46%	27%	21%	19%	18%	11%
40-54	45%	25%	21%	18%	20%	12%
55 +	44%	12%	16%	14%	11%	22%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>						
15-	46%	22%	17%	17%	14%	15%
16-19	48%	21%	19%	16%	18%	15%
20+	40%	19%	20%	17%	14%	16%
Studiert noch	34%	23%	17%	8%	10%	9%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>						
Selbstständige	38%	14%	29%	32%	15%	10%
Leitende Angestellte	43%	9%	21%	20%	16%	13%
Andere Angestellte	49%	15%	23%	21%	17%	12%
Arbeiter	51%	17%	18%	18%	19%	13%
Hausfrauen / -männer	49%	24%	18%	15%	17%	13%
Arbeitslose	32%	77%	20%	7%	20%	7%
Rentner / Pensionäre	45%	9%	13%	12%	11%	25%
Schüler / Studenten	34%	23%	17%	8%	10%	9%
<b>Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen</b>						
Meistens	40%	42%	22%	13%	30%	9%
Gelegentlich	49%	27%	21%	18%	20%	11%
Nahezu nie	42%	14%	17%	15%	10%	18%

Die ersten 6 gewählten Optionen



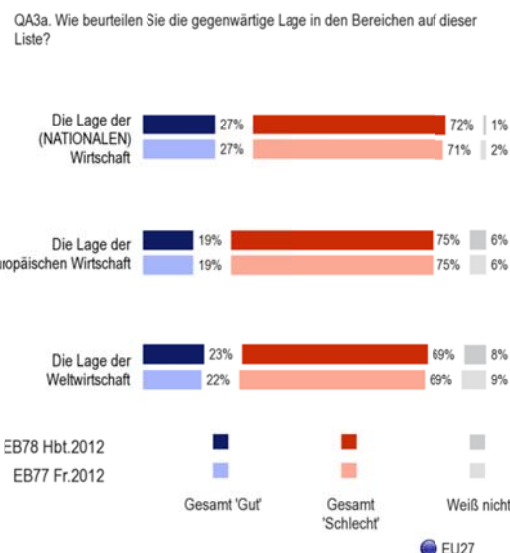
## 2. WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE

– Die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage stabilisieren sich auf negativem Niveau, die Ansichten über den Arbeitsmarkt verschlechtern sich –

### 2.1. Die Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Lage

#### 2.1.1. Die nationale, europäische und weltweite Situation

Nach wie vor schätzen die europäischen Bürger die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes negativ ein: Mehr als sieben von zehn EU-Bürgern bewerten sie mit « schlecht » (72%, +1 Prozentpunkt, gegenüber 27%, die sie mit « gut », = bewerten). Annähernd drei von zehn Befragten sind sogar der Ansicht, sie sei « sehr schlecht » (29%, -1). Wir bewegen uns demzufolge in einer ähnlichen Größenordnung, wie sie schon für die Standard Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2011 (EB76) gemessen wurde. Damals hatten sich die Einschätzungen der Befragten deutlich verschlechtert (31% der europäischen Bürger bewerteten die wirtschaftliche Lage ihres Landes als « sehr schlecht », d.h. +6 im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2011 (EB75)).




**Auch die europäische wirtschaftliche Lage wird von einer klaren Mehrheit Befragter negativ beurteilt:** Drei Viertel der EU-Bürger sind der Ansicht, sie sei « schlecht » (75%, gegenüber nur 19%, die sie als « gut » bewerten). Diese Anteile haben sich im Vergleich zum Standard Eurobarometer vom Frühjahr 2012 (EB77) nicht verändert. Wir stellen allerdings fest, dass der Anteil Befragter, die der Meinung sind, die wirtschaftliche Lage sei « sehr schlecht », um drei Punkte zurückgeht (auf 22%, gegenüber 53% « ziemlich schlecht », +3). Im Herbst 2011 belief sich der Anteil der besonders negativ eingestellten Befragten auf 27%.

**Auch die Einschätzungen der weltweiten wirtschaftlichen Lage bleiben stabil, sie wird nach wie vor von einer Mehrheit negativ beurteilt.** Allerdings wird sie von den europäischen Bürgern etwas weniger düster eingeschätzt, als die Lage des eigenen Landes oder der Europäischen Union: 69% (stabil) der europäischen Bürger bewerten die weltweite wirtschaftliche Lage als « schlecht » und etwas weniger als ein Viertel von ihnen erklärt, sie sei « gut » (23%, +1)<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> QA3. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

In den Mitgliedstaaten der Eurozone sind die befragten Personen nach wie vor etwas häufiger (28%, -1) als die Befragten in den Ländern, die nicht Mitglied der Eurozone sind (24%, +1) der Ansicht, die wirtschaftliche Lage ihres Landes sei günstiger. Die Differenz zwischen den Ländergruppen verringert sich allerdings erheblich (im Frühjahr 2011 lag der Anteil bei 34% für die Eurozone und bei 24% in den Ländern außerhalb der Eurozone). Was die wirtschaftliche Lage auf europäischer Ebene anbelangt, sind die befragten Personen in den Mitgliedstaaten der Eurozone nur noch zu einem Anteil von 16% (-1) der Ansicht, sie sei gut, gleichzeitig sehen die befragten Bürger in den übrigen Mitgliedstaaten die Lage etwas positiver (24%, +1, d.h. +4 im Vergleich zum Herbst 2011). In Bezug auf die weltweite wirtschaftliche Lage wird der Unterschied noch deutlicher: 19% der befragten Personen in der Eurozone bewerten sie als « gut » (=), gegenüber 28% außerhalb der Eurozone (+1). Die Bürger der Eurozone sind also bezüglich der wirtschaftlichen Lage ihres eigenen Landes positiver eingestellt, als in Bezug auf die weltweite Wirtschaftslage (28% gegenüber 19%). Das Gegenteil gilt für die Befragten außerhalb der Eurozone (24% gegenüber 28%). Zwischen den EU15-Ländern und den NMS12 können wir ein ähnliches Phänomen beobachten: Die Befragten in den EU15 (29%) bewerten die nationale wirtschaftliche Lage positiver, als die Befragten in den NMS12 (18%). In Bezug auf die wirtschaftliche Lage auf europäischer (15% gegenüber 33%) sowie globaler (20% gegenüber 33%) Ebene gilt das Gegenteil.

**QA3a. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**

	Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft		Die Lage der europäischen Wirtschaft		Die Lage der Weltwirtschaft	
	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'Schlecht'	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'Schlecht'	Gesamt 'Gut'	Gesamt 'Schlecht'
 EU27	27%	72%	19%	75%	23%	69%
Euro-zone	28%	71%	16%	80%	19%	74%
Nicht euro-zone	24%	74%	24%	66%	28%	61%
EU15	29%	70%	15%	80%	20%	73%
NEM12	18%	80%	33%	57%	33%	53%

**Wenn es um die nationale wirtschaftliche Lage geht:**

- Wie schon im Frühjahr 2012 bewertet in nur sechs Mitgliedstaaten eine Mehrheit der befragten Personen die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes als positiv: Deutschland (75%), Schweden (75%), Luxemburg (70%), Österreich (65%), Finnland (55%) und Dänemark (53%).
- Im Vergleich zum Frühjahr 2012 stellen wir allerdings selbst in diesen « Ausnahmeländern » zum Teil erhebliche Rückgänge der positiven Einschätzungen fest: -12 Punkte in Luxemburg und -13 in Finnland.

- Wir weisen auf weitere erhebliche Verschlechterungen hin, die unsere Beobachtungen hinsichtlich der persönlichen Zufriedenheit der Befragten zusätzlich bestätigen: Vor allem in Belgien sinkt der Anteil zufriedener Befragter um weitere 17 Punkte (auf 20%), nachdem dieser Anteil schon im Herbst 2011 um 24 Prozentpunkte gesunken war. Gleiches gilt für Zypern (nur 6% der Befragten sind zufrieden, -8, nach einem Verlust von bereits -12 Punkten in der Herbstumfrage 2011).
- In neun Mitgliedstaaten (Griechenland, Spanien, Zypern, Italien, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Irland und Ungarn) verzeichnen wir mindestens 90% für die Anteile Befragter, die negativer Meinung sind.
- **Hinweis:** Auch wenn wir für Portugal eine sehr große Mehrheit feststellen, die sich negativ äußert, so geht dieser Anteil nichtsdestoweniger um acht Punkte zurück (auf 89% gegenüber 11% positiver Ansichten).

#### Wenn es um die europäische wirtschaftliche Lage geht:

- In nahezu allen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Litauen (wie schon im Frühjahr 2012 bewerten 47% der Befragten die Lage als « gut », -1, gegenüber 43%, die sie als « schlecht » bezeichnen, +1), überwiegt die Überzeugung der Befragten, dass die europäische Wirtschaftslage « schlecht » sei. Gleiches gilt mittlerweile auch für Bulgarien, in diesem Land fallen die Bewertungen aber zunehmend positiver aus (43%, +5 gegenüber 41%, -7).
- Auch wenn in Spanien (83%, -7) und Irland (85%, -7) die negativen Meinungen über die Wirtschaftslage in der Europäischen Union von einer großen Mehrheit Befragter geteilt werden, verzeichnen wir auch hier rückläufige Werte. In Irland sind vor allem die abgrenzenden Meinungen rückläufig: 34% bewerten die Lage als « sehr schlecht » (-20) und eine mittlerweile absolute Mehrheit der Befragten beurteilt die Lage als « ziemlich schlecht » (51%, +13).
- Im Vereinigten Königreich gehen die negativen Einschätzungen ebenfalls zurück, es handelt sich aber nach wie vor um eine deutliche Mehrheit, die diese Meinung teilt (80%, -5). Vor allem sinkt der Anteil Befragter, die die Situation als « sehr schlecht » bezeichnen (40%, -10).
- In Italien (89% bewerten die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union als « schlecht »), Portugal (88%) und Schweden (87%) verzeichnen wir besonders düstere Einschätzungen. Aber auch Belgien gehört mittlerweile zu dieser Ländergruppe, in der die befragten Personen eine deutlich negativere Einschätzung der Lage vertreten (86%, +12, von diesen bewerten 27% die Lage als « sehr schlecht », +13).
- Für Finnland hatten wir festgestellt, dass die befragten Personen die wirtschaftliche Lage ihres Landes schlechter beurteilen, als noch im Frühjahr 2012. Mittlerweile wird auch die Situation auf europäischer Ebene deutlich kritischer beurteilt (77%, +8).

**Wenn es um die globale wirtschaftliche Lage geht:**

- Hier lassen sich die gleichen Tendenzen beobachten, wie wir sie schon in Bezug auf die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union festgestellt haben.
- Litauen, ein Mitgliedstaat, in dem die Meinungen trotz rückläufiger Zahlen ausgeglichen sind (43%, -3), sowie Bulgarien, hier nehmen die positiven Meinungen zu (42%, +6, gegenüber 37%, -5) sind die beiden einzigen EU-Länder, in denen die negativen Ansichten über die wirtschaftliche Lage nicht von einer Mehrheit Befragter geteilt werden.
- Vor allem in Belgien (16%, -8) und Finnland (32%, -7) geht die Anzahl positiver Meinungen zurück, in Irland (13%, +6) und Spanien (13%, +6) nehmen sie zu.

**In den Kandidatenländern:**

- In der Türkei werden die derzeit ansteigenden negativen Ansichten über die nationale Wirtschaftslage (58%, +6) von einer Mehrheit geteilt, nachdem sie im Frühjahr 2012 (seinerzeit -10) erheblich gesunken waren.
- Auch bezüglich der europäischen wirtschaftlichen Lage erklärt eine Mehrheit, dass diese negativ einzuschätzen ist. Eine Ausnahme bildet die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (54% beurteilen die Lage als « gut », stabil, gegenüber 36%, -3).

**Eine Analyse nach soziodemografischen Kriterien macht deutlich, dass es hinsichtlich der Bewertung der wirtschaftlichen Lage mehr oder weniger deutliche Differenzen gibt, je nachdem ob man von der nationalen oder der europäischen Situation spricht:**

- Die Einschätzung der **nationalen** Wirtschaftslage unterscheidet sich nur geringfügig in Abhängigkeit vom Alter der Befragten. Umso deutlicher sind die Differenzen, wenn es um das Ausbildungsniveau geht: Europäische Bürger, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben, bewerten die wirtschaftliche Lage positiver (33%), als diejenigen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben (20%). Wir stellen überdies Unterschiede in Abhängigkeit von der beruflichen Tätigkeit fest: Führungskräfte (40%) schätzen die Lage positiver ein, als Angestellte (27%), Arbeiter (24%), Pensionäre (27%) sowie Arbeitslose (15%). Wir beobachten ausserdem, dass die positiven Meinungen deutlich häufiger von den europäischen Bürgern geteilt werden, die nahezu niemals Schwierigkeiten mit dem Bezahlen ihrer Rechnungen haben (36%), als von denjenigen, die sehr häufig mit dieser Art von Problemen konfrontiert sind (9%). Die EU-Bürger schließlich, die erklären, sich stark für Politik zu interessieren, teilen die positiven Einschätzungen sehr viel häufiger (33%), als diejenigen, die erklären, sich hierfür überhaupt nicht zu interessieren (14%).

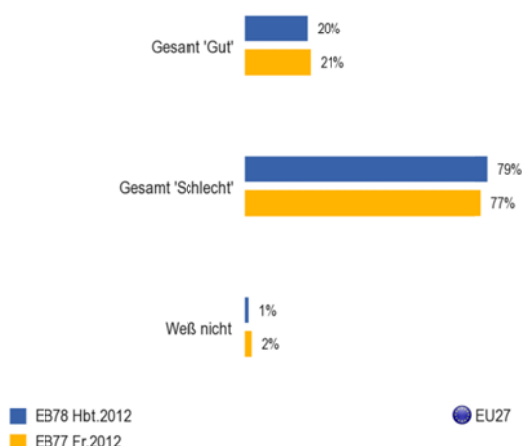
- Wenn es darum geht, die **europäische wirtschaftliche Lage** zu beurteilen, ergeben sich nicht dieselben Diskrepanzen: Hier spielt das Alter der Befragten eine Rolle, da die Personen im Alter zwischen 15-24 Jahren häufiger einen positiven Ansatz vertreten (26%), als die älteren Befragten (15% der Befragten im Alter von 55 oder darüber). In Bezug auf das Kriterium der beruflichen Tätigkeit fallen die Unterschiede demgegenüber sehr viel schwächer aus (21% der Führungskräfte, im Vergleich zu 19% der Angestellten und der Arbeiter). Gleiches gilt in Bezug auf das Interesse an Politik (19% derjenigen, die starkes Interesse an Politik haben, im Vergleich zu 14%, die sich nicht dafür interessieren).

### 2.1.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

**Die europäischen Bürger bewerten die Lage auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile etwas schlechter:** 79% schätzen sie als « schlecht » ein (+2 Prozentpunkte, im Vergleich zu 20%, die sie als « gut » bewerten, -1), von diesen wiederum sind 38% der Ansicht, dass die Lage « sehr schlecht » sei (+1).

QA3e.6. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)



Nur noch in drei Mitgliedstaaten spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass die Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt positiv bewertet werden kann: Deutschland (59%), Österreich (59%) und Luxemburg (53%).

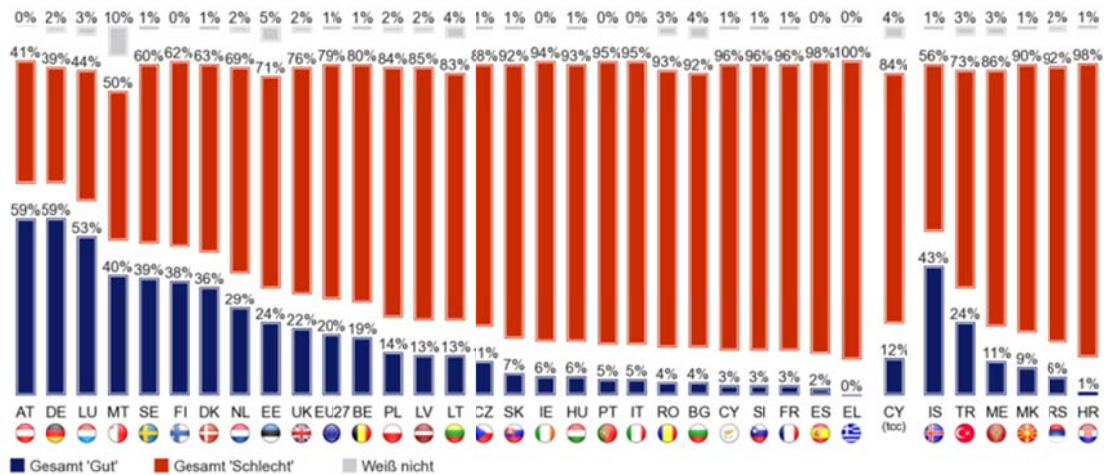
In Finnland sind diese Anteile deutlich zurückgegangen (38%, -17), hier bewertet mittlerweile eine Mehrheit der befragten Personen die wirtschaftliche Lage negativ.

Die bemerkenswerteste Verschlechterung betrifft allerdings Belgien: Hier erklären zwischenzeitlich nur noch 19% der befragten Personen, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt « gut » sei, d.h. dieser Anteil ist seit dem Eurobarometer vom Frühjahr 2012 (EB77) um -22 Punkte und im Vergleich zum Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) um -35 gefallen. Auch in den Niederlanden sind die Anteile Befragter, die die Situation positiv bewerten, sehr deutlich gesunken (29%, -15).

Mittlerweile übersteigt in 12 Mitgliedstaaten (Griechenland, hier erreicht dieser Anteil 100%, Spanien, Frankreich, Zypern, Slowenien, Italien, Portugal, Irland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei) der Anteil Befragter, die eine negative Sichtweise der wirtschaftlichen Lage haben, 90%.

QA3a.6. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)



## 2.2. Die Erwartungen an die nächsten 12 Monate

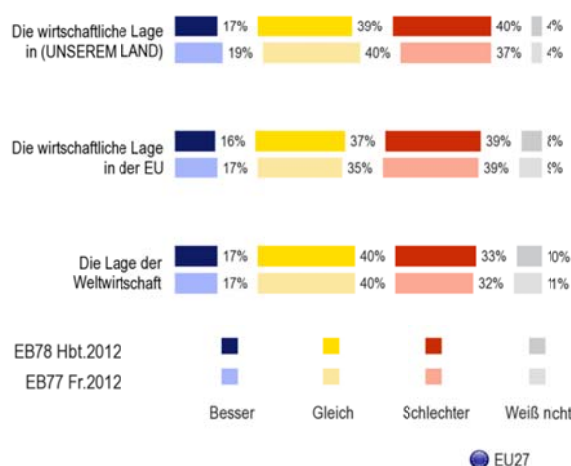
- Unter den Befragten verstärken sich die pessimistischen Einstellungen bezüglich der Situation des eigenen Landes, insbesondere was den Arbeitsmarkt anbelangt –

### 2.2.1. Die Lage auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene

Wenn es um die Lage der Weltwirtschaft oder der Europäischen Union geht, fallen die wirtschaftlichen Prognosen der europäischen Bürger für die kommenden 12 Monate verhältnismäßig stabil aus. Bei der Beurteilung der Zukunft des eigenen Landes allerdings verschlechtern sie sich deutlich<sup>11</sup> :

- **In Bezug auf die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes**, teilen die Befragten mittlerweile die Überzeugung, dass die nächsten 12 Monate « schlechter » werden (40%). Dieser Anteil nimmt um drei Punkte zu. Ein nahezu gleich großer Anteil Befragter ist davon überzeugt, dass das kommende Jahr « gleich » bleiben wird (39%, -1 Prozentpunkt), der Anteil Befragter, die erklären, die kommenden 12 Monate werden « besser », geht zurück (17%, -2).

QA4a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



- **In Bezug auf die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union** stellen wir fest, dass auch hier die pessimistischen Ansichten überwiegen (39%, unverändert), aber ein nahezu gleich großer Anteil der EU-Bürger ist davon überzeugt, dass die Lage gleich bleiben wird (37%, +2). Der Anteil der Bürger, die die Lage optimistisch beurteilen, geht leicht zurück (16% « besser », -1).
- **Bezüglich der Lage der Weltwirtschaft** überwiegen die Meinungen der Befragten, die erklären, es werde sich nichts verändern (40%, stabil). Die pessimistischen Ansichten werden von 33% der Befragten geteilt (+1), und 17% (=) von ihnen sind der Ansicht, dass die kommenden 12 Monate « besser » werden.

<sup>11</sup> QA4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND) / Die wirtschaftliche Lage in der EU/ Die Lage der Weltwirtschaft



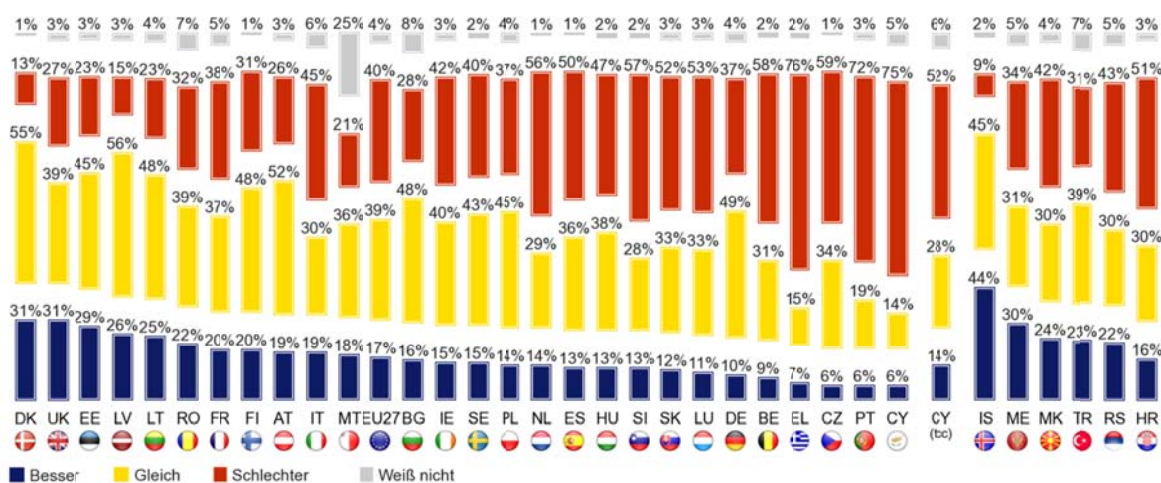
Zu diesen Fragen ist festzustellen, dass die Einschätzungen je nach Ländergruppe unterschiedlich ausfallen. In Bezug auf die nationale Situation sind die befragten Personen in der Eurozone pessimistischer eingestellt (44%), als diejenigen in den Mitgliedstaaten, die nicht zur Eurozone gehören (33%).

Demgegenüber verzeichnen wir nur geringfügige Unterschiede zwischen den EU15 (41% der befragten Personen sind davon überzeugt, dass die nächsten 12 Monate « schlechter » werden) und den NMS12 (39%).

Die befragten Personen in den Mitgliedstaaten der Eurozone sehen überdies auch die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union pessimistischer (43% sind der Ansicht, dass die kommenden 12 Monate « schlechter » sein werden, im Vergleich zu 32% in den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören). Während wir allerdings in Bezug auf die nationale Wirtschaftslage zwischen den Befragten der EU15-Länder und denjenigen der NMS12 nur geringe Unterschiede feststellen können, machen sich bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der Europäischen Union deutlich mehr Differenzen bemerkbar: Die befragten Personen in den EU15-Ländern bewerten die europäische Wirtschaftslage erheblich pessimistischer (42% « schlechter », im Vergleich zu 26% in den NMS12).

QA4a.2. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

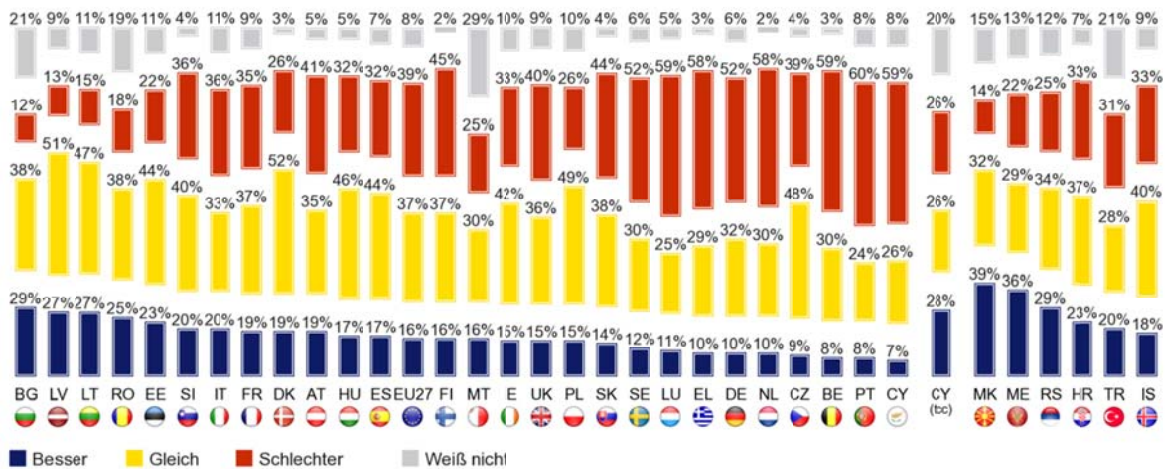
Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)





QA4a.6. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die wirtschaftliche Lage in der EU

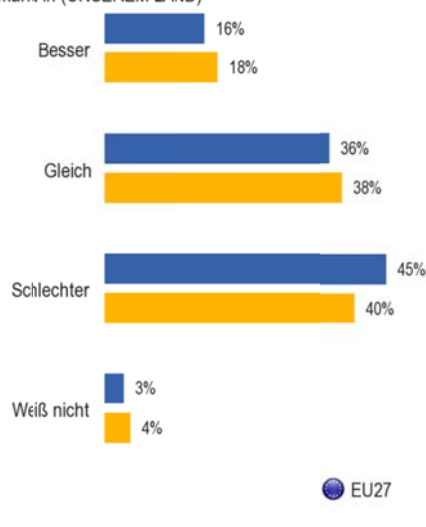


### 2.2.2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Nachdem diese Werte im Frühjahr 2012 zurückgegangen waren, **nimmt die Zahl der europäischen Bürger, die in Bezug auf die Situation des Arbeitsmarktes in ihrem eigenen Land pessimistisch eingestellt sind, erneut zu:** 45% von ihnen sind davon überzeugt, dass die nächsten 12 Monate diesbezüglich « schlechter » werden (+5 Prozentpunkte seit Frühjahr 2012) und erreichen somit erneut das Niveau vom Herbst 2011, als dieser Wert im Vergleich zum Frühjahr 2011 erheblich angestiegen war (46%, damals +16). Etwas mehr als ein Drittel der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die Situation gleich bleiben (36%, -2) und nur 16%, dass sie sich verbessern wird (-2)<sup>12</sup>.

QA4a.4. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

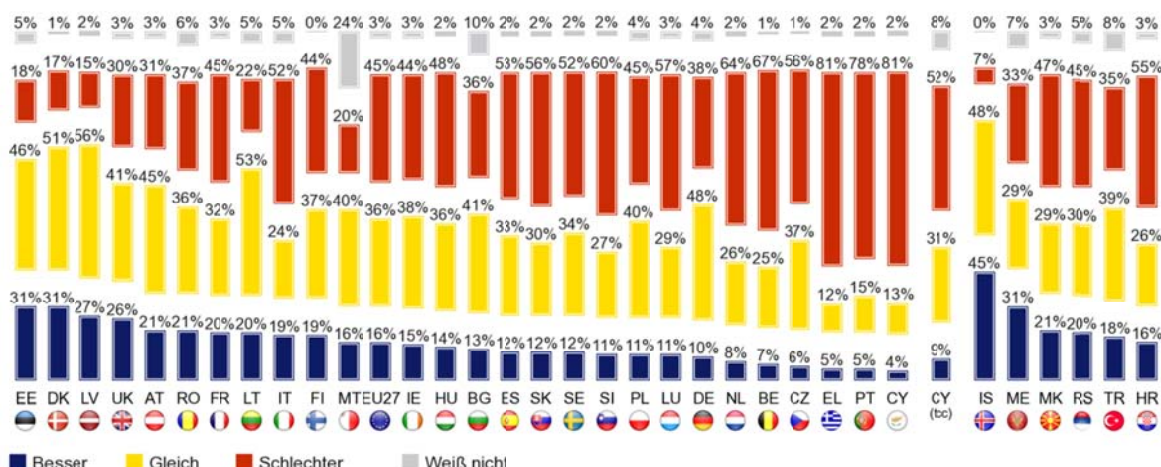
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)



<sup>12</sup> QA4 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)

QA4a.4. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)



### 2.3. Die wichtigsten Sorgen auf nationaler Ebene

#### – Die Bürger sorgen sich insbesondere aufgrund der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage zunehmend –

Die beiden wichtigsten Sorgen, denen nach Ansicht der europäischen Bürger das eigene Land gegenübersteht, werden mittlerweile häufiger genannt, als dies noch im Frühjahr 2012 der Fall war: Es handelt sich um **die Arbeitslosigkeit** (48%, +2 Prozentpunkte) und **die wirtschaftliche Lage des Landes** (37%, +2).

Die Reihenfolge der größten Sorgen ist nahezu unverändert geblieben. Wir weisen auf Folgendes hin: Nach wie vor stellen die **steigenden Preise/Inflation** für die Bürger einen besonderen Grund der Beunruhigung dar (24%, =), wobei dies auch für die **Staatsverschuldung** gilt, selbst wenn dieses Problem mittlerweile etwas seltener gewählt wird (17%, -2).

Nach den wirtschaftlichen Aspekten werden vorrangig die Themen **Gesundheit und Krankenversicherung** (12%, =) sowie **Kriminalität** (11%, =) gewählt.

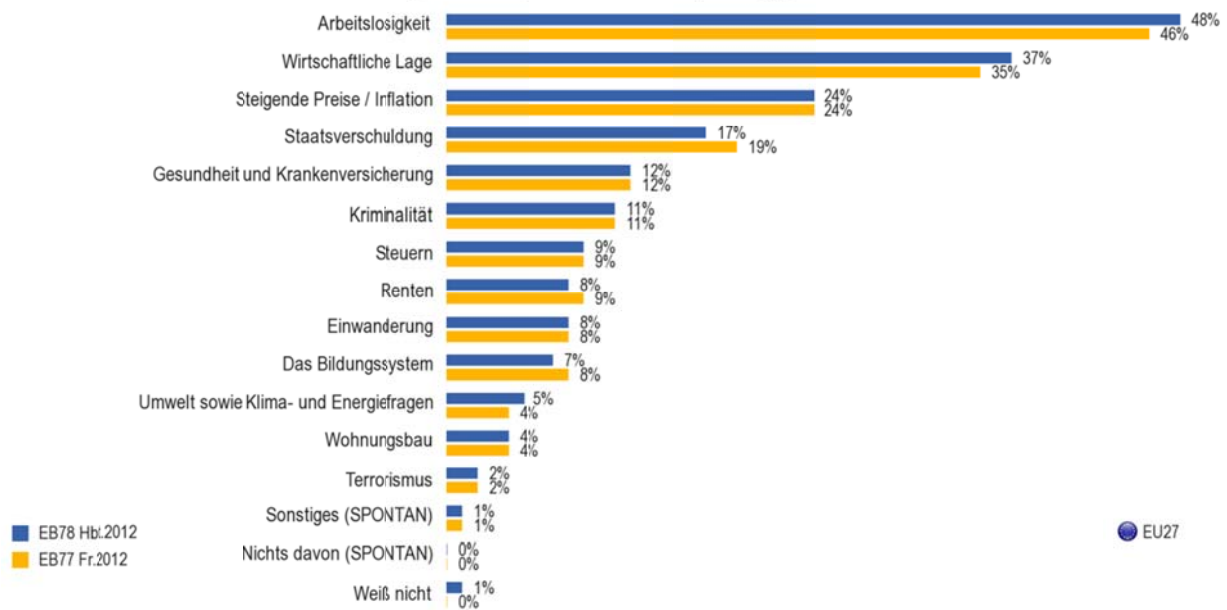
**Die Steuern** werden von einem Anteil von 9% genannt (=).

Als nächstes werden in ähnlich großen Anteilen die Bereiche **Einwanderung** (8%, =), **Renten** (8%, -1) und **das Bildungssystem** (7%, -1) gewählt.

In deutlich geringerem Umfang entscheiden sich die Befragten für **Umwelt sowie Klima- und Energiefragen** (5%, +1), den **Wohnungsbau** (4%, =) und den **Terrorismus** (2%, =)<sup>13</sup>.

<sup>13</sup> QA5a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (Maximal 2 Nennungen)

QA5a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?



Maximal 2 Nennungen

Wie wir schon im Frühjahr 2012 feststellen konnten, gibt es einige Unterschiede zwischen den Ländern der **Eurozone** und den Ländern, die nicht zu ihr gehören. Die drei am häufigsten genannten Sorgen sind in beiden Ländergruppen gleich und werden auch in der gleichen Reihenfolge genannt: die Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Lage und die steigenden Preise/Inflation. In den Ländern der Eurozone wählen die befragten Personen allerdings mit zahlreichen Nennungen die Staatsverschuldung auf den nächsten Platz der Liste (19%), die Befragten in den Ländern außerhalb der Eurozone hingegen sorgen sich vorrangig um die Bereiche Gesundheit und Krankenversicherung (14%) und Kriminalität (14%, gegenüber nur 12%, die sich für das Thema Staatsverschuldung entscheiden).

- **Die Arbeitslosigkeit** ist für die Befragten in 18 Mitgliedstaaten das wichtigste Problem. In Spanien (78%), auf Zypern (73%), in Irland (65%), Polen (65%) und Schweden (65%) wird dieses Thema von sehr hohen Anteilen genannt. Wir beobachten diesbezüglich in den folgenden Ländern sehr deutliche Zuwächse im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2012: in Belgien (44%, +18), hier wird diese Option auf den ersten Platz der größten Probleme gewählt, in den Niederlanden (32%, +12) und in Dänemark (61%, +10). Demgegenüber wird dieser Bereich deutlich seltener in Estland (30%, -17) und in Portugal (57%, -11) angegeben.
- **Die wirtschaftliche Lage** wird in vier Mitgliedstaaten als größte Sorge genannt: in Slowenien (60%), den Niederlanden (55%), Rumänien (48%) und der Tschechischen Republik (37%). Im Frühjahr 2012 galt dies auch noch für Griechenland. Mittlerweile hat dieser Anteil allerdings deutlich abgenommen (55%, -11), während in diesem Land inzwischen **die Steuern** sehr viel häufiger genannt werden (17%, +8). In Irland (43%, -12) wird die wirtschaftliche Lage ebenfalls sehr viel seltener gewählt. Demgegenüber verbucht dieser Bereich in Dänemark (58%, +10), aber auch in Luxemburg (31%, +16) und Schweden (31%, +10) erhebliche Zuwächse.

In diesen drei Ländern hatten wir bisher deutlich seltener als in den anderen Ländern die wachsende Sorge wegen der wirtschaftlichen Lage des Landes feststellen können. Auch in Belgien verzeichnen wir für diesen Bereich steigende Zahlen (40%, +13).




































- **Steigende Preise/Inflation** ist ein Bereich, der in vier Mitgliedstaaten an die Spitze der nationalen Sorgen gewählt wird: Estland (58%), Litauen (43%), Malta (39%) und Österreich (36%). Dieses Thema wird auch in Bulgarien (35%, +7) und Lettland (23%, +6) sehr viel häufiger genannt.
- **Staatsverschuldung** stellt in Deutschland die größte Sorge der Bürger dar (34%). Dieser Bereich wird mittlerweile in den Niederlanden (14%, -14), aber auch in Frankreich (16%, -8) sehr viel seltener als noch im Frühjahr 2012 angegeben.

#### Wir weisen überdies auf Folgendes hin:

- In den Niederlanden (46%, +16) sorgen sich die Befragten in besonderem Maße aufgrund des Themas **Gesundheit und Krankenversicherung**, das auch in Finnland (40%, +7) erhebliche Zuwächse verzeichnet.
- Die **Kriminalität** (21%) ist gleichermaßen wie die **Einwanderung** (24%) ein Thema, das im Vereinigten Königreich große Beunruhigung auslöst.
- In Italien wird dem Thema **Steuern** (28%) besondere Bedeutung beigemessen.
- In Schweden wird dem **Bildungssystem** (21%), sowie der **Umwelt und den Klima- und Energiefragen** (22%) erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt.
- In Portugal (12%, +9) haben die Sorgen wegen dem **Wohnungsbau / der Wohnungsbeschaffung** deutlich zugenommen. Auch die befragten Personen in Luxemburg zeigen sich überdurchschnittlich häufig von diesem Thema angesprochen, dies ist allerdings mittlerweile seltener der Fall, als noch im Frühjahr 2012 (23%, -13).



QA5a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

		Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Steigende Preise / Inflation	Staatsverschuldung	Gesundheit und Krankenversicherung	Kriminalität	Steuern	Renten	Einwanderung	Das Bildungssystem	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Wohnungsbau	Terrorismus
	EU27	48%	37%	24%	17%	12%	11%	9%	8%	8%	7%	5%	4%	2%
	BE	44%	40%	23%	23%	4%	10%	12%	13%	12%	2%	4%	4%	1%
	BG	55%	41%	35%	1%	21%	16%	4%	10%	1%	5%	3%	1%	0%
	CZ	35%	37%	35%	23%	12%	11%	10%	15%	3%	3%	1%	2%	1%
	DK	61%	58%	10%	6%	9%	13%	5%	1%	9%	9%	12%	1%	1%
	DE	22%	22%	29%	34%	9%	12%	5%	15%	8%	18%	15%	3%	3%
	EE	30%	37%	58%	1%	24%	7%	9%	9%	1%	6%	4%	1%	0%
	IE	65%	43%	14%	21%	10%	15%	8%	2%	9%	5%	1%	3%	0%
	EL	58%	55%	13%	20%	6%	10%	17%	4%	7%	2%	0%	0%	1%
	ES	78%	55%	9%	10%	10%	4%	6%	3%	2%	4%	0%	8%	1%
	FR	59%	35%	20%	16%	10%	18%	6%	7%	9%	5%	3%	7%	2%
	IT	51%	45%	25%	14%	4%	6%	28%	4%	2%	2%	1%	1%	1%
	CY	73%	65%	10%	12%	2%	12%	1%	1%	9%	1%	0%	0%	1%
	LV	51%	41%	23%	8%	14%	5%	18%	10%	11%	5%	0%	2%	0%
	LT	42%	36%	43%	8%	5%	9%	24%	5%	10%	3%	3%	1%	0%
	LU	45%	31%	21%	11%	7%	7%	8%	13%	8%	12%	3%	23%	0%
	HU	59%	40%	30%	24%	9%	11%	5%	5%	1%	3%	2%	2%	1%
	MT	12%	33%	39%	24%	7%	11%	8%	8%	20%	4%	12%	3%	1%
	NL	32%	55%	10%	14%	46%	7%	7%	8%	1%	7%	5%	6%	0%
	AT	26%	32%	36%	24%	11%	11%	10%	10%	12%	11%	8%	3%	1%
	PL	65%	26%	40%	8%	18%	5%	6%	9%	3%	2%	0%	2%	1%
	PT	57%	43%	25%	14%	6%	3%	14%	6%	0%	1%	0%	12%	2%
	RO	32%	48%	37%	6%	16%	20%	9%	12%	1%	7%	1%	3%	1%
	SI	55%	60%	9%	22%	5%	14%	7%	9%	1%	2%	2%	3%	1%
	SK	50%	40%	38%	13%	16%	8%	6%	7%	1%	5%	2%	4%	1%
	FI	44%	28%	17%	21%	40%	6%	7%	8%	5%	4%	12%	4%	1%
	SE	65%	31%	1%	1%	28%	8%	1%	3%	13%	21%	22%	3%	0%
	UK	40%	30%	18%	18%	10%	21%	6%	7%	24%	6%	4%	6%	3%
	CY (tcc)	43%	39%	30%	10%	10%	30%	8%	2%	8%	7%	5%	2%	5%
	HR	72%	47%	22%	12%	2%	28%	5%	4%	0%	1%	0%	1%	1%
	TR	42%	26%	18%	2%	2%	7%	4%	5%	2%	5%	1%	2%	69%
	MK	61%	43%	30%	3%	5%	22%	4%	3%	5%	2%	3%	2%	2%
	IS	19%	51%	23%	22%	33%	5%	11%	5%	1%	10%	6%	10%	1%
	ME	45%	46%	20%	17%	3%	28%	4%	3%	1%	1%	1%	4%	2%
	RS	48%	45%	27%	8%	5%	37%	4%	2%	2%	3%	1%	2%	2%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

Maximal zwei Nennungen

**In den Kandidatenländern :**

- Auch hier geben nahezu alle befragten Personen an, entweder wegen **der Arbeitslosigkeit** (Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien), oder wegen **der wirtschaftlichen Lage** (Island und Montenegro) besorgt zu sein. Die Türkei ist bei dieser Frage eine Ausnahme, da hier eine starke Beunruhigung wegen des Themas **Terrorismus** festgestellt wird (69%, an erster Stelle der Liste, ist im Vergleich mit dem Frühjahr 2012 um sieben Prozentpunkte angestiegen).
- In Montenegro (28%, -12) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (22%, -8) ist die Sorge wegen der **Kriminalität** deutlich zurückgegangen, in Kroatien ist dieser Anteil nahezu unverändert (28%, -1), auch wenn dieses Thema überdurchschnittlich häufig genannt wird. Dieses Thema wird demgegenüber in Serbien (37%, +8) häufiger gewählt.
- In Island nimmt der Anteil Befragter zu, die sich Sorgen wegen dem Thema **Gesundheit und Krankenversicherung** machen (33%, +14).

**Die Analyse nach soziodemografischen Kriterien zeigt** keine offensichtlichen Unterschiede, da die Sorge wegen der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage in allen Bevölkerungskategorien gleichermaßen Bedeutung hat. Wir weisen allerdings darauf hin, dass Selbstständige besonderen Wert auf den Bereich Steuern (16%) und Führungskräfte auf den Bereich Staatsverschuldung (23%) und Bildungssystem (12%) legen. Diese beiden Bereiche werden im Vergleich hierzu von den Angestellten, den Arbeitern und den Arbeitslosen seltener gewählt. Diese Bevölkerungsgruppen zeigen sich wiederum in besonderem Maße beunruhigt, wenn es um das Thema steigende Preise/Inflation geht (23% bzw. 27% und 24%).

## 2.4. Die wichtigsten Sorgen auf europäischer Ebene

### – Die Arbeitslosigkeit ist mittlerweile das zweitwichtigste Problem, dem die EU gegenübersteht –

**Die wirtschaftliche Lage** bleibt bei weitem das wichtigste Problem, dem die Europäische Union nach Ansicht der Bürger gegenübersteht (53%, -1 Prozentpunkt). In der Reihenfolge der wichtigsten Probleme liegt allerdings **die Arbeitslosigkeit** mittlerweile auf dem zweiten Platz (36%), und zwar aufgrund eines Anstiegs der Nennungen (+4). Zur Erinnerung: Die Arbeitslosigkeit wurde im Standard Eurobarometer vom Frühjahr 2011 (EB75) nur von einem Anteil von 23% der Befragten gewählt, dieser Anteil ist aber seitdem immer weiter angestiegen (d.h. mittlerweile um +13 Punkte).

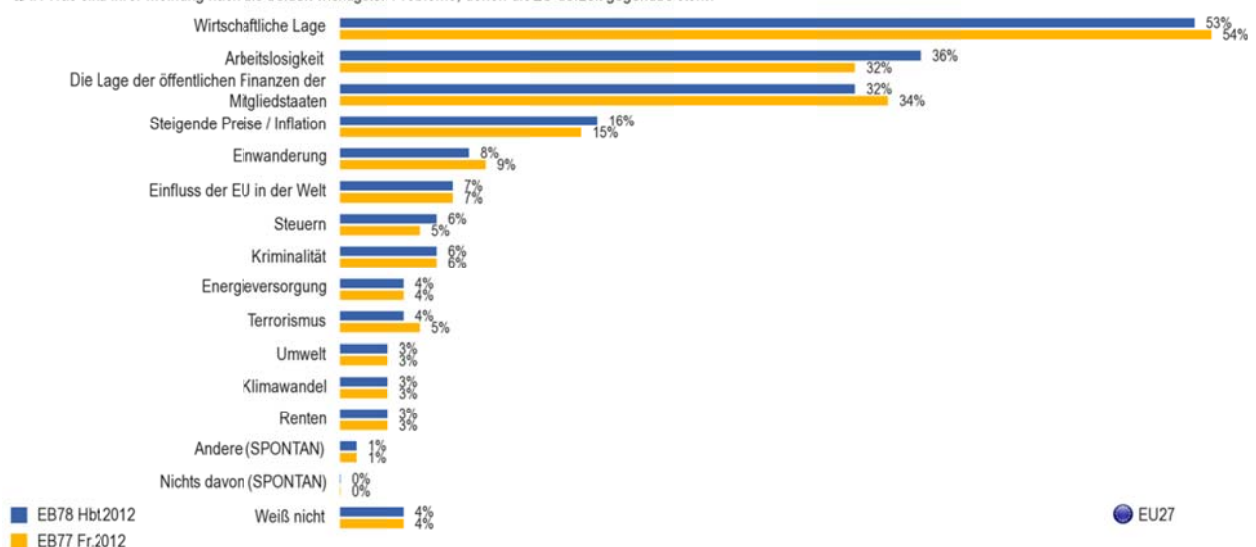
**Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** wird weiterhin von nahezu einem Drittel der europäischen Bürger gewählt, auch wenn dieser Anteil leicht rückläufig ist (32%, -2).

Als nächstes Thema werden die **steigenden Preise/Inflation** gewählt (16%, +1), womit erneut die klare Vorrangstellung wirtschaftlicher Themen in der Reihe der Sorgen der europäischen Bürger bestätigt wird.

Die sonstige Themenhierarchie bleibt unverändert. Das Thema **Einwanderung** (8%, -1) wird vor dem Bereich **Einfluss der EU in der Welt** (7%, =), **Kriminalität** (6%, =) und **Steuern** (6%, +1) gewählt.

**Terrorismus** wird von 4% (-1) der Befragten genannt, genauso wie **Energieversorgung** (4%, =). **Der Klimawandel** (3%, =) und **die Umwelt** (3%, =) werden, genauso wie **die Renten** (3%, =), nur von geringen Anteilen gewählt<sup>14</sup>.

QA7. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?



Maximal 2 Nennungen

<sup>14</sup> QA7 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht? (Max. 2 Antworten)

Auch wenn es Unterschiede hinsichtlich der Anzahl von Nennungen der jeweiligen Bereiche gibt, macht es insgesamt gesehen kaum einen Unterschied, ob die Befragten aus einem Mitgliedstaat der **Eurozone** kommen, oder nicht.





























Allerdings nennen die befragten Personen aus den Ländern der Eurozone tatsächlich häufiger die folgenden Bereiche: **Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** (34% gegenüber 27% in den Ländern, die nicht zu Eurozone gehören) und die **Arbeitslosigkeit** (38% gegenüber 33%).

**Hinweis :**

- **Die wirtschaftliche Lage** wird in nahezu allen Mitgliedstaaten an die Spitze der Probleme gewählt, denen die Europäische Union nach Ansicht der Befragten gegenübersteht. Ausnahmen bilden Deutschland und Österreich, hier wählen die befragten Personen häufiger **die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** (55% bzw. 57%), und Luxemburg, wo **die Arbeitslosigkeit** auf den ersten Platz der wichtigsten Probleme der EU gewählt wird (50%).
- Vor allem in Griechenland (54%, -12) und auf Zypern (59%, -9) wird das Thema **wirtschaftliche Lage** tendenziell seltener gewählt, als noch im Frühjahr 2012. Belgien ist eine Ausnahme, da in diesem Land die Befragten das Thema mittlerweile deutlich häufiger nennen (56%, +12).
- Nachdem wir im Frühjahr 2012 in mehreren Mitgliedstaaten für den Bereich **Arbeitslosigkeit** bedeutende Zuwächse verzeichnet haben, verzeichnen wir in Belgien (39%, +9), der Tschechischen Republik (30%, +9), Dänemark (54%, +8), Frankreich (36%, +8), Slowenien (39%, +8), der Slowakei (30%, +9), und Finnland (27%, +8) derzeit deutlich ansteigende Anteile. Demgegenüber sinkt dieser Anteil in Portugal (43%, -11), auch wenn er dort nach wie vor überdurchschnittlich hoch ist.
- In Irland (26%, -15) und Frankreich (29%, -10) sorgen sich die Bürger mittlerweile seltener wegen der **Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten**. In diesen Ländern haben wir im Frühjahr 2012 für dieses Thema noch deutliche Zuwächse verzeichnet (mit Anteilen, die im Vergleich zum Herbst 2011 um +7 bzw. +8 Punkte angestiegen waren).



QA7 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

		Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Steigende Preise / Inflation	Einwanderung	Einfluss der EU in der Welt	Steuern	Kriminalität	Energieversorgung	Terrorismus	Umwelt	Klimawandel	Renten
	EU27	53%	36%	32%	16%	8%	7%	6%	6%	4%	4%	3%	3%	3%
	BE	56%	39%	32%	15%	13%	5%	4%	5%	4%	3%	4%	6%	4%
	BG	56%	34%	15%	12%	14%	6%	3%	9%	4%	15%	4%	4%	2%
	CZ	47%	30%	40%	13%	9%	7%	4%	6%	5%	6%	4%	2%	5%
	DK	71%	54%	26%	4%	8%	4%	0%	6%	3%	3%	4%	10%	0%
	DE	47%	26%	55%	15%	8%	6%	3%	5%	7%	3%	3%	5%	3%
	EE	53%	23%	40%	14%	10%	6%	4%	6%	5%	4%	2%	1%	2%
	IE	58%	46%	26%	15%	7%	8%	9%	6%	2%	4%	2%	2%	1%
	EL	54%	46%	36%	10%	12%	11%	3%	8%	1%	3%	2%	1%	1%
	ES	64%	50%	23%	10%	4%	7%	5%	1%	2%	2%	2%	2%	2%
	FR	53%	36%	29%	15%	14%	8%	1%	7%	4%	7%	7%	3%	3%
	IT	51%	44%	15%	25%	5%	4%	19%	5%	3%	4%	2%	1%	3%
	CY	59%	58%	31%	10%	13%	3%	2%	14%	1%	1%	0%	1%	2%
	LV	49%	25%	33%	12%	10%	6%	7%	6%	2%	4%	2%	2%	2%
	LT	50%	26%	23%	16%	10%	5%	8%	8%	7%	5%	1%	3%	1%
	LU	48%	50%	31%	11%	12%	4%	2%	6%	5%	5%	3%	4%	5%
	HU	51%	33%	49%	14%	7%	6%	3%	5%	6%	3%	1%	5%	2%
	MT	51%	24%	35%	10%	19%	4%	4%	5%	8%	5%	3%	3%	3%
	NL	68%	35%	47%	6%	4%	11%	3%	3%	2%	3%	2%	3%	2%
	AT	47%	24%	57%	15%	9%	10%	4%	9%	4%	4%	7%	5%	2%
	PL	47%	35%	24%	23%	7%	6%	4%	5%	2%	6%	2%	2%	4%
	PT	47%	43%	27%	17%	1%	9%	6%	4%	1%	5%	1%	0%	2%
	RO	53%	27%	22%	17%	7%	6%	6%	16%	2%	7%	4%	3%	4%
	SI	60%	39%	43%	7%	4%	7%	4%	8%	3%	2%	1%	3%	2%
	SK	55%	30%	41%	18%	5%	9%	3%	7%	3%	5%	3%	3%	2%
	FI	49%	27%	44%	11%	6%	12%	3%	11%	6%	5%	8%	10%	2%
	SE	73%	41%	27%	2%	7%	5%	1%	3%	4%	2%	12%	17%	1%
	UK	50%	31%	27%	14%	14%	7%	5%	6%	5%	4%	2%	3%	2%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

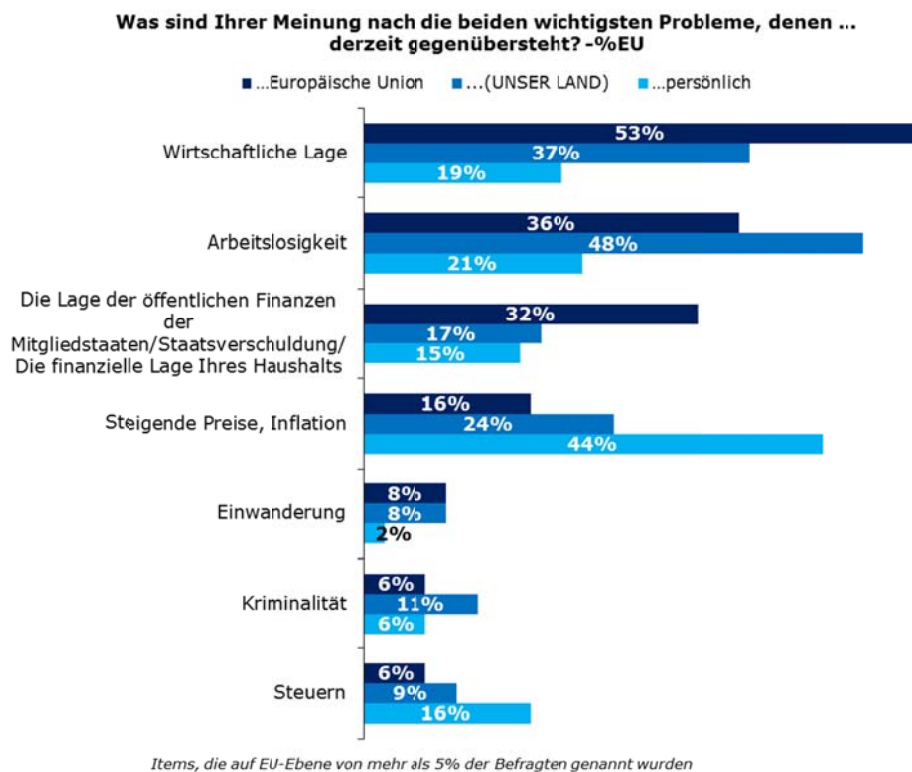
Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

Maximal zwei Nennungen

Da die Themenlisten nicht identisch sind, können wir keine direkte Vergleichsanalyse der persönlichen, nationalen und europäischen Sorgen anstellen. Wir beobachten allerdings Folgendes:

- Unabhängig, ob es sich um die persönliche, nationale oder europäische Ebene handelt: Den wirtschaftlichen Themen wird deutlich mehr Bedeutung beigemessen, als den sozialen und gesellschaftspolitischen Bereichen.
- Die Bürger machen sich sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zunehmend Sorgen wegen der Arbeitslosigkeit, und zwar in einem Kontext, in dem die Lage auf dem Arbeitsmarkt von den Befragten immer negativer eingeschätzt und prognostiziert wird.
- Weiterhin sorgen sich die Befragten sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene um die Staatsverschuldung, dies allerdings auf niedrigerem Niveau, da die Aufmerksamkeit der Befragten mittlerweile zunehmend auf den Arbeitsmarkt gerichtet ist.
- Auf persönlicher Ebene zeigen sich die Befragten immer noch wegen steigender Preise/Inflation beunruhigt. Diese Sorge verstärkt sich im Herbst 2012 aufgrund ebenfalls zunehmender Befürchtungen wegen der Steuern.
- Wir stellen überdies fest, dass die Bereiche Einwanderung und Kriminalität von deutlich weniger Befragten als persönliche Sorge angegeben werden. Auf europäischer Ebene allerdings wird ersteres Thema mittlerweile wieder häufiger gewählt. Die Kriminalität scheint ihrerseits eher ein Thema zu sein, dem die Befragten auf nationaler Ebene mehr Bedeutung beimessen.



### 3. POLITISCHE ASPEKTE

#### 3.1. Das Interesse an Politik

**Der Index für das Interesse an Politik**, der sich aus Fragen zu lokalen, nationalen und europäischen politischen Angelegenheiten zusammensetzt, hat sich nur sehr geringfügig seit der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77) verändert<sup>15</sup>:

- Nach wie vor erklärt eine Mehrheit der europäischen Bürger, sich « durchschnittlich » für Politik zu interessieren (45%, +1 Prozentpunkt im Vergleich zum Frühjahr 2012).
- Befragte, die angeben sich sehr für Politik zu interessieren (Interesse « stark»), machen einen Anteil von 16% der befragten Personen aus (=).
- Etwas weniger als ein Viertel der Europäer erklärt, ein nur « schwaches » Interesse an Politik zu haben (22%, -1). Ein Anteil von 17% gibt an, « überhaupt kein Interesse » (=) zu haben.
- Insgesamt erklären mehr als sechs von zehn europäischen Bürgern, ein starkes oder durchschnittliches Interesse an Politik zu haben (61%).

Der Index für das Interesse an Politik hat sich seit der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2010 (EB73), als er zum ersten Mal gemessen wurde, nur sehr geringfügig weiterentwickelt. Damals gaben 14% der europäischen Bürger an, ein « starkes », 43% ein « durchschnittliches », 24% ein « schwaches » und 19% « überhaupt kein » Interesse an Politik zu haben.

**Die befragten Bürger interessieren sich am meisten für die nationale Politik** (76%), ein etwas niedrigerer Anteil interessiert sich dann für die lokale Politik (74%). Eine Mehrheit der europäischen Bürger interessiert sich überdies für die europäische Politik, dies allerdings in geringerem Umfang (63%)<sup>16</sup>.

Bei näherer Betrachtung stellen wir fest, dass das Interesse an Politik, trotz eines Rückgangs um fünf Prozent seit Frühjahr 2012, in Griechenland (40% der befragten Personen haben einen « starken » Index) besonders stark geblieben ist. Gleiches gilt auch für die Niederlande (26%, -5), Deutschland (23%, +3), Schweden (22%, +1), Zypern (22%, -1) und Dänemark (21%, -2)

---

<sup>15</sup> Jeder Antwort wird eine Punktzahl zugeordnet: „Niemals“ = 0; „Gelegentlich“ = 1; „Häufig“ = 2. Dann wird ein Index auf der Grundlage des Gesamtergebnisses dieser drei Dimensionen (lokale, nationale, europäische Ebene) erstellt. Jede Gruppe entspricht einem unterschiedlichen Index-Niveau: „überhaupt kein Interesse für die Politik“ = 0; „schwaches Interesse“ = 1 bis 2; „durchschnittliches Interesse“ = 3 bis 4; „starkes Interesse“ = 5 bis 6.

<sup>16</sup> QA2. Wenn Sie mit Freunden oder Verwandten zusammen sind, würden Sie sagen, Sie diskutieren häufig, gelegentlich oder niemals über...? Nationale politische Angelegenheiten/ Europäische politische Angelegenheiten/ Lokale politische Angelegenheiten

**Die soziodemografische Analyse** verdeutlicht einige Unterschiede zwischen den Bevölkerungskategorien. Das Interesse an Politik:

- steigt mit zunehmendem Alter: Nur 8% der 15-24-Jährigen geben an, ein « starkes » Interesse an Politik zu haben, während dies für 20% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber gilt. Wenn wir die befragten Personen mit « starkem » und « durchschnittlichem » Interesse für Politik zusammenzählen, ergibt sich für die Altersgruppe der 40-54-Jährigen der größte Anteil an Befragten, die sich für Politik interessieren (65%, im Vergleich zu 64% unter den Befragten im Alter von 55 und darüber und 45% unter den 15-24-Jährigen).
- ist bei Personen, die ihre Ausbildung besonders lange fortgeführt haben, sehr viel stärker (73% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben, erklären, sie hätten ein starkes Interesse an Politik, im Vergleich zu 49% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben).
- ist abhängig von der beruflichen Tätigkeit der Befragten: Führungskräfte (78%) haben mehr Interesse an Politik als Angestellte (66%) oder Arbeiter (57%).

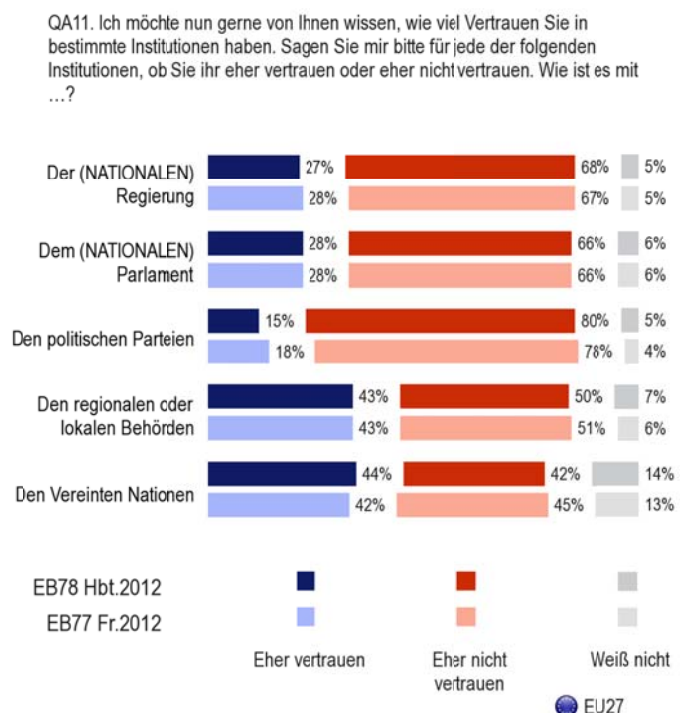
### 3.2. Das Vertrauen in die Institutionen

Nach wie vor gibt nur eine Minderheit der europäischen Bürger an, in die nationalen Institutionen Vertrauen zu haben. Nachdem dieser Anteil im Frühjahr 2012 leicht angestiegen war, ist er seitdem unverändert: 27% der Befragten geben an, ihrer **Regierung** (-1 Prozentpunkt, gegenüber 68%, die ihr mißtrauen, +1) zu vertrauen und 28% vertrauen dem nationalen **Parlament** (=, gegenüber 66%, =)<sup>17</sup>.

Im Standard Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) war der Anteil Befragter, die Vertrauen haben, sehr stark gesunken und der aktuell gemessene Anteil liegt nach wie vor unter dem vom Frühjahr 2011 (32% vertrauten damals der Regierung und 33% dem Parlament).

#### In vier Mitgliedstaaten vertraut eine Mehrheit der Bürger der Regierung und dem Parlament:

Luxemburg (57% bzw. 48%), Österreich (49% und 50%), Finnland (62% und 66%) sowie Schweden (59% und 68%). In zwei Mitgliedstaaten spricht eine Mehrheit der Befragten dem Parlament ihr Vertrauen aus: Dänemark (63%) und die Niederlande (53%). Das Vertrauen in die Regierung hingegen ist hier jedoch niedriger.



Wenn wir die Entwicklungen der Zahlen betrachten, stellen wir einen deutlichen Vertrauensverlust für die nationalen politischen Institutionen in folgenden Mitgliedstaaten fest: Estland (35%, -8 für die Regierung und 29%, -7 für das Parlament), Frankreich (30%, -14 und 32%, -10), hier war das Vertrauen nach den Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 deutlich angestiegen, Luxemburg (57%, -11 und 48%, -7) sowie die Slowakei (32%, -11 und 30%, -9), hier waren ebenfalls die Vertrauenswerte nach den Parlamentswahlen im März deutlich angestiegen.

<sup>17</sup> QA11. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?

**In den Kandidatenländern :**

- In allen Ländern überwiegt das Misstrauen. Insbesondere in Kroatien ist es sehr stark ausgeprägt (der Anteil Befragter, die kein Vertrauen haben, übersteigt einen Anteil von 75%, sowohl in Bezug auf die Regierung als auch auf das Parlament ).
- In der Türkei geht das Vertrauen sehr stark zurück, nachdem sich die Werte im Frühjahr 2012 stabilisiert hatten (45%, -12 Prozentpunkte für die Regierung und 44%, -10 für das Parlament)
- Im Montenegro und in Island steigen die Vertrauenswerte (38% für die Regierung, +4, 39% für das Parlament, +10 bzw. 31% für die Regierung, +5, 32% für das Parlament, +7). Nach wie vor handelt es sich aber nur um eine Minderheitenmeinung.

**In allen Mitgliedstaaten erklärt eine Mehrheit der Befragten, dass sie nach wie vor kein Vertrauen in die politischen Parteien haben:** 80%, d.h. ein Zuwachs von zwei Prozentpunkten. Dieser Wert steigt in den folgenden Ländern erheblich an: In Luxemburg (70%, +15), Frankreich (83%, +11), wo er im Frühjahr 2012 kurz nach den Präsidentschaftswahlen abgesunken war, aber auch in Belgien (76%, +9), wo sich alle Zukunfts- und Vertrauensindikatoren verschlechtern.

**Der Anteil der Befragten, die Vertrauen in die regionalen und lokalen Behörden haben, verändert sich nicht** und betrifft nur eine Minderheit (43%, =, gegenüber 50%, -1). In 13 Mitgliedstaaten spricht eine Mehrheit der Befragten ihnen ihr Vertrauen aus: Dänemark liegt hier auf dem ersten Platz (70%), danach kommen Österreich (69%), Luxemburg (68%) und Finnland (67%). In Portugal (48%, +14) und Ungarn (55%, +11) nimmt dieser Anteil deutlich zu, verschlechtert sich allerdings demgegenüber in Frankreich (53%, -9) und auf Zypern (38%, -9).

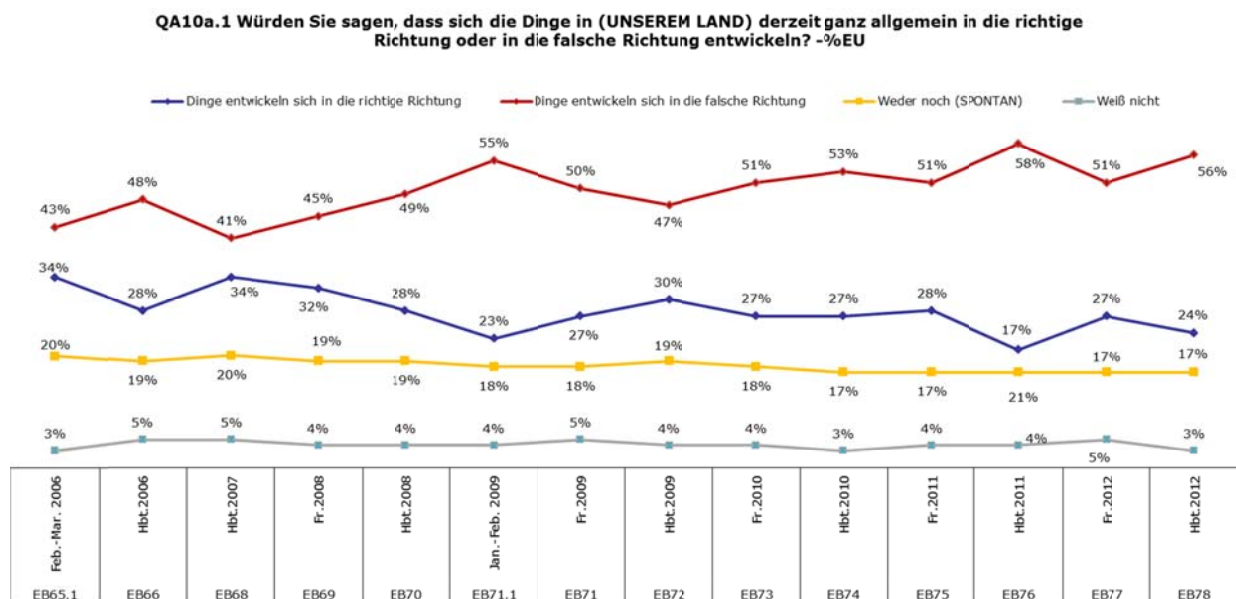
**Das Vertrauen in die Vereinten Nationen steigt wieder an**, nachdem sich dieser Wert tendenziell verschlechtert hatte (-6 Punkte zwischen dem Frühjahrs-Eurobarometer 2011 und dem vom Frühjahr 2012), diese Meinung wird mittlerweile von einer Mehrheit der Befragten geteilt (44%, +2, gegenüber 42% der Befragten, die dieser Institution mißtrauen, -3). Auch wenn auf europäischer Ebene nur eine knappe Mehrheit erklärt, Vertrauen zu haben, verzeichnen wir hierfür in 20 Mitgliedstaaten eine deutliche Mehrheit. Ausnahmen bilden Griechenland (77% Mißtrauen), Zypern (69%), Spanien (59%), Slowenien (58%) und Italien (48%), auch wenn in Italien das Misstrauen um neun Punkte sinkt. Im Vereinigten Königreich (auf 44%) und in Deutschland (41%) sind die Meinungen ausgeglichen. Die höchsten Vertrauenswerte in die Vereinten Nationen messen wir in Finnland (72%), Dänemark (71%) und Schweden (71%). Für Portugal (46%, +10) verzeichnen wir eine Zunahme des Vertrauens, hier äußert sich mittlerweile wieder eine Mehrheit entsprechend (gegenüber 43%).



### 3.3. Die Richtung, in die sich die Dinge entwickeln

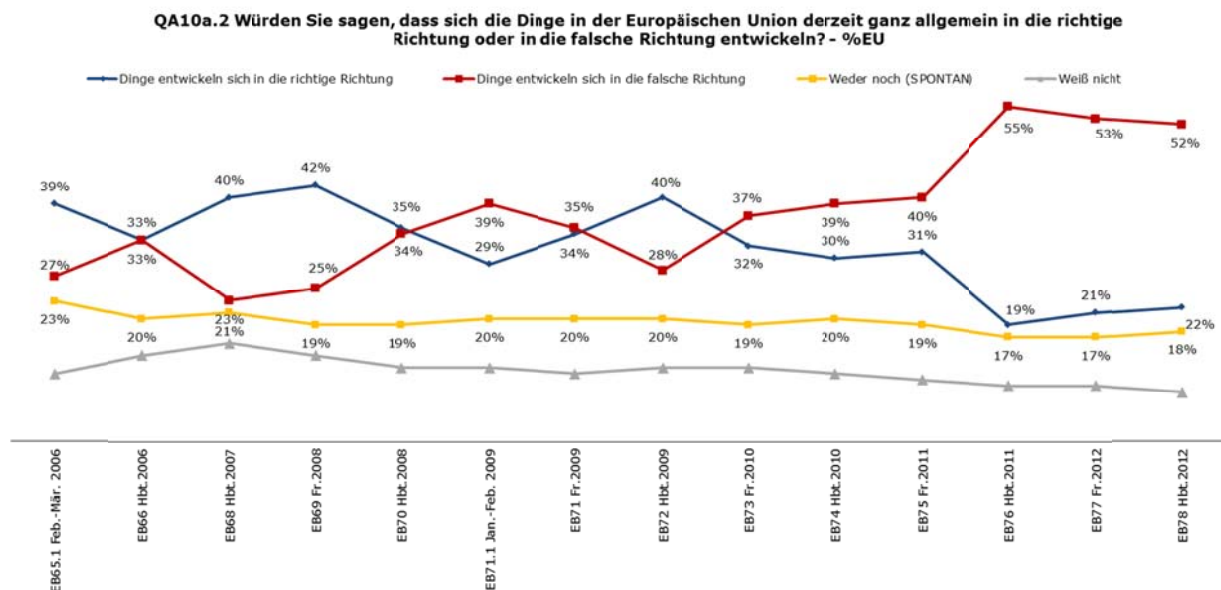
– Die Befragten haben immer häufiger den Eindruck, dass sich die Dinge in den Mitgliedstaaten in die falsche Richtung entwickeln. In Bezug auf die EU bleiben die Meinungen nahezu unverändert –

Im Standard Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) hatte der Anteil Befragter, **die davon überzeugt sind, dass sich die Dinge in ihren Ländern in die falsche Richtung entwickeln**, deutlich zugenommen, im Standard Eurobarometer vom Frühjahr 2012 (EB77) war dieser Anteil wieder gesunken, **um im vorliegenden Bericht wieder stark anzusteigen**: 56% (+5 Prozentpunkte, gegenüber 24%, die erklären, die Dinge entwickelten sich « in die richtige Richtung », -3)<sup>18</sup>.



<sup>18</sup> QA10 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

Wenn es um die **Europäische Union** geht, sind die Bürger ebenfalls mehrheitlich davon überzeugt, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln. Die Meinungsbilder sind hierzu aber etwas stabiler: 52% (-1, gegenüber 22%, +1).



Zwischen den Mitgliedstaaten der **Eurozone** (56% « falsche Richtung ») und denjenigen, die nicht zur Eurozone gehören (57%), gibt es bezüglich der Ansichten, ob sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, keine größeren Unterschiede. Die befragten Personen in der Eurozone sind allerdings gegenüber der von der Europäischen Union eingeschlagenen Richtung etwas kritischer eingestellt (54%), als dies für die Befragten aus den Ländern außerhalb der Eurozone gilt (49%).

**In nurmehr zwei Mitgliedstaaten (im Vergleich zu sieben im Frühjahr 2012) äußert eine Mehrheit der Befragten die Ansicht, dass sich die Dinge im eigenen Land in die richtige Richtung entwickeln**, und auch in diesen beiden Ländern sinken die Zahlen: in Dänemark (46%, -5, gegenüber 42%, +5) und in Österreich (39%, -8, gegenüber 30%, +4). In Schweden sind die Meinungen mittlerweile ausgeglichen, allerdings nachdem wir auch hier erhebliche Verluste feststellen (44%, -12, gegenüber 44%, +10).

In einigen Mitgliedstaaten steigt die Zahl der Bürger, die eine negative Meinung von der Richtung haben, in die sich ihr Land entwickelt, im Vergleich zum Eurobarometer vom Frühjahr 2012 sehr stark an. Es handelt sich hierbei oftmals um Länder, die zu der damaligen Zeit sehr positive Entwicklungen verzeichneten: Es handelt sich um Belgien (65% der Befragten sind überzeugt, dass sich die Dinge in die falsche Richtung entwickeln, d.h. +26 Punkte), Frankreich (61%, +24), Rumänien (68%, +16), Zypern (80%, +15), Luxemburg (44%, +15), die Slowakei (59%, +15) und Slowenien (67%, +14).




































Wir stellen also fest, dass die negativere Einschätzung davon, wie sich die Dinge auf nationaler Ebene entwickeln, sowohl die Länder betrifft, in denen die Bevölkerung schon in der Vergangenheit kritischer war, als auch die Länder, von denen angenommen wurde, dass sie von den Entwicklungen bisher verschont geblieben seien.

Hinweis: In Irland verbessern sich die Einschätzungen erheblich, auch wenn die negative Sichtweise nach wie vor von einer Mehrheit gehalten wird (28% « richtige Richtung », +8, gegenüber 47%, +1).

**In drei Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln (im Vergleich zu fünf Ländern im Frühjahr 2012):** Bulgarien (49%, gegenüber 11%), Litauen (40% gegenüber 20%) und Lettland (35%, gegenüber 23%). In Estland sind die Meinungen ausgeglichen (bei 29%), da die positiven Ansichten stark nachgelassen haben (-7). In Rumänien verhärten sich die Haltungen erheblich, eine Mehrheit Befragter ist mittlerweile negativer Ansicht (30%, -10 gegenüber 34%).

Die Überzeugung, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, geht auch in Belgien (15%, -9) und auf Zypern (6%, -10) zurück. Demgegenüber steigen in Irland (30%, +13) die Anteile Befragter, die diese positive Meinung teilen, auch wenn es sich hier nach wie vor um eine Minderheit handelt.

QA10a. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

	In (UNSEREM LAND)				In der Europäischen Union			
	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Diff Hbt.2012 - Fr.2012	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Diff Hbt.2012 - Fr.2012	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Diff Hbt.2012 - Fr.2012	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Diff Hbt.2012 - Fr.2012
 EU27	24%	<b>-3</b>	56%	<b>+5</b>	22%	<b>+1</b>	52%	<b>-1</b>
 BE	17%	<b>-21</b>	65%	<b>+26</b>	15%	<b>-9</b>	67%	<b>+12</b>
 BG	27%	<b>+4</b>	40%	<b>-6</b>	49%	<b>+3</b>	11%	<b>-6</b>
 CZ	12%	<b>-3</b>	75%	<b>+2</b>	22%	<b>=</b>	53%	<b>-1</b>
 DK	46%	<b>-5</b>	42%	<b>+5</b>	31%	<b>=</b>	53%	<b>=</b>
 DE	33%	<b>-7</b>	35%	<b>+2</b>	20%	<b>=</b>	49%	<b>-4</b>
 EE	27%	<b>-10</b>	41%	<b>+6</b>	29%	<b>-7</b>	29%	<b>+5</b>
 IE	28%	<b>+8</b>	47%	<b>+1</b>	30%	<b>+13</b>	45%	<b>+1</b>
 EL	4%	<b>=</b>	88%	<b>+3</b>	9%	<b>-1</b>	74%	<b>=</b>
 ES	10%	<b>-2</b>	79%	<b>+5</b>	18%	<b>+1</b>	60%	<b>+2</b>
 FR	23%	<b>-13</b>	61%	<b>+24</b>	22%	<b>-1</b>	56%	<b>+5</b>
 IT	12%	<b>+2</b>	61%	<b>+1</b>	17%	<b>+6</b>	50%	<b>-5</b>
 CY	4%	<b>-8</b>	80%	<b>+15</b>	6%	<b>-10</b>	71%	<b>+13</b>
 LV	27%	<b>-1</b>	40%	<b>+3</b>	35%	<b>-2</b>	23%	<b>+1</b>
 LT	23%	<b>=</b>	47%	<b>-5</b>	40%	<b>+4</b>	20%	<b>-11</b>
 LU	33%	<b>-13</b>	44%	<b>+15</b>	21%	<b>-4</b>	63%	<b>+9</b>
 HU	14%	<b>+3</b>	66%	<b>-3</b>	20%	<b>+3</b>	41%	<b>-5</b>
 MT	30%	<b>-2</b>	46%	<b>+6</b>	22%	<b>+5</b>	51%	<b>+5</b>
 NL	29%	<b>=</b>	37%	<b>-1</b>	19%	<b>+1</b>	48%	<b>-8</b>
 AT	39%	<b>-8</b>	30%	<b>+4</b>	24%	<b>+2</b>	46%	<b>-3</b>
 PL	26%	<b>=</b>	63%	<b>+3</b>	38%	<b>+6</b>	43%	<b>+2</b>
 PT	17%	<b>=</b>	65%	<b>+8</b>	17%	<b>-1</b>	53%	<b>+7</b>
 RO	14%	<b>-12</b>	68%	<b>+16</b>	30%	<b>-10</b>	34%	<b>+9</b>
 SI	12%	<b>-9</b>	67%	<b>+14</b>	26%	<b>-3</b>	42%	<b>+3</b>
 SK	23%	<b>-12</b>	59%	<b>+15</b>	28%	<b>-4</b>	49%	<b>+2</b>
 FI	36%	<b>-13</b>	47%	<b>+9</b>	25%	<b>=</b>	60%	<b>-6</b>
 SE	44%	<b>-12</b>	44%	<b>+10</b>	22%	<b>-2</b>	67%	<b>+3</b>
 UK	38%	<b>+6</b>	50%	<b>-5</b>	19%	<b>+5</b>	63%	<b>-5</b>
 CY (tcc)	11%	<b>+3</b>	71%	<b>-2</b>	31%	<b>+1</b>	24%	<b>-6</b>
 HR	19%	<b>-8</b>	67%	<b>+7</b>	32%	<b>-3</b>	44%	<b>-2</b>
 TR	37%	<b>-12</b>	46%	<b>+7</b>	27%	<b>-4</b>	46%	<b>+3</b>
 MK	28%	<b>-2</b>	48%	<b>-1</b>	43%	<b>-3</b>	19%	<b>-3</b>
 IS	57%	<b>+9</b>	34%	<b>-11</b>	31%	<b>+6</b>	46%	<b>-8</b>
 ME	35%	<b>+12</b>	37%	<b>-8</b>	40%	<b>+3</b>	25%	<b>-3</b>
 RS	20%	<b>+1</b>	50%	<b>-7</b>	29%	<b>=</b>	32%	<b>-1</b>

**In den Kandidatenländern:**

- Die Einschätzung der Bürger, dass **sich die Dinge im eigenen Land in die richtige Richtung entwickeln**, fällt mehrheitlich negativ aus. Die einzige Ausnahme bildet Island. Hier nehmen die positiven Ansichten sogar deutlich zu (57%, +9). Auch im Montenegro (35%, +12) verbessern sich die Meinungen. Demgegenüber verschlechtern sich in der Türkei die Einschätzungen erheblich (37%, -12), nachdem sie sich im Frühjahr 2012 noch verbessert hatten.
- **In Bezug auf die Europäische Union**, überwiegen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (43% gegenüber 19%) und im Montenegro (40% gegenüber 25%) dieses Mal die positiven Ansichten. In der Türkei (27% gegenüber 46%), Island (31% gegenüber 46%), Kroatien (32% gegenüber 44%) und Serbien (29% gegenüber 32%) hingegen fallen die Meinungen negativ aus.

**In der soziodemografischen Analyse finden wir dieselben Tendenzen, die wir in Bezug auf die Meinungen zur wirtschaftlichen Lage auf nationaler und europäischer Ebene festgestellt haben<sup>19</sup>:**

- Die Meinungen der Befragten über die **Richtung, in die sich das eigene Land entwickelt**, unterscheiden sich nur geringfügig in Abhängigkeit vom Alter. In Bezug auf die Ausbildung der Personen, fallen die Unterschiede größer aus: Nur 18% der befragten Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben, sind davon überzeugt, dass sich die Dinge in ihrem Land in die richtige Richtung entwickeln. Dies im Vergleich zu 29% der Europäer, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben. Auch die Führungskräfte sind positiver eingestellt (36%), als die Angestellten (23%), die Arbeiter (22%) oder die Arbeitslosen (14%). Die europäischen Bürger, die sich selbst auf der sozialen Leiter unten positionieren, beurteilen die Richtung, in die sich das eigene Land entwickelt, ebenfalls kritischer (14%), als die Bürger, die sich auf der sozialen Leiter oben positionieren (34%).
- Wenn es um die **Europäische Union** geht, wird der Generationenunterschied deutlich sichtbar: Während 28% der 15-24-Jährigen die Meinung vertreten, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, wird diese Ansicht nur von 19% der europäischen Bürger im Alter von 55 Jahren und darüber geteilt. Die Befragten mit einer höheren Ausbildung sehen die Dinge ebenfalls positiver (27%), als die EU-Bürger, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 beendet haben (14%). Wir stellen fest, dass die Unterschiede, die sich bezüglich der beruflichen Tätigkeit abzeichnen, auf nationaler Ebene weniger deutlich sichtbar sind (28% der Führungskräfte sind der Ansicht, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, bei den Angestellten sind es 24% und bei den Arbeitern 21%), auch wenn die Meinung der Arbeitslosen nach wie vor kritischer ausfällt (17%). Auf Basis der gesellschaftlichen Selbsteinschätzung der Befragten beobachten wir erhebliche Gegensätze: 29% der europäischen Bürger, die sich im sozialen Gefüge oben einordnen, vertreten die Ansicht, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln, während dies nur für 17% der EU-Bürger gilt, die sich im Sozialgefüge unten positionieren.

<sup>19</sup> Cf. QA3 2.1.1. Die wirtschaftliche Lage auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene, Seite 20.



QA10a Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

	(UNSEREM LAND)				Europäische Union			
	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Weder noch (SPONTAN)	Weiß nicht	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Weder noch (SPONTAN)	Weiß nicht
EU27	24%	56%	17%	3%	22%	52%	18%	8%
<b>Geschlecht</b>								
Männlich	27%	55%	16%	2%	24%	53%	17%	6%
Weiblich	22%	57%	17%	4%	20%	51%	18%	11%
<b>Alter</b>								
15-24	26%	54%	17%	3%	28%	45%	19%	8%
25-39	23%	58%	16%	3%	23%	52%	18%	7%
40-54	24%	57%	16%	3%	22%	56%	15%	7%
55 +	24%	55%	17%	4%	19%	53%	18%	10%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>								
15-	18%	63%	15%	4%	14%	57%	18%	11%
16-19	23%	58%	16%	3%	21%	53%	18%	8%
20+	29%	51%	17%	3%	27%	51%	16%	6%
Studiert noch	30%	48%	19%	3%	32%	41%	19%	8%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>								
Selbstständige	25%	53%	19%	3%	21%	52%	20%	7%
Leitende Angestellte	36%	44%	16%	4%	28%	53%	13%	6%
Andere Angestellte	23%	58%	16%	3%	24%	53%	18%	5%
Arbeiter	22%	59%	16%	3%	21%	55%	16%	8%
Hausfrauen / -männer	20%	60%	15%	5%	19%	53%	18%	10%
Arbeitslose	14%	70%	14%	2%	17%	57%	17%	9%
Rentner / Pensionäre	24%	55%	17%	4%	19%	52%	18%	11%
Schüler / Studenten	30%	48%	19%	3%	32%	41%	19%	8%
<b>Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala</b>								
Niedrig (1-4)	14%	67%	15%	4%	17%	55%	17%	11%
Mittel (5-6)	24%	56%	16%	4%	22%	53%	17%	8%
Hoch (7-10)	34%	46%	17%	3%	29%	48%	17%	6%



## II. DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE BÜRGER

### 1. VERBUNDENHEIT MIT DER UNION

#### 1.1. Was bedeutet die Europäische Union

Die Hierarchie der Themen, die mit der Europäischen Union assoziiert werden, hat sich seit der letzten Umfrage im Frühjahr 2012 nicht verändert. Mit 42% der Nennungen (+1 Prozentpunkt) wird « die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können » an die Spitze der Liste gewählt, und zwar noch vor den Themen « der Euro » (35%, -2), « Geldverschwendung » (27%, ohne Veränderung), « Frieden » (26%, +2) und « Bürokratie » (23%, ohne Veränderung)<sup>20</sup>. Die jeweiligen Veränderungen sind geringfügig, die größten Abweichungen betragen nicht mehr als zwei Punkte (-2 für die Nennungen des Euro; +2 für die Nennungen des Friedens und « die Arbeitslosigkeit »).

Innerhalb der EU15-Länder (39%) und den Ländern der Eurozone (44%) wird der Euro deutlich häufiger mit der EU assoziiert, als in den NMS12 (22%) und den Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone (18%). Bezüglich der Freiheit, sich innerhalb der EU bewegen zu können, stellen wir geringere Differenzen fest: Nachvollziehbarerweise wird dieser Themenbereich in den NMS12 häufiger genannt, als in den EU15 (49% gegenüber 40%), aber zwischen den Nennungen, die wir für die Länder der Eurozone und denjenigen, die wir für die Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone verzeichnen, gibt es keinerlei Unterschied (beide 42%). Die Geldverschwendung wird in den EU15-Ländern (30%) und der Eurozone (29%) deutlich häufiger genannt, als in den NMS12 (15%) und den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören (22%).

Die Analyse auf Länderebene zeigt, dass - unabhängig von den jeweiligen Mitgliedstaaten - entweder die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können oder der Euro, auf den ersten Platz der Themenbereiche gewählt wird. Dies gilt mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs: Hier kommt, wie schon im Frühjahr 2012, die Geldverschwendung auf den ersten Platz (31% im Vergleich zu 27% bzw. 16%).

Wie schon in den vorherigen Umfragen, wird **die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können**, in den nördlichen Mitgliedstaaten (65% in Schweden, 59% in Finnland und 55% in Dänemark), in den baltischen Staaten (67% in Estland, 60% in Litauen, 59% in Lettland) aber auch in Luxemburg (59%) und Deutschland (56%) besonders häufig mit der EU assoziiert. **Der Euro** wird besonders häufig in Österreich (67%), Finnland (57%), Belgien (55%), den Niederlanden (54%) und der Slowakei (53%) genannt. Vor allem in Österreich (54%), Deutschland (46%) und Schweden (42%) wird die Europäische Union häufiger mit **Geldverschwendung** assoziiert. **Die Bürokratie** als Symbol der Europäischen Union, erhält in Schweden (44%), Finnland (44%) und Österreich (42%) einen Anteil der Nennungen, der jeweils über dem europäischen Durchschnitt von 23% liegt.

---

<sup>20</sup> QA13. Was bedeutet die EU für Sie persönlich? (Mehrfachnennungen möglich)

Die bedeutendste Entwicklung zu diesem Indikator betrifft Griechenland: Die Nennungen der Themenbereich Euro (49%) und Freizügigkeit (37%) gehen um acht bzw. zwei Punkte zurück, während die Nennungen des Themenbereichs Arbeitslosigkeit um zehn Punkte auf 45% anstiegen, womit dieser Bereich mittlerweile auf den zweiten Platz der in diesem Land mit der Europäischen Union assoziierten Begriffe gewählt wird.

Eine Analyse nach soziodemografischen Kriterien zeigt, dass die negativ besetzten Begriffe systematisch häufiger von Befragten genannt werden, die älter und weniger gut ausgebildet sind, während sich Befragte der jüngeren Generationen und Personen mit guter Ausbildung häufiger von den positiv besetzten Begriffen überzeugen lassen:




































- Die Freiheit, überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu können, wird von 52% der Befragten gewählt, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, sowie von 51% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren, im Vergleich zu 35% bzw. 27% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber als auch von den Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren beendet haben.
- Der Begriff der Geldverschwendung wird demgegenüber deutlich häufiger von den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber sowie von den Befragten mit einer weniger guten Ausbildung angegeben (30%), als von den 15-24-Jährigen (18%) und den befragten Personen, die ihre Ausbildung mindestens bis zum Alter von 20 Jahren fortgeführt haben (24%).

QA13. Was bedeutet die EU für Sie persönlich?



Mehrfachnennungen möglich

## QA13 Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

	Die Freiheit überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	Diff Hbt.2012- Fr.2012	Der Euro	Diff Hbt.2012- Fr.2012	Geldversch wendung	Diff Hbt.2012- Fr.2012	Frieden	Diff Hbt.2012- Fr.2012	Bürokratie	Diff Hbt.2012- Fr.2012
 EU27	42%	<b>+1</b>	35%	<b>-2</b>	27%	<b>=</b>	26%	<b>+2</b>	23%	<b>=</b>
 DE	56%	<b>+6</b>	49%	<b>-3</b>	46%	<b>+1</b>	45%	<b>+3</b>	37%	<b>-6</b>
 SE	65%	<b>+5</b>	18%	<b>-3</b>	42%	<b>+4</b>	45%	<b>+8</b>	44%	<b>=</b>
 FR	42%	<b>+4</b>	40%	<b>-1</b>	32%	<b>+2</b>	35%	<b>+1</b>	17%	<b>+3</b>
 FI	59%	<b>+3</b>	57%	<b>+11</b>	30%	<b>-4</b>	30%	<b>+9</b>	44%	<b>+7</b>
 ES	36%	<b>+3</b>	40%	<b>-4</b>	18%	<b>-1</b>	10%	<b>-1</b>	21%	<b>+3</b>
 AT	52%	<b>+2</b>	67%	<b>-2</b>	54%	<b>-4</b>	39%	<b>+4</b>	42%	<b>-1</b>
 PL	47%	<b>+2</b>	18%	<b>-2</b>	10%	<b>-4</b>	19%	<b>+4</b>	20%	<b>-1</b>
 IT	28%	<b>+2</b>	39%	<b>-1</b>	17%	<b>-3</b>	14%	<b>=</b>	8%	<b>-1</b>
 MT	45%	<b>+1</b>	25%	<b>-2</b>	17%	<b>=</b>	27%	<b>+3</b>	16%	<b>+3</b>
 EE	67%	<b>=</b>	33%	<b>+1</b>	21%	<b>+1</b>	21%	<b>+3</b>	25%	<b>+3</b>
 LU	59%	<b>=</b>	44%	<b>+2</b>	24%	<b>-2</b>	41%	<b>+4</b>	17%	<b>+2</b>
 SI	51%	<b>=</b>	43%	<b>-3</b>	28%	<b>+2</b>	28%	<b>+1</b>	27%	<b>+2</b>
 HU	44%	<b>=</b>	18%	<b>+2</b>	17%	<b>-2</b>	19%	<b>=</b>	15%	<b>-1</b>
 BE	37%	<b>=</b>	55%	<b>+1</b>	32%	<b>+2</b>	26%	<b>-1</b>	19%	<b>+3</b>
 UK	27%	<b>=</b>	16%	<b>-1</b>	31%	<b>+1</b>	16%	<b>+2</b>	27%	<b>=</b>
 PT	31%	<b>-1</b>	30%	<b>+2</b>	21%	<b>+2</b>	7%	<b>-1</b>	7%	<b>+2</b>
 LV	59%	<b>-2</b>	11%	<b>=</b>	14%	<b>=</b>	14%	<b>-2</b>	17%	<b>+2</b>
 NL	52%	<b>-2</b>	54%	<b>=</b>	23%	<b>+1</b>	33%	<b>+5</b>	35%	<b>+3</b>
 RO	52%	<b>-2</b>	28%	<b>-4</b>	11%	<b>-1</b>	31%	<b>-5</b>	10%	<b>+1</b>
 EL	37%	<b>-2</b>	49%	<b>-8</b>	22%	<b>+9</b>	24%	<b>-6</b>	12%	<b>+4</b>
 LT	60%	<b>-3</b>	11%	<b>=</b>	13%	<b>-2</b>	16%	<b>+4</b>	13%	<b>+3</b>
 DK	55%	<b>-3</b>	21%	<b>+2</b>	18%	<b>-1</b>	46%	<b>+2</b>	38%	<b>+2</b>
 BG	52%	<b>-3</b>	12%	<b>-6</b>	8%	<b>=</b>	29%	<b>+1</b>	7%	<b>-1</b>
 SK	54%	<b>-4</b>	53%	<b>-6</b>	31%	<b>+3</b>	17%	<b>=</b>	21%	<b>-2</b>
 CY	44%	<b>-5</b>	33%	<b>-4</b>	21%	<b>=</b>	25%	<b>-5</b>	15%	<b>=</b>
 IE	37%	<b>-5</b>	28%	<b>-18</b>	14%	<b>+2</b>	12%	<b>-2</b>	16%	<b>=</b>
 CZ	44%	<b>-6</b>	17%	<b>-6</b>	36%	<b>-3</b>	23%	<b>+1</b>	31%	<b>+1</b>
 CY (icc)	40%	<b>+1</b>	12%	<b>-2</b>	7%	<b>+3</b>	24%	<b>-4</b>	7%	<b>+1</b>
 HR	55%	<b>+5</b>	15%	<b>+1</b>	12%	<b>-1</b>	22%	<b>+1</b>	15%	<b>+2</b>
 RS	36%	<b>+4</b>	16%	<b>+4</b>	8%	<b>=</b>	23%	<b>=</b>	8%	<b>=</b>
 MK	47%	<b>+1</b>	7%	<b>-2</b>	5%	<b>=</b>	34%	<b>-6</b>	3%	<b>-1</b>
 IS	55%	<b>=</b>	41%	<b>+2</b>	28%	<b>+6</b>	26%	<b>+6</b>	34%	<b>+3</b>
 ME	40%	<b>-1</b>	10%	<b>-8</b>	8%	<b>+1</b>	31%	<b>-1</b>	6%	<b>-1</b>
 TR	23%	<b>-8</b>	16%	<b>-1</b>	11%	<b>+4</b>	17%	<b>+1</b>	9%	<b>+2</b>

Mehrfachnennungen möglich – die fünf erstgenannten Begriffe

### 1.2. Die Unterstützung der Mitgliedschaft in der EU und die diesbezüglich wahrgenommenen Vorteile (Kandidatenländer)

Die vorliegende Standard Eurobarometer-Umfrage untersucht in den Kandidatenländern das Ausmaß an Unterstützung der Mitgliedschaft in der EU<sup>21</sup> durch die Bürger sowie die von den Bürgern erwarteten Vorteile dieser Mitgliedschaft<sup>22</sup>. Diese Fragen wurden erstmalig im Rahmen der vorherigen Umfrage vom Frühjahr 2012 (Umfrage EB77) gestellt, mit der die hier festgestellten Ergebnisse verglichen werden sollen.

**Nachdem die Unterstützung durch die Bürger zwischen Herbst 2011 und Frühjahr 2012 zugenommen hatte – wohl unter dem Eindruck der per Referendum herbeigeführten Zustimmung zum Beitritt von Kroatien zur EU am 22. Januar 2012 – gehen die Unterstützungswerte für den Beitritt in diesem Land mittlerweile wieder zurück<sup>23</sup>.** Die kroatische öffentliche Meinung teilt sich zu diesem Thema in drei Teile auf: 31% der befragten Personen (-7 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2012) sind der Ansicht, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist, während 32% (+6) gegenteiliger Meinung sind und 33% (-1) erklären, dass die Mitgliedschaft eine « weder gute noch schlechte Sache sei ». Nachdem im Frühjahr 2012, d.h. als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, die positiven Ansichten zu einer Mitgliedschaft Kroatiens in der EU zahlreicher waren als die negativen, hat sich dieses Verhältnis mittlerweile wieder ins Gegenteil verkehrt. Diese Entwicklung beruht möglicherweise auf einer schlechteren Wahrnehmung der Vorteile, die eine Mitgliedschaft in der EU mit sich bringen würde: 46% der befragten Personen in Kroatien (-5) sind davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU Vorteile mit sich bringen würde, während 44% (+5) erklären, dass dies nicht der Fall wäre. Zwischen Frühjahr und Herbst 2012 fällt dementsprechend das Meinungsverhältnis zur Frage, ob die Mitgliedschaft Vorteile hätte, immer knapper aus.

**In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien spricht sich nach wie vor eine Mehrheit der Befragten für eine Mitgliedschaft in der EU aus, auch wenn die Werte mittlerweile eher ins Negative tendieren:** 57% der Befragten in diesem Land würden eine Mitgliedschaft in der EU befürworten. Dieser Anteil geht im Vergleich zum Frühjahr 2012 um fünf Punkte, und im Vergleich zum Frühjahr 2011 um acht Punkte zurück. Zwei Drittel der Befragten (66%) sind von den Vorteilen einer Mitgliedschaft in der EU überzeugt, aber auch hier sinkt der Anteil seit Frühjahr 2012 um vier Punkte (EB77) und seit Frühjahr 2011 (EB75) um acht Punkte.

---

<sup>21</sup> QA8. Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach – Eine gute Sache, eine schlechte Sache, oder weder gut noch schlecht? Weiß nicht/Keine Angabe

<sup>22</sup> QA9. Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall? Weiß nicht/Keine Angabe

<sup>23</sup> Die Kroaten haben im Referendum vom 22. Januar 2012 mit 66,27% Ja-Stimmen für eine Zugehörigkeit ihres Landes zur EU gestimmt, allerdings gab es nur eine niedrige Wahlbeteiligung (43,5%).

**Nachdem die Unterstützung einer Mitgliedschaft in der EU im Montenegro in der vorherigen Umfrage deutlich abnahm, gibt es mittlerweile wieder mehr Befragte, die sich dafür aussprechen.** 50% der befragten Personen (+3 Prozentpunkte) sehen eine eventuelle Zugehörigkeit ihres Landes zur EU positiv, 13% (-1) sprechen sich dagegen aus, 29% (-2) erklären, es sei eine « weder gute noch schlechte Sache » und 8% (ohne Veränderung) äußern hierzu keine Meinung. Eine zunehmende Anzahl Bürger ist davon überzeugt, dass eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile für das Land mit sich bringen würde. Diese Meinung wird mittlerweile von einer klaren Mehrheit unterstützt (59%, +4).

**Anlässlich der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 stellten wir fest, dass sich in der Türkei das Meinungsverhältnis bezüglich einer Mitgliedschaft zur EU zugunsten der negativen Meinung sehr verengt hatte. In der vorliegenden Umfrage vom Herbst 2012 verändern sich die Ergebnisse im Großen und Ganzen nicht.** Mehr als ein Drittel der Befragten in der Türkei (36%, -1 Prozentpunkt) bewerten eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union positiv, gleichzeitig sprechen sich 33% (-2) dagegen aus, 19% (+3) bleiben neutral und 12% (ohne Veränderung) geben keine Meinung ab. Bezüglich der Vorteile, die eine Mitgliedschaft nach Ansicht der Bürger mit sich bringen würden, beobachten wir allerdings stärkere Veränderungen. 40% (-4) sind davon überzeugt, dass die Türkei aufgrund der Mitgliedschaft Vorteile haben würde, aber 44% (+7) sind vom Gegenteil überzeugt. Ein Anteil von 16% (-3) gibt hierzu keine Meinung ab.

**Die Zahl der Gegner einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union geht in Island leicht zurück, es handelt sich aber immer noch um eine Mehrheit:** 44% (-2 Prozentpunkte) der Befragten sind der Ansicht, eine Mitgliedschaft Islands in der EU sei « eine schlechte Sache », gleichzeitig sind 26% (+5) vom Gegenteil überzeugt und erklären, das Ganze sei « eine gute Sache ». Nahezu ein Viertel (23%, -7) der Befragten bewertet eine Zugehörigkeit des Landes zur EU als « weder gut, noch schlecht » und 7% (+4) geben keine Antwort. Nach wie vor ist eine Mehrheit der isländischen Bürger davon überzeugt, dass eine Mitgliedschaft in der EU keine Vorteile für das Land bringen würde (57%), dieser Anteil verliert aber im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2012 sieben Punkte.

**Die Anteile Befragter, die sich für eine Mitgliedschaft Serbiens in der EU aussprechen, und die zum ersten Mal anlässlich der Standard Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77) gemessen wurden, beginnen zu sinken.** 35% der Serben (-5 Prozentpunkte) sehen eine mögliche Mitgliedschaft ihres Landes in der Union positiv, ein Anteil von 34% (+6) allerdings zeigt sich unentschieden und 23% (-1) sind dagegen. Der Rückgang der positiven Meinungen erfolgt somit vollständig zu Lasten der neutralen Ansichten. Bei dem Indikator über die wahrgenommenen Vorteile einer Mitgliedschaft, zeigt sich der Rückgang der pro-europäischen Meinungen in Serbien noch deutlicher: 40% der Serben (-9) sind davon überzeugt, dass ihr Land aus einer Mitgliedschaft Vorteile ziehen würde, während 35% (+4) gegenteiliger Meinung sind und ein großer Anteil der Befragten (25%, +5) zu diesem Thema keine Meinung äußert.



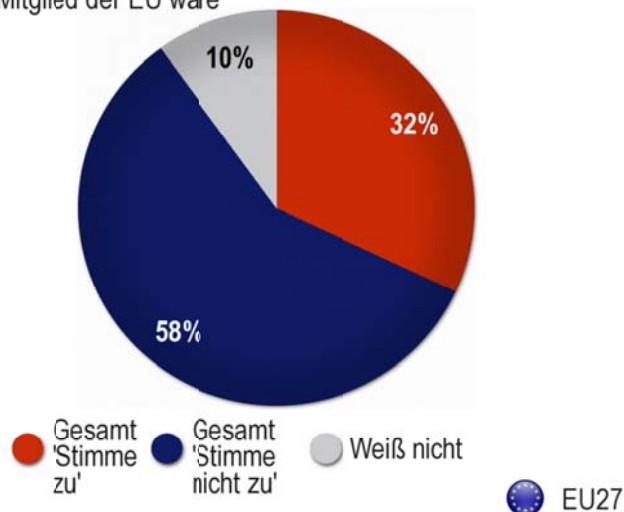
### 1.3. Wie rüsten wir uns für die Zukunft?

**– Eine absolute Mehrheit der europäischen Bürger ist nicht davon überzeugt, dass ihr Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre –**

58% der EU-Bürger sind nicht mit der Aussage einverstanden, dass ihr Land « besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre ». Etwas weniger als ein Drittel der befragten Personen (32%) sind demgegenüber mit dieser Aussage einverstanden, ein Anteil von 10% enthält sich der Stimme<sup>24</sup>.

QA20a.11. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre



Unabhängig von der untersuchten Ländergruppe vertritt eine Mehrheit der Befragten die Ansicht, dass ihr Land als Mitglied der EU besser für die Zukunft gerüstet ist, als wenn es allein stehen würde. Diese Meinung wird allerdings in den Mitgliedstaaten der Eurozone (63% gegenüber 28%) und den EU15-Ländern (59% gegenüber 32%) deutlich häufiger vertreten, als in den Mitgliedstaaten, die nicht Mitglied der Eurozone sind (47% gegenüber 41%) und den NMS12 (52% gegenüber 34%).

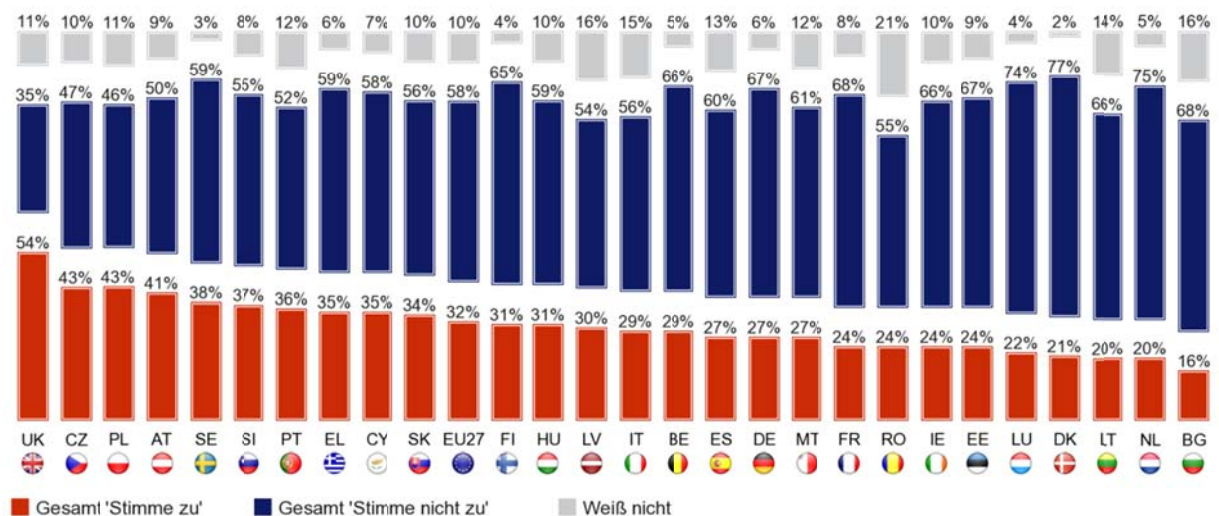
<sup>24</sup> QA20a.11 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? (UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre



In der Länderanalyse wird deutlich, dass die Überzeugung, eine Mitgliedschaft in der EU helfe den Ländern, sich für die Zukunft zu rüsten, in allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Befragten geteilt wird. Einzige Ausnahme ist das Vereinigte Königreich: hier erklärt eine absolute Mehrheit der Befragten (54%), ihr Land wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre. Die Meinung, dass die Mitgliedschaft in der EU positiv ist, wird in 24 der 27 Mitgliedstaaten von einer absoluten Mehrheit der Befragten geteilt, die höchsten Anteile verzeichnen wir hierfür in Dänemark (77%), den Niederlanden (75%), Luxemburg (74%), Bulgarien (68%), Frankreich (68%), Estland (67%) und Deutschland (67%). In der Tschechischen Republik (47% sind nicht einverstanden gegenüber 43%) und in Polen (46% gegenüber 43%) fällt das Meinungsverhältnis erheblich knapper aus, als im europäischen Durchschnitt.

QA20a.11. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?





(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre



Die soziodemografische Analyse zeigt schließlich, dass es in der europäischen Bevölkerung zu dieser Meinung einen breiten Konsens gibt. Unabhängig vom Alter, der Ausbildung, der berufssoziologischen Situation oder der finanziellen Lage der Befragten, erklärt sich eine Mehrheit der Befragten nicht mit der Aussage einverstanden, dass ihr Land besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied in der EU wäre.

**QA20a.11 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?**










**(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre**

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht
EU27	32%	58%	10%
 <b>Geschlecht</b>			
Männlich	32%	60%	8%
Weiblich	33%	55%	12%
 <b>Alter</b>			
15-24	30%	59%	11%
25-39	32%	58%	10%
40-54	33%	58%	9%
55 +	32%	56%	12%
 <b>Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	37%	48%	15%
16-19	35%	54%	11%
20+	27%	67%	6%
Studiert noch	25%	66%	9%
 <b>Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	29%	62%	9%
Leitende Angestellte	27%	67%	6%
Andere Angestellte	32%	60%	8%
Arbeiter	36%	54%	10%
Hausfrauen / -männer	34%	52%	14%
Arbeitslose	35%	51%	14%
Rentner / Pensionäre	34%	55%	11%
Schüler / Studenten	25%	66%	9%

Hier folgend noch die Ergebnisse nach soziodemografischen Kriterien in den sechs größten Mitgliedstaaten der EU sowie den drei am meisten von der Wirtschafts- und Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogenen Ländern.

**QA20a.11 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?**  
**(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre**

**Antwort - Gesamt 'Stimme zu'**

	DE	ES	FR	IT	PL	UK	EL	PT	IE
									
<b>Geschlecht</b>									
Männlich	29%	25%	21%	28%	45%	55%	35%	35%	23%
Weiblich	25%	28%	27%	29%	40%	53%	35%	38%	25%
<b>Alter</b>									
15-24	24%	28%	16%	26%	46%	45%	31%	37%	16%
25-39	30%	23%	26%	27%	43%	52%	36%	34%	27%
40-54	27%	27%	27%	31%	44%	56%	35%	38%	25%
55 +	26%	28%	25%	29%	39%	58%	36%	36%	23%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>									
15-	33%	34%	30%	28%	48%	64%	38%	36%	36%
16-19	31%	24%	25%	29%	40%	58%	35%	36%	24%
20+	18%	19%	20%	34%	42%	41%	35%	33%	22%
Studiert noch	22%	27%	10%	22%	45%	39%	27%	38%	14%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>									
Selbstständige	19%	17%	27%	27%	38%	54%	30%	20%	26%
Leitende Angestellte	17%	12%	14%	31%	51%	48%	50%	27%	17%
Andere Angestellte	26%	20%	24%	34%	48%	46%	40%	37%	25%
Arbeiter	31%	29%	30%	26%	41%	56%	38%	38%	29%
Hausfrauen / -männer	27%	27%	41%	26%	43%	64%	38%	37%	23%
Arbeitslose	50%	31%	30%	29%	43%	45%	42%	39%	24%
Rentner / Pensionäre	28%	28%	23%	31%	39%	62%	31%	36%	29%
Schüler / Studenten	22%	27%	10%	22%	45%	39%	27%	38%	14%

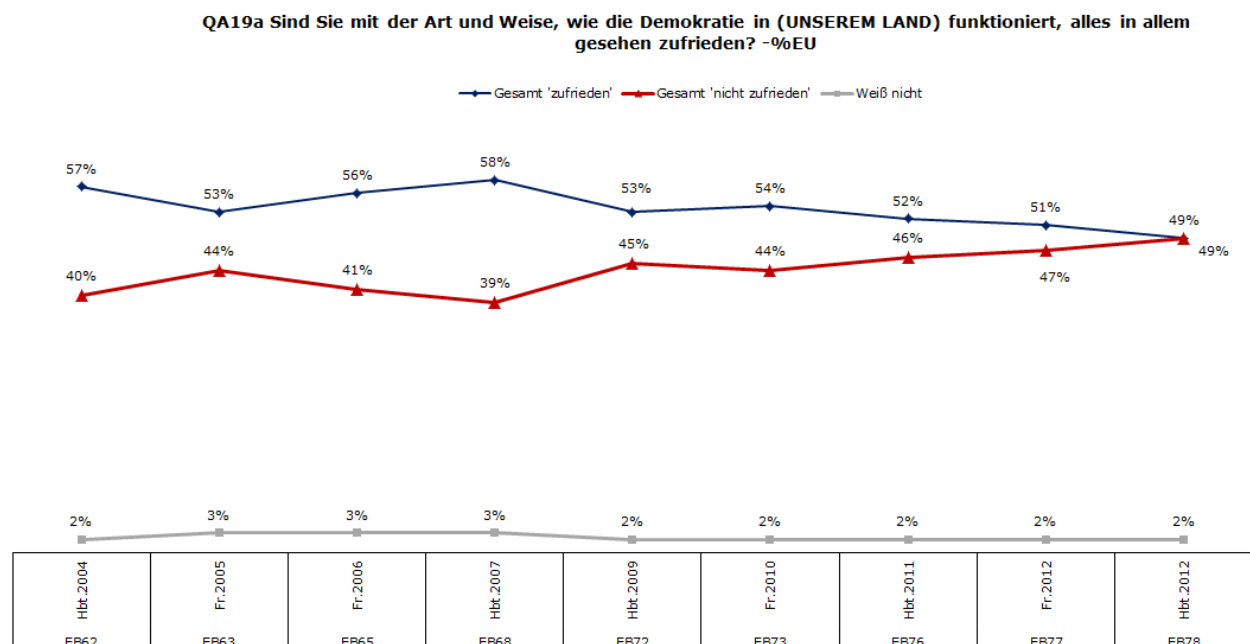
## 2. DIE DEMOKRATIE IN DER EU

### – Die Zufriedenheit mit der Funktion der Demokratie im eigenen Land und in der Europäischen Union nimmt weiter ab –

#### 2.1. Wahrnehmung der Funktion der nationalen Demokratien und der europäischen Demokratie

##### Die Funktionsweise der nationalen Demokratie

Die abnehmende Tendenz des positiven Urteils zur Funktion der nationalen Demokratien setzt sich bei dieser Befragung fort. 49% der Europäer (-2 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2012) geben aktuell an, sie seien mit der Art und Weise, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert, zufrieden, während 49% (+2) sich als unzufrieden bezeichnen und 2% (unverändert) keine Meinung äußern<sup>25</sup>. Zum ersten Mal seit Herbst 2004 gibt weniger als einer von zwei Europäern an, er sei mit dem demokratischen System in seinem Land zufrieden. Während die öffentliche Meinung sich bisher stets überwiegend positiv zeigte, ist sie nun in zwei genau gleich große Gruppen gespalten.



Wie bereits bei den vorhergegangenen Befragungen besteht eine Kluft zwischen den EU15-Ländern, in denen eine Mehrheit mit der Funktionsweise der nationalen Demokratie zufrieden ist (53% gegenüber 46%), und den NMS12, in denen die Unzufriedenheit stark überwiegt (64% insgesamt „nicht zufrieden“ gegenüber 33%). Die Zufriedenheit nimmt in den EU15-Ländern um zwei Prozentpunkte ab, während die Unzufriedenheit in den NMS12 um zwei Prozentpunkte steigt.

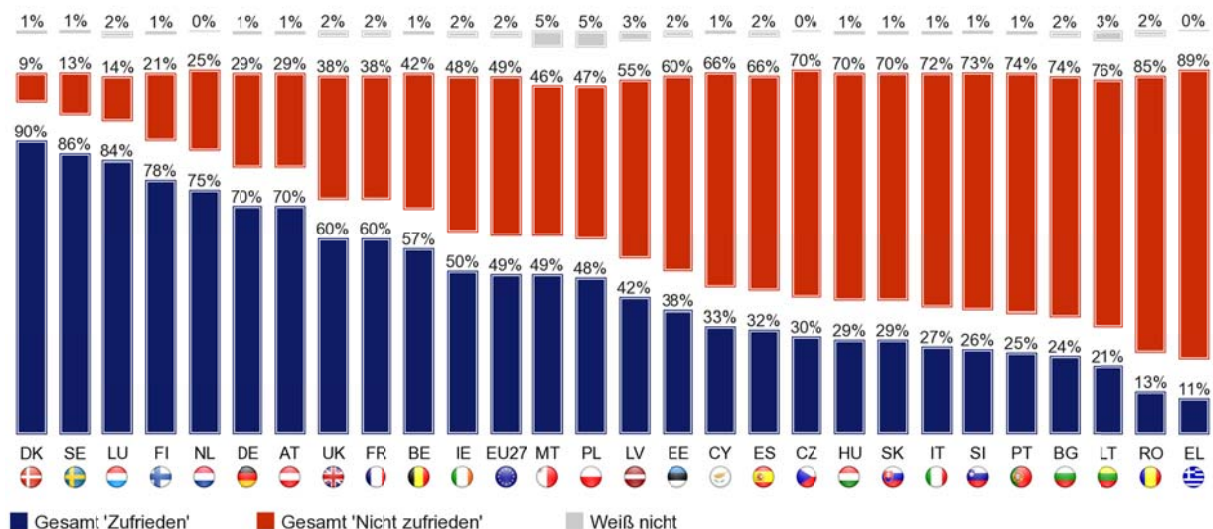
<sup>25</sup> QA19a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.

Als markantes Ergebnis dieser Befragung muss jedoch die für die Länder innerhalb und außerhalb der Eurozone erhobene Entwicklung betrachtet werden. Dort hat sich das bisherige Bewertungsverhältnis aufgrund der abnehmenden Zufriedenheit und der steigenden Unzufriedenheit umgekehrt. So entwickelt sich die Situation von einem Verhältnis von 52%/47% im Frühjahr 2012 zu aktuell 49%/50% in den Ländern der Eurozone und von 49%/47% zu 48%/50% in den Ländern außerhalb der Eurozone.

Zur Beurteilung der Funktion nationaler Demokratiesysteme lassen sich zwischen den einzelnen Ländern sehr große Unterschiede feststellen. Die Zufriedenheit überwiegt in 13 der 27 EU-Staaten. Wie bereits bei den vorhergegangenen Befragungen ist sie in den nordischen Ländern (90% in Dänemark, 86% in Schweden und 78% in Finnland), in Luxemburg (84%), in den Niederlanden (75%), in Deutschland (70%) und in Österreich (70%) am weitesten verbreitet. Hingegen dominiert in 14 Mitgliedstaaten die Unzufriedenheit, wobei die Ergebnisse in Griechenland (89%), Rumänien (85%), Litauen (76%), Bulgarien (74%), Portugal (74%), Slowenien (73%), Italien (72%), der Tschechischen Republik (70%), Ungarn (70%) und der Slowakei (70%) Rekordhöhen erreichen.

Der Rückgang der Zufriedenheit zeigt sich bei dieser Befragung in Belgien (-11 Prozentpunkte), auf Zypern (-8), in Rumänien (-7), in Frankreich (-7) und in Estland (-6) besonders deutlich.

QA19a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.

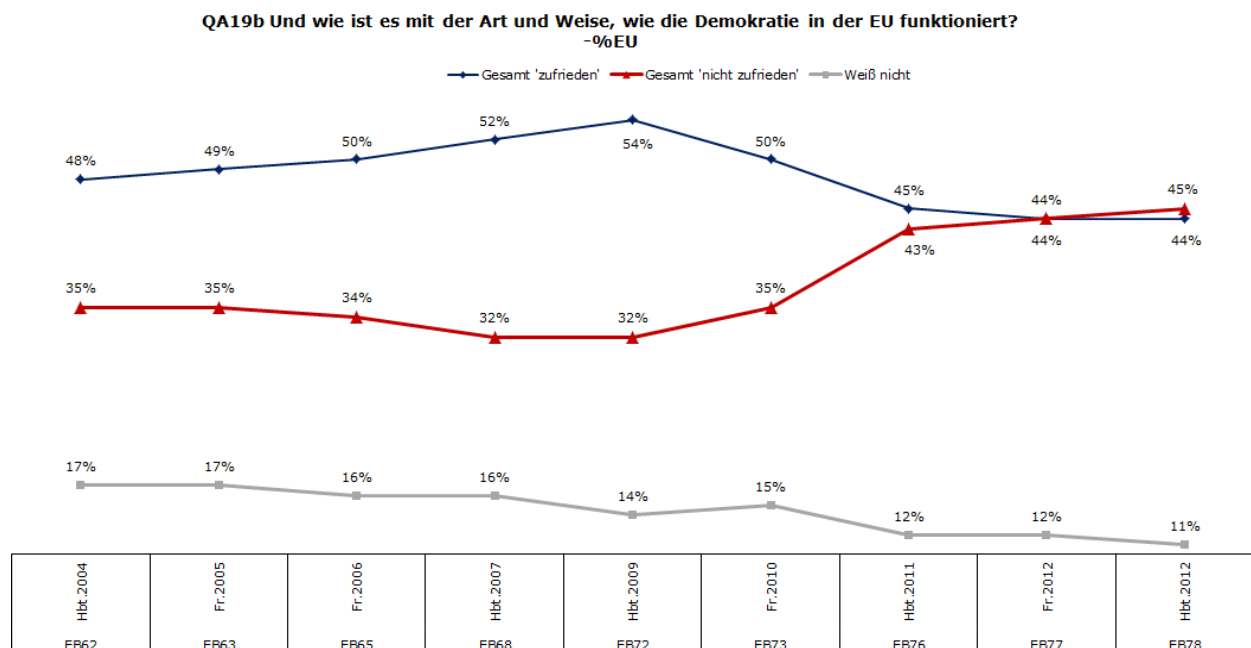


Die Beurteilung der nationalen Demokratie ist strukturell stark von den sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bürger abhängig. Befragte mit Diplom- bzw. Hochschulabschluss, die den höchsten und vermögendsten Schichten der Gesellschaft angehören, äußern sich somit mehrheitlich positiv, während Personen, die in bescheidenen Verhältnissen leben und mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, dass demokratische System negativer beurteilen.

## Die Funktionsweise der europäischen Demokratie

44% der Europäer (unverändert im Vergleich zum Frühjahr 2012) erklären, sie seien mit der Funktion der Demokratie in der EU zufrieden, während 45% (+1 Prozentpunkt) sich als unzufrieden bezeichnen und 11% (-1) keine Meinung äußern<sup>26</sup>.

Auch wenn die Veränderungen im Vergleich zur vorigen Befragung gering sind, so schlägt das Bewertungsverhältnis zu diesem Indikator doch zum ersten Mal in der Geschichte des Eurobarometers ins Negative um. Die grundlegende Tendenz einer Verschlechterung des Urteils über die Funktion der europäischen Demokratie hat zwar seit der Befragung zum Standard-Eurobarometer vom Herbst 2011 (EB76) unbestreitbar an Geschwindigkeit verloren, bleibt aber dennoch ungebrochen. Innerhalb von drei Jahren, wenn man die Befragung vom Herbst 2009 (EB72) zum Vergleich heranzieht, hat die positive Meinung 10 Prozentpunkte eingebüßt, während die negative Meinung in der gleichen Zeit 13 Prozentpunkte hinzugewonnen hat. Zudem hatten die Europäer im Herbst 2009 das Gefühl, die Demokratie in der EU funktioniere besser als in ihrem Land. Dies ist heute nicht mehr der Fall.



Die Funktion der europäischen Demokratie wird von einer absoluten Mehrheit der Befragten in den NMS12 (54% „insgesamt zufrieden“ gegenüber 33%) sowie von einer relativen Mehrheit der Befragten in den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören (48% gegenüber 39%), als zufriedenstellend betrachtet. Hingegen zeigt sich eine relative Mehrheit der Befragten in den EU15-Ländern (48% „insgesamt nicht zufrieden“ gegenüber 42%) und den Ländern der Eurozone (48% gegenüber 43%) unzufrieden mit der Funktion der Demokratie in der EU. Die Bewertungsverhältnisse in diesen vier Ländergruppen bleiben dabei im Vergleich zur vorhergegangenen Befragung vom Frühjahr 2012 insgesamt stabil.

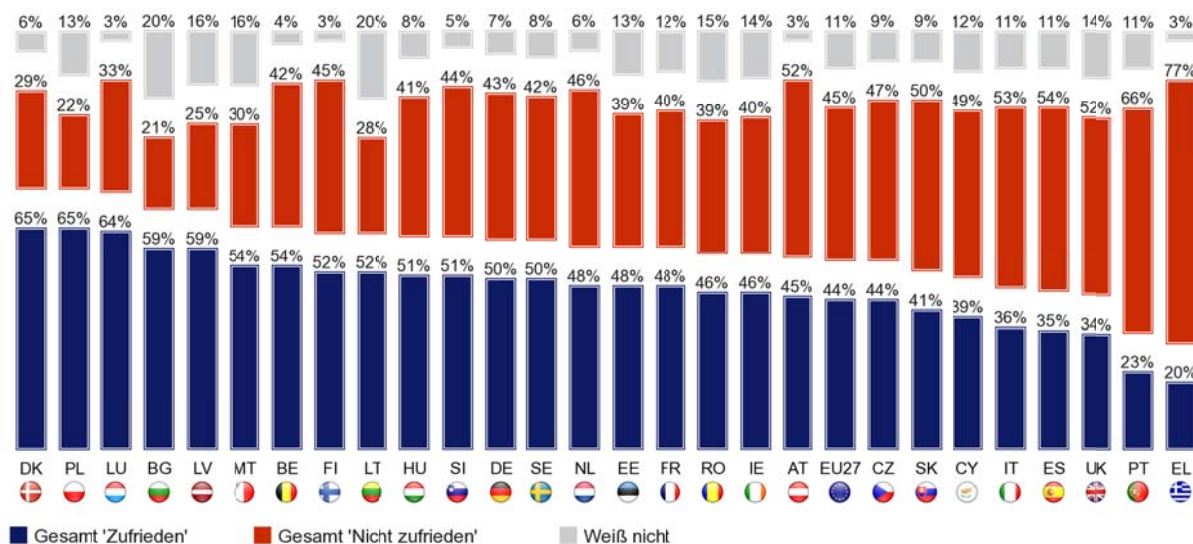
<sup>26</sup> QA19b. Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?



Die Analyse der länderspezifischen Ergebnisse zeigt, dass die Zufriedenheit trotz des auf europäischem Niveau festgestellten leichten Rückgangs in 18 EU-Mitgliedstaaten eine absolute oder relative Mehrheit erreicht, während dies im Frühjahr 2012 in 16 Staaten der Fall war. Deutschland (50% gegenüber 43%, im Vergleich zu 47% gegenüber 47% im Frühjahr 2012), Ungarn (51% gegenüber 41%, im Vergleich zu 45% gegenüber 45%) und Schweden (50% gegenüber 42%, im Vergleich zu 45% gegenüber 45%) gehören erneut der Ländergruppe an, in der eine Mehrheit der Befragten zufrieden ist, während Zypern diese Gruppe verlässt (39% gegenüber 49%, im Vergleich zu 45% gegenüber 44% im Frühjahr 2012). Unter den Ländern der Gruppe, in der die Zufriedenheit überwiegt, werden die höchsten Prozentanteile in Dänemark (65% „insgesamt zufrieden“), Polen (65%), Luxemburg (64%), Lettland (59%) und Bulgarien (59%) erhoben. Die Entwicklungen in dieser Ländergruppe sind dabei sehr verschiedenartig: in Polen (+7 Prozentpunkte) und Bulgarien (+5) nimmt die Zufriedenheit deutlich zu; ganz eindeutig zum Negativen entwickelt sich die Meinungslage hingegen in den Niederlanden, von 52%/39% im Frühjahr 2012 zu aktuell 48%/46%, und in Belgien, von 63%/34% zu 54%/42%.

Die Unzufriedenheit dominiert in neun Ländern, nämlich in Griechenland (77%, +7 Prozentpunkte), in Portugal (66%, unverändert), in Spanien (54%, +2), in Italien (53%, -4), im Vereinigten Königreich (52%, +6), in Österreich (52%, -2), in der Slowakei (50%, +2), auf Zypern (49%, +5, gegenüber 39%) und in der Tschechischen Republik (47%, +3, gegenüber 44%).

QA19b. Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?







Die Meinung zur Funktion der europäischen Demokratie wird vor allem vom Alter und von den sozialen Merkmalen der Befragten bestimmt. So fällt das Urteil der 15-24-Jährigen (52%), der Studenten (56%), der Personen mit hohem Bildungsniveau (51%) und der mittleren und leitenden Angestellten (53%) mehrheitlich positiv aus. Die Unzufriedenheit überwiegt hingegen unter Personen im Alter von 55 Jahren und mehr (46% gegenüber 41%); Personen, die die Schule vor dem Alter von 16 Jahren verlassen haben (52%); Arbeitslosen (52%) und Personen, die angeben, meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben (58%).

Die Meinung zur Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union steht ebenfalls in Korrelation mit dem Kenntnisstand der Befragten zur EU und der Wahrnehmung des eigenen Einflusses als Bürger innerhalb der EU.

Befragte, die über gute objektive Kenntnisse zur EU verfügen (52%), und vor allem diejenigen, die denken, dass ihre Stimme in der EU zählt (70%), bezeichnen sich so mehrheitlich als zufrieden, während Befragte, deren Kenntnisse zur EU schlecht sind (43% gegenüber 26%), sowie Befragte, die denken, dass ihre Stimme nicht zählt (57%), mehrheitlich unzufrieden sind.

**QA19 Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in ... funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.**

	In (UNSER LAND)		In der EU	
	Gesamt 'Zufrieden'	Gesamt 'Nicht zufrieden'	Gesamt 'Zufrieden'	Gesamt 'Nicht zufrieden'
EU27	49%	49%	44%	45%
 <b>Geschlecht</b>				
Männlich	50%	49%	47%	45%
Weiblich	48%	50%	43%	45%
 <b>Alter</b>				
15-24	51%	47%	52%	38%
25-39	47%	51%	46%	45%
40-54	48%	51%	43%	48%
55 +	50%	48%	41%	46%
 <b>Ausbildung (Ende der)</b>				
15-	39%	59%	32%	52%
16-19	46%	53%	44%	45%
20+	59%	40%	51%	43%
Studiert noch	55%	42%	56%	34%
 <b>Sozio-professionelle Kategorie</b>				
Selbstständige	46%	53%	45%	47%
Leitende Angestellte	66%	34%	53%	42%
Andere Angestellte	52%	47%	50%	43%
Arbeiter	45%	53%	42%	47%
Hausfrauen / -männer	45%	52%	43%	45%
Arbeitslose	34%	64%	36%	52%
Rentner / Pensionäre	49%	49%	40%	46%
Schüler / Studenten	55%	42%	56%	34%
<b>Meine Stimme zählt in der EU</b>				
Stimme zu	71%	28%	70%	24%
Stimme nicht zu	38%	61%	33%	57%
<b>EU-Wissen</b>				
Schlecht	35%	57%	26%	43%
Durchschnitt	49%	50%	43%	47%
Gut	53%	46%	52%	43%

## 2.2. Werden persönliche, nationale und europäische Interessen in der Europäischen Union gut berücksichtigt?

Die Bewertungsdifferenz zwischen der Zufriedenheit mit der Funktion der nationalen Demokratie (49%) und der Zufriedenheit mit der Funktion der europäischen Demokratie (44%) erklärt sich zum Teil dadurch, wie die Bürger ihren eigenen Einfluss wahrnehmen. So **hat eine knappe Mehrheit der Europäer das Gefühl, dass „ihre Stimme in ihrem Land zählt“**, während eine große Mehrheit den Eindruck hat, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. Zu diesen beiden Indikatoren zeigen sich im Vergleich zur vorhergegangenen Befragung zum Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2012 nur geringe Veränderungen.

QA20a. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?



EB78 Hbt.2012  
EB77 Fr.2012



EU27

Einer von zwei Europäern (50%, -1 Prozentpunkt im Vergleich zur Befragung EB77 im Frühjahr 2012) hat so das Gefühl, seine Stimme zähle in seinem Land, während 47% (+1) zum gegenteiligen Urteil kommen<sup>27</sup>. Das Gefühl, die eigene Stimme als Bürger zähle auf nationaler Ebene, teilt in den EU15-Ländern (54% gegenüber 44%) und den Ländern der Eurozone (53% gegenüber 45%) eine Mehrheit der Befragten, während der Eindruck, nicht gehört zu werden, in den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören, (50% gegenüber 47%) und noch stärker in den NMS12 (57% gegenüber 39%) überwiegt. Im Vergleich zum Frühjahr 2012 hat sich das Gefühl, im eigenen Land Gewicht zu haben, in Portugal (+11) und Bulgarien (+10) wesentlich verstärkt, obwohl es auch weiterhin nur eine Minderheit der Befragten betrifft. Hingegen ist es auf Zypern (-13) und in Griechenland (-10) deutlich zurückgegangen.

<sup>27</sup> QA20a.5 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Meine Stimme zählt in (UNSEREM LAND).

**64% (+1 Prozentpunkt) der Europäer denken, dass „ihre Stimme in der Europäischen Union nicht zählt“, 31% (unverändert) sind gegenteiliger Ansicht<sup>28</sup>.** Dieses Urteil wird mit ähnlichen Größenverhältnissen in den EU15-Ländern, den NMS12 und den Ländern innerhalb und außerhalb der Eurozone geteilt.

Bei der aktuellen Befragung verändert sich das Bewertungsverhältnis auf Malta (46% gegenüber 43% im Vergleich zu 41% gegenüber 45% im Frühjahr 2012) zum Positiven. Damit gesellt sich Malta zu Dänemark (55% gegenüber 41%) und ist somit das zweite Land, in denen eine Mehrheit der Bürger das Gefühl hat, ihre Stimme zähle in der EU. Das Meinungsverhältnis verschiebt sich hingegen in den Niederlanden zu einem überwiegend negativen Ergebnis (45% gegenüber 51% im Vergleich zu 50% gegenüber 46% bei der Eurobarometer-Befragung EB77), was die deutliche Verschlechterung des Urteils über die Funktion der europäischen Demokratie in diesem Land bestätigt.

Das Gefühl, die eigene Stimme zähle in der EU, verstärkt sich bei der aktuellen Befragung am deutlichsten in Bulgarien (+10 Prozentpunkte), Ungarn (+8), Österreich (+6) und Irland (+6). In Frankreich (-6), Estland (-5), Belgien (-5), den Niederlanden (-5) und Griechenland (-5) geht es am merklichsten zurück.

Im Vergleich zur Befragung vom Frühjahr 2012 lässt sich eine leichte negative Veränderung der Meinung zur Berücksichtigung nationaler Interessen durch die EU verzeichnen. Der Anteil der Befragten, die meinen, die Interessen ihres Landes würden von der EU gut berücksichtigt, nimmt in der Tat um einen Prozentpunkt ab, während der Anteil derjenigen, die denken, dass diese Interessen schlecht berücksichtigt werden, um zwei Prozentpunkte zunimmt. **Das Gefühl, die nationalen Interessen würden schlecht berücksichtigt, bleibt somit in der europäischen öffentlichen Meinung vorherrschend (52% gegenüber 41%)<sup>29</sup>.**

Dies zeigt sich auch darin, dass unabhängig von der betrachteten Ländergruppe eine absolute Mehrheit der Befragten der Meinung ist, die nationalen Interessen würden von der EU schlecht berücksichtigt. Dies gilt für 55% (-1 Prozentpunkt) der Befragten in den Ländern außerhalb der Eurozone, für 54% (unverändert) der Befragten in den NMS12, für 51% (+2) der Befragten in den EU15-Ländern und für 50% (+3) der Befragten in den Ländern der Eurozone.

Im Vergleich zur Befragung zum Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2012 hat sich das Bewertungsverhältnis bei der aktuellen Befragung in den Niederlanden zu einer Dominanz der negativen Meinung entwickelt: 47% der Befragten (gegenüber 46%) haben inzwischen das Gefühl, dass die EU die Interessen ihres Landes schlecht berücksichtigt, während im Frühjahr 2012 noch 51% (gegenüber 43%) gegenteiliger Ansicht waren. In Polen hingegen (50% gegenüber 40% im Vergleich zu 43% gegenüber 45% im Frühjahr 2012) verschiebt sich die Bewertung zu einem mehrheitlich positiven Urteil. Polen ist somit Teil einer Gruppe von acht Ländern, in denen eine Mehrheit das Gefühl hat, die EU berücksichtige die nationalen Interessen gut.

---

<sup>28</sup> QA20a.4 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Meine Stimme zählt in der EU.

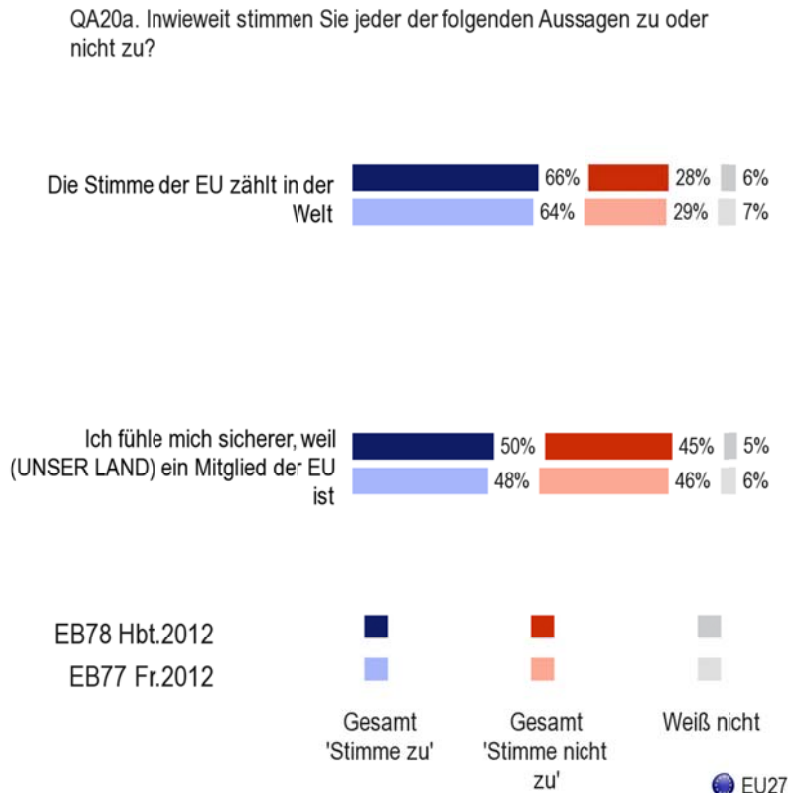
<sup>29</sup> QA20a.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die Interessen (UNSERES LANDES) werden in der EU gut berücksichtigt.

Dazu gehören auch Luxemburg (69%), Deutschland (60%), Dänemark (52%), Belgien (50%), Malta (49% gegenüber 40%), Frankreich (49% gegenüber 43%) und Schweden (49% gegenüber 46%). Innerhalb dieser Gruppe ist jedoch ein deutlicher Abwärtstrend für Belgien (das Gefühl, die nationalen Interessen würden von der EU gut berücksichtigt, ging seit dem Frühjahr 2012 um 11 Prozentpunkte zurück) und Frankreich erkennbar.

Das Gefühl, das nationale Interesse werde von der EU schlecht berücksichtigt, herrscht in allen anderen Ländern vor und verstärkt sich noch in den Ländern, in denen es ohnehin schon am deutlichsten ausgeprägt war, nämlich in Griechenland (88%, +4), in der Tschechischen Republik (71%, +7), auf Zypern (70%, +3), in Rumänien (66%, +9) und in Portugal (63%, +7). Die einzige Ausnahme von dieser Entwicklung bildet Ungarn (64%, -4 Prozentpunkte).

Das Gefühl, die Europäische Union sei ein Akteur, der auf internationalem Niveau Gewicht hat, findet auch weiterhin einen breiten Konsens in der europäischen öffentlichen Meinung: zwei Drittel der Europäer (66%, +2 Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2012) teilen die Ansicht, dass „die Stimme der EU in der Welt zählt“, lediglich 28% (-1) sind hiermit nicht einverstanden und 6% (-1) äußern keine Meinung<sup>30</sup>.

Die EU wird nicht nur als Akteur von internationaler Bedeutung anerkannt, sondern auch etwas stärker als im Frühjahr 2012 als ein ihren Mitgliedern Sicherheit spendender Bund wahrgenommen. So fühlen sich 50% (+2) der Europäer sicherer, weil ihr Land Mitglied der EU ist, 45% (-1) teilen diese Wahrnehmung nicht und 5% (-1) äußern keine Meinung<sup>31</sup>.



<sup>30</sup> QA20a.6 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die Stimme der EU zählt in der Welt.

<sup>31</sup> QA20a.3 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Ich fühle mich sicherer, weil (UNSER LAND) ein Mitglied der EU ist.

Das Gefühl der Sicherheit nimmt in den EU15-Ländern deutlich zu, wodurch sich das Verhältnis der positiven und negativen Meinungen im Vergleich zum Frühjahr 2012 umkehrt: 49% gegenüber 46% aktuell, im Vergleich zu 46% gegenüber 48% bei der Eurobarometer-Befragung EB77. In den NMS12 bleibt dieses Gefühl der Sicherheit am deutlichsten ausgeprägt (57%, +1). In den Ländern der Eurozone (50% gegenüber 45%) sowie außerhalb dieser Zone (49% gegenüber 45%) ist es fast gleich stark.

Der Eindruck, die Zugehörigkeit zur EU biete ihren Mitgliedern Sicherheit, geht in Belgien (47%, -6 Prozentpunkte) und Griechenland (42%, -14) deutlich zurück und wird somit in Griechenland nur noch von einer Minderheit gehalten. In den Niederlanden verstärkt er sich und kann nun eine Mehrheit der Befragten auf sich vereinen (50%, +4). In Ungarn (+7), Bulgarien (+6), Deutschland (+6) und Italien (+6) nimmt er ebenfalls merklich zu.



### 3. DIE EUROPÄER UND DIE GLOBALISIERUNG

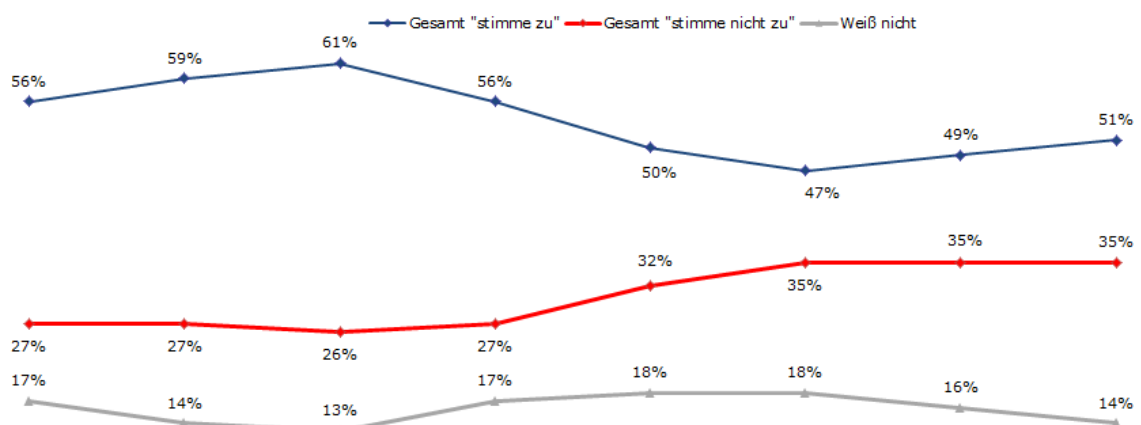
– Mehr als einer von zwei Europäern betrachtet die Globalisierung als Chance für wirtschaftliches Wachstum; zwei Drittel sind der Ansicht, dass ihr Land die negativen Auswirkungen der Globalisierung nicht alleine bewältigen kann –

#### 3.1. Ist die Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum?

Mehr als einer von zwei Europäern (51%) betrachtet die Globalisierung positiv und sieht sie als Chance für wirtschaftliches Wachstum. Etwas mehr als ein Drittel (35%) vertritt hingegen eine negative Ansicht zur Globalisierung. 14% äußern keine Meinung<sup>32</sup>.

Dabei lässt sich eine leichte Zunahme der positiven Sichtweise der Globalisierung verzeichnen, die im Vergleich zur Befragung vom Frühjahr 2012 (EB77) zwei Prozentpunkte und im Vergleich zur Befragung vom Herbst 2011 (EB76) vier Prozentpunkte hinzugewinnt. Im selben Zeitraum bleibt der Anteil der negativen Wahrnehmung jedoch unverändert. Es zeigt sich somit eine Tendenz zu einer positiveren Wahrnehmung der Globalisierung durch die Europäer, obwohl diese keinen ähnlich hohen Stand wie im Frühjahr 2010 bei der Eurobarometer-Befragung EB73 erreicht. Der Vorsprung der positiven Meinungen zur Globalisierung auf die negativen Ansichten beträgt heute +16, im Vergleich zu +14 im Frühjahr 2012 und +12 im Herbst 2011. Er ist jedoch noch weit von den im Frühjahr 2010 verzeichneten +29 entfernt.

QA20a.7 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?  
Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum  
– %EU



<sup>32</sup> QA20a.7 Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu? Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum.

Die Wahrnehmung der Globalisierung als Chance für wirtschaftliches Wachstum findet in 19 Mitgliedstaaten eine Mehrheit unter den Befragten, wobei die höchsten Ergebnisse wie bei der vorigen Befragung in den nordischen Ländern (79% in Dänemark, 77% in Schweden und 70% in Finnland), in den Niederlanden (74%) und in Deutschland (67%) erreicht werden. Unter den Ländern, in denen die positive Meinung zur Globalisierung vorherrschend ist, gewinnt diese in Irland (62%, +7 Prozentpunkte), Polen (55%, +8) und Ungarn (55%, +7) merklich an Zustimmung.

In drei Ländern entwickelt sich die öffentliche Meinung negativ: in Belgien, wo sie nun vollkommen ausgeglichen ist (48% gegenüber 48%), während sie noch im Frühjahr 2012 deutlich zum Positiven neigte (54% gegenüber 41%), in Portugal (35% gegenüber 44%, im Vergleich zu 39% gegenüber 37% im Frühjahr 2012) und in Rumänien (29% gegenüber 37%, im Vergleich zu 35% gegenüber 33%), wo die negative Ansicht inzwischen dominiert.

Die negative Wahrnehmung des Einflusses der Globalisierung auf die Wirtschaft nimmt in den Ländern, in denen sie bereits im Frühjahr 2012 vorherrschte, weiter zu oder bleibt unverändert: in Griechenland (71%, +9 Prozentpunkte), auf Zypern (61%, +8), in Italien (51%, unverändert) und in der Tschechischen Republik (49%, +5, gegenüber 40%). Schließlich zeigt sich die öffentliche Meinung in Frankreich weiterhin deutlich gespalten (46%, unverändert, gegenüber 45%).

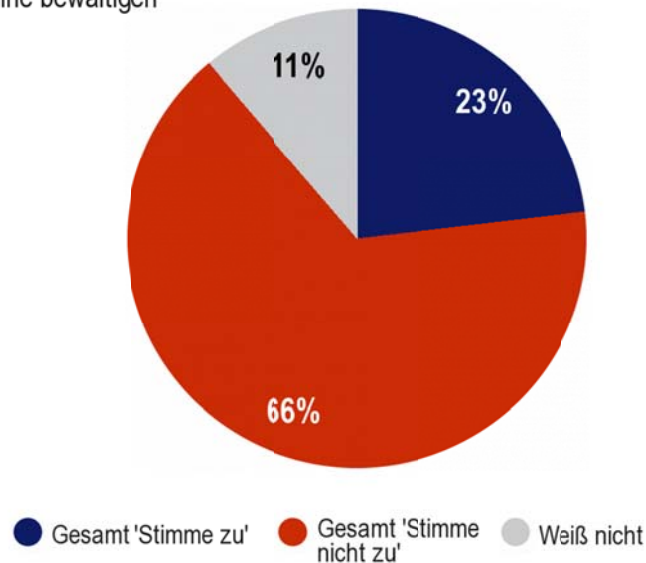
Wie bereits bei den vorhergegangenen Eurobarometer-Befragungen macht die soziodemografische Analyse große Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien erkennbar: junge Befragte, Personen mit hohem Bildungsniveau und die vermögendsten Gesellschaftsschichten neigen deutlich häufiger dazu, die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung als positiv zu bewerten, als ältere Generationen, Personen mit niedrigem Bildungsniveau oder in bescheidenen Verhältnissen lebende Gesellschaftsschichten, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. So hat zum Beispiel ein Drittel der Personen, die Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, eine positive Sicht der Globalisierung, während es bei denjenigen, die so gut wie nie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen, 57% sind.

### 3.2. Die EU und die Auswirkungen der Globalisierung

Zwei Drittel der Europäer sind nicht der Ansicht, dass „ihr Land die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen kann.“ Lediglich 23% stimmen dieser Aussage zu. 11% äußern keine Meinung<sup>33</sup>.

QA20a.8. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

(UNSER LAND) kann die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen



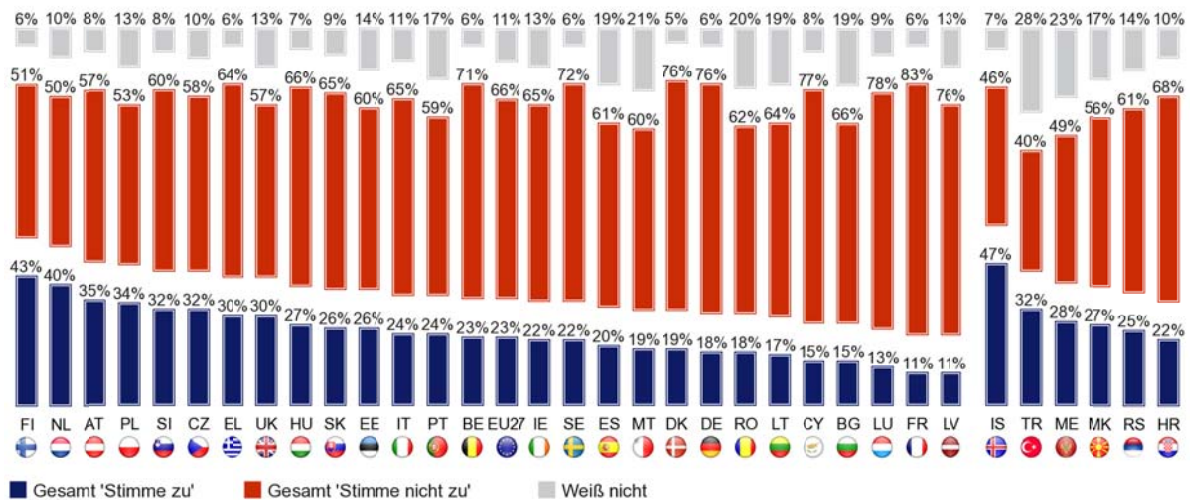
 EU27

Hier wird erneut ein wichtiges, bereits weiter oben erwähntes Ergebnis dieser Befragung deutlich: Die Europäer sind auch weiterhin überzeugt, dass es nützlich und notwendig ist, gemeinsam zu agieren, zum Beispiel innerhalb der EU. Auch die länderspezifische Analyse bestätigt dies: In allen Länder der Europäischen Union ist eine absolute Mehrheit der Befragten nicht der Ansicht, dass ihr Land die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen könnte. Das Bewertungsverhältnis situiert sich dabei zwischen 83%/11% in Frankreich und 50%/40% in den Niederlanden.

<sup>33</sup> QA20a.8 Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu? (UNSER LAND) kann die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen.

QA20a.8. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

(UNSER LAND) kann die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen



Unter den Kandidatenländern erreicht die Meinung, das eigene Land könne die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen, in Island die kleinstmögliche Mehrheit (47% gegenüber 46%). In allen anderen Ländern überwiegt das gegenteilige Gefühl, wobei die Prozentanteile zwischen 40% in der Türkei (gegenüber 32% „Zustimmung insgesamt“) und 68% in Kroatien (gegenüber 22%) liegen.

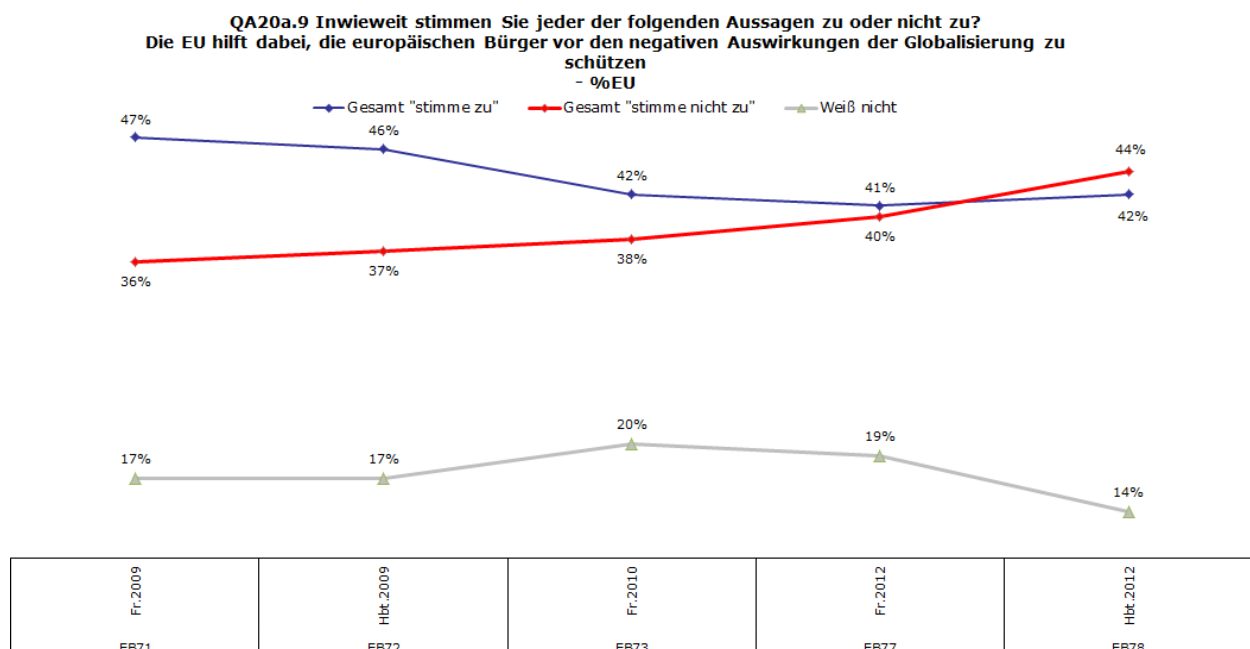
Um noch genauer bestimmen zu können, wie sich die Europäer die Rolle der EU im Hinblick auf die Globalisierung vorstellen, wurden die Befragten in zwei Gruppen geteilt. Die erste Hälfte wurde gebeten, sich zu einer negativ formulierten Aussage zur Globalisierung zu äußern: „Die EU hilft dabei, die europäischen Bürger vor den *negativen* Auswirkungen der Globalisierung zu *schützen*“. Die zweite Hälfte sollte ihre Meinung zu einer positiv formulierten Aussage zur Globalisierung angeben: „Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den *positiven* Auswirkungen der Globalisierung zu *profitieren*“.

Es zeigt sich, dass – unabhängig von der positiven oder negativen Formulierung – die Annahme, die EU spiele tatsächlich eine Rolle bei der Globalisierung, auf sehr viel weniger Zustimmung trifft, als die Feststellung, das eigene Land könne die Auswirkungen der Globalisierung nicht alleine bewältigen. Tatsächlich nimmt die Wahrnehmung der Europäischen Union als Schutz vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung bereits seit Frühjahr 2009 ab. Bei der aktuellen Befragung liegt der Anteil der Europäer, die meinen, die EU habe keine schützende Funktion im Hinblick auf die Globalisierung, zum ersten Mal höher als der Anteil derjenigen, die der EU diese Rolle zuerkennen. Für die Wahrnehmung einer Hebelwirkung der EU, die den Bürgern so dazu verhilft, mehr von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren, zeichnet sich ebenfalls eine abnehmende Tendenz ab, obwohl bei den Ergebnissen zu diesem Indikator der positive Anteil weiterhin deutlich überwiegt.

### Die negative Formulierung (SPLIT A)

Mehr als vier von zehn Europäern (44%) meinen derzeit, dass die EU nicht dabei hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Dieser Anteil hat im Vergleich zum Frühjahr 2012 um vier Punkte zugenommen und liegt zum ersten Mal höher als der Anteil der Europäer, die ein positives Urteil zur schützenden Funktion der Europäischen Union fällen (42%, +1 Prozentpunkt) <sup>34</sup>.

Seit 2009 hat die Differenz zwischen den beiden Bewertungen immer weiter abgenommen. Der Abstand zwischen den Anteilen der positiven und der negativen Meinung ist somit von +11 bei der Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2009 (EB71), auf +4 im Frühjahr 2010 (EB73), +1 im Frühjahr 2012 (EB77) und schließlich auf aktuell -2 gesunken. Die Vorstellung einer EU, die ihre Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen kann, verliert somit langsam aber sicher an Boden.



In einer schützenden Rolle wird die EU mehrheitlich von Befragten in den NMS12 (46% „Zustimmung insgesamt“ gegenüber 38%) sowie in den Ländern, die nicht Teil der Eurozone sind (44% gegenüber 39%), gesehen. Diese Rolle wird der EU hingegen von Befragten in den EU15-Ländern (45% „Ablehnung insgesamt“ gegenüber 41%) und den Ländern der Eurozone sind (46% gegenüber 41%) mehrheitlich abgesprochen.

Beim Vergleich mit den Ergebnissen zur vorigen Umfrage vom Frühjahr 2012 zeigt sich das Bewertungsverhältnis in Belgien aktuell vollkommen ausgeglichen (47% gegenüber 47%), während es im Frühjahr 2012 deutlich positiv war (52% gegenüber 40%).





























<sup>34</sup> QA20a.9. Split A. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die EU hilft dabei, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.

Aufgrund einer Zunahme der negativen Einschätzung um 17 bzw. neun Prozentpunkte dominiert die negative Bewertung nun in der Tschechischen Republik (31% gegenüber 59% im Vergleich zu 42% gegenüber 42% im Frühjahr 2012) und in Rumänien (36% gegenüber 40%, im Vergleich zu 31% gegenüber 31%). Hingegen wendet sich das Bewertungsverhältnis in Ungarn (49% gegenüber 41%, im Vergleich zu 45% gegenüber 46%) und Luxemburg (41% gegenüber 40%, im Vergleich zu 43% gegenüber 43%) zum Positiven.

Insgesamt überwiegt die Wahrnehmung der EU in einer schützenden Rolle in 16 Mitgliedstaaten und kann in Dänemark (63%), in Polen (56%), in Bulgarien (56%), auf Malta (55%), in Schweden (52%), in Finnland (51%), in Irland (50%) und in den Niederlanden (50%) eine absolute Mehrheit auf sich vereinen. Diese Vorstellung gewinnt in Bulgarien (+10 Prozentpunkte) sowie in Polen (+8) stark hinzu. Am positivsten wird die Rolle der EU somit fast ausnahmslos in den Ländern wahrgenommen, in denen die Befragten – wie oben dargestellt – eine positive Sicht der Globalisierung haben.

Die Wahrnehmung der Europäischen Union als Bund, der keine schützende Funktion erfüllt, herrscht in 10 Mitgliedstaaten vor. Sehr deutlich dominiert sie in Griechenland (68%), in der Tschechischen Republik (59%), auf Zypern (57%), in Slowenien (56%), in Frankreich (52%) und in Italien (52%). In Österreich (49% gegenüber 44%), im Vereinigten Königreich (44% gegenüber 37%), in Portugal (43% gegenüber 35%) und in Rumänien (40% gegenüber 36%) ist ihre Dominanz weniger ausgeprägt. In allen diesen Ländern nimmt diese Wahrnehmung zu, wobei der deutlichste Anstieg in der Tschechischen Republik (+17), auf Zypern (+11), in Griechenland (+9), in Rumänien (+9), im Vereinigten Königreich (+8), in Frankreich (+6) und in Slowenien (+6) zu verzeichnen ist.

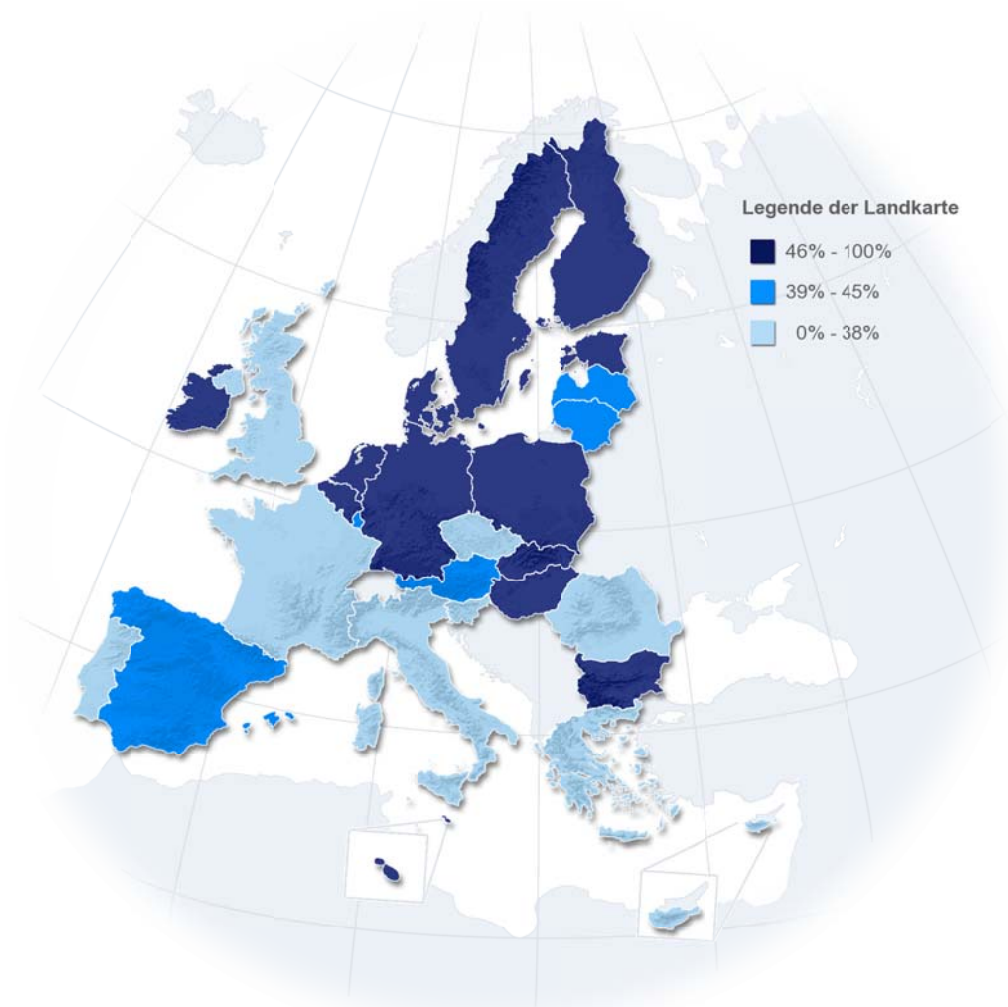


	DK	63%
	PL	56%
	BG	56%
	MT	55%
	SE	52%
	FI	51%
	IE	50%
	NL	50%
	HU	49%
	EE	47%
	BE	47%
	DE	46%
	SK	46%
	AT	44%
	ES	44%
	LV	44%
	LT	43%
	EU	42%
	LU	41%
	UK	37%
	RO	36%
	FR	36%
	PT	35%
	SI	35%
	IT	35%
	CY	31%
	CZ	31%
	EL	28%

Frage: QA20a.9. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Option: Die EU hilft dabei, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen

Antworten: Gesamt 'Stimme zu'

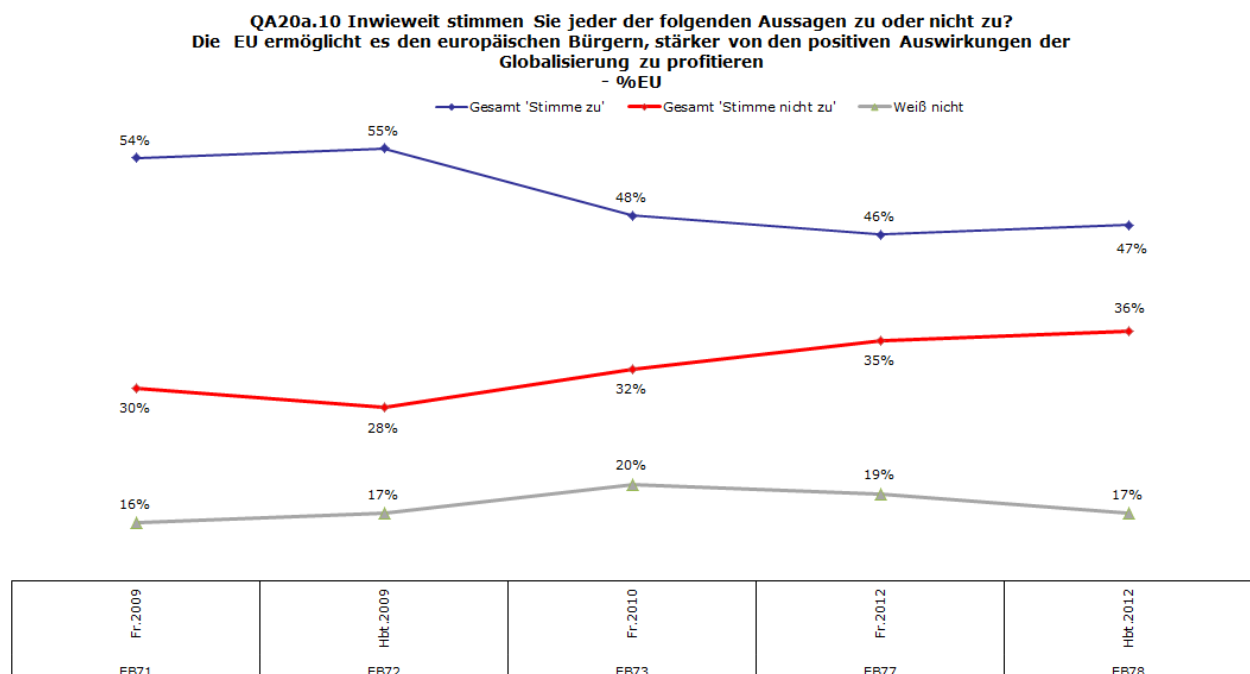


Die Ansichten zur Rolle der EU sind von denselben sozialen Determinanten abhängig, wie die Meinung zur Globalisierung. Als Beschützer erscheint die Europäische Union den jüngeren Generationen sowie Befragten mit hohem Bildungsniveau, die gesellschaftlich und wirtschaftlich gut gestellt sind. Von den älteren Generationen und in bescheidenen oder prekären Verhältnissen lebenden Bürgern wird die Europäische Union hingegen in der Mehrheit nicht in ihrer Beschützerrolle wahrgenommen.

### Die positive Formulierung (SPLIT B)

Die Aussage, die Europäische Union ermögliche es, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren, stößt auf höhere Zustimmung als die Aussage zu ihrer schützenden Funktion. 47% der Europäer erklären sich mit der Aussage einverstanden, die „EU ermögliche es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren“, während 36% das Gegenteil meinen und 17% keine Meinung äußern<sup>35</sup>.

Sowohl der Anteil positiver als auch der Anteil negativer Meinungen steigt um zwei Prozentpunkte, das Bewertungsverhältnis bleibt somit im Vergleich zum Frühjahr 2012 unverändert. Obwohl es weiterhin deutlich positiv ist, zeigt sich in den letzten Jahren eine abnehmende Grundtendenz. So beträgt die Differenz der beiden Bewertungsgruppen derzeit +11 im Vergleich zu +16 im Frühjahr 2010 (EB73), +27 im Herbst 2009 (EB72) und +24 im Frühjahr 2009 (EB71).



Verglichen mit der Befragung zum Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2012 kehrt sich das Bewertungsverhältnis in Frankreich (48% gegenüber 38%, im Vergleich zu 41% gegenüber 42% im Frühjahr 2012) und Österreich (45% gegenüber 43%, im Vergleich zu 45% gegenüber 46%) um, sodass die positive Meinung nun überwiegt. In Belgien (43% gegenüber 48%, im Vergleich zu 52% gegenüber 41%), aber auch in Portugal (36% gegenüber 45%, im Vergleich zu 41% gegenüber 35%) lässt sich hingegen die entgegengesetzte Entwicklung beobachten.

<sup>35</sup> QA20a.10. Split B. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

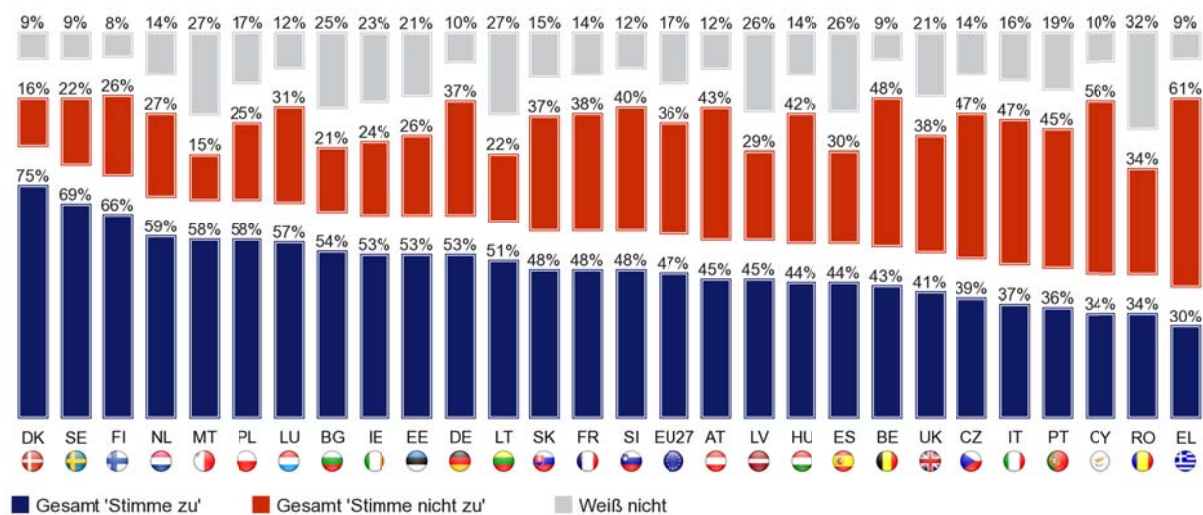
Frankreich stößt zur Gruppe der 20 Mitgliedstaaten hinzu, in denen die Ansicht, die EU ermögliche es, von der Globalisierung zu profitieren, mehrheitlich vertreten wird, wobei die höchste Zustimmung in Dänemark (75%), in Schweden (69%), in Finnland (66%), in den Niederlanden (59%), auf Malta (58%) und in Polen (58%) erhoben wird.

Innerhalb dieser Gruppe verzeichnet die positive Wahrnehmung der Rolle der EU in Bulgarien (+9 Prozentpunkte), Frankreich (+7) und Luxemburg (+7) eine beachtlich Zunahme.

Die negative Meinung dominiert in sechs Ländern, nämlich in Griechenland (61%), auf Zypern (56%), in Belgien (48% gegenüber 43%), in Italien (47% gegenüber 37%), in der Tschechischen Republik (47% gegenüber 39%) und in Portugal (45% gegenüber 36%). Sie nimmt in Portugal (+10), auf Zypern (+8) und in Belgien (+7) besonders deutlich zu.

QA20a.10. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren

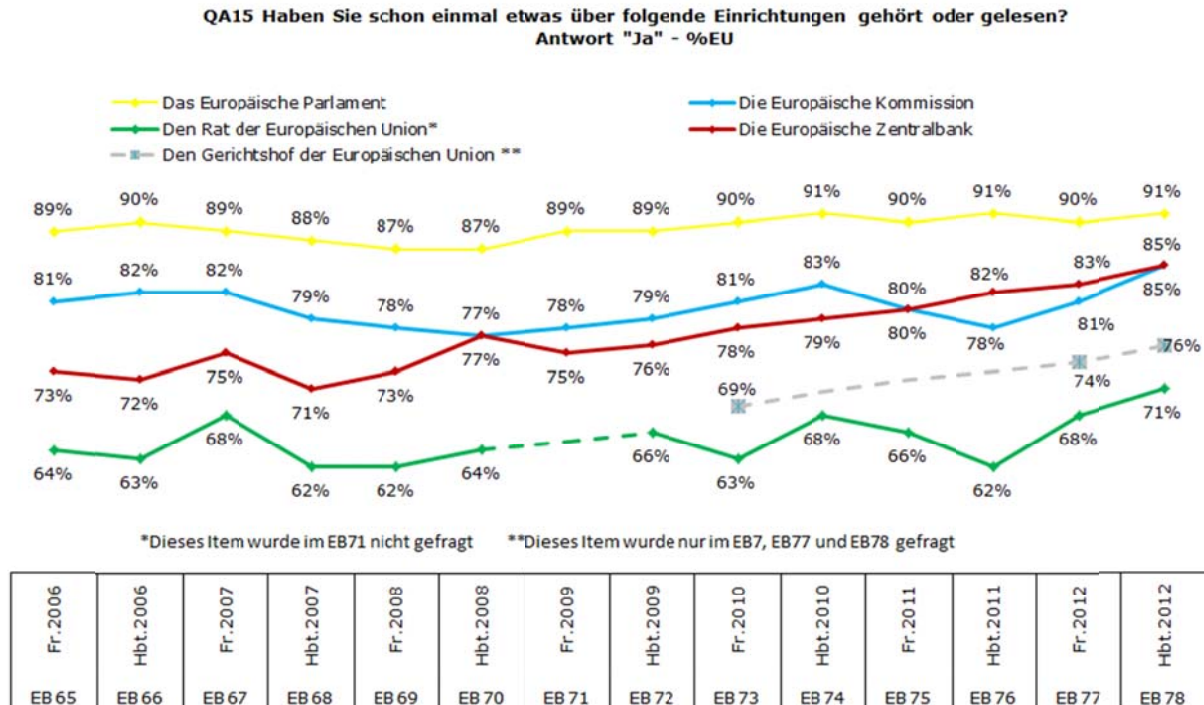


#### 4. DIE EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

##### – Die europäischen Institutionen verzeichnen hinsichtlich der Bekanntheitsgrade übergreifend historische Höchstwerte –

##### 4.1. Der Bekanntheitsgrad der europäischen Institutionen und das Vertrauen, das sie ausstrahlen

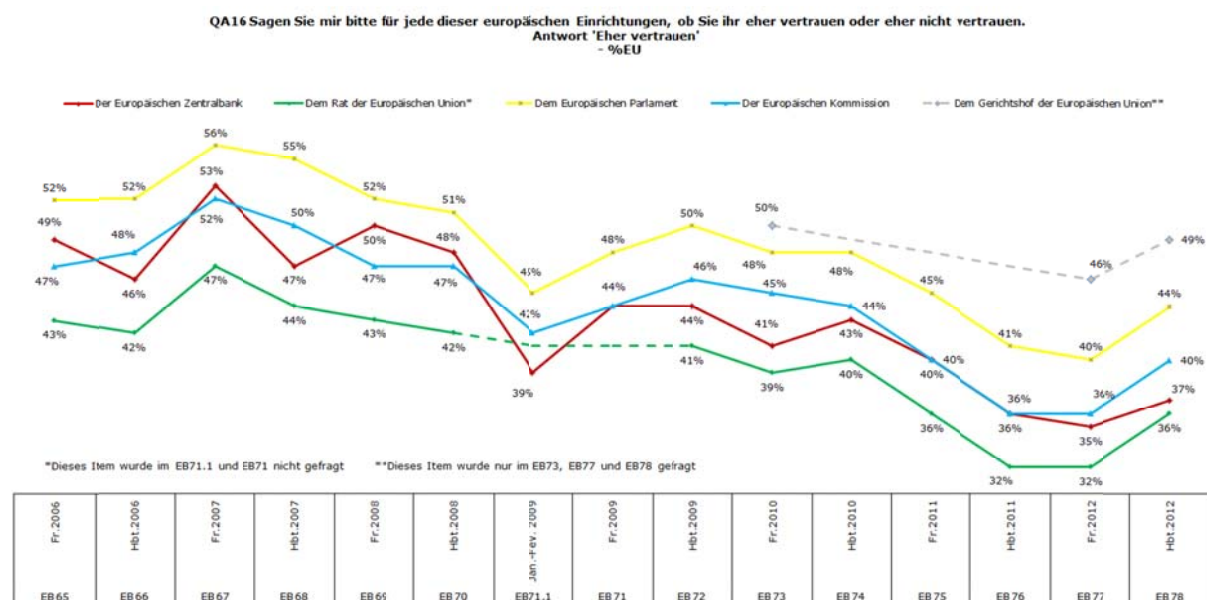
Das Europäische Parlament erreicht wieder seinen höchsten Bekanntheitsgrad (91%, +1 Prozentpunkte) und behält seinen ersten Platz als bekannteste Institution. Der Bekanntheitsgrad der Europäischen Kommission, die – verglichen mit dem Frühjahr 2012 (EB77) einen Anstieg von vier Punkten und von sieben Punkten - verglichen mit dem Herbst 2011 (EB76)- verzeichnet, erreicht einen Wert von 85%, was im Rahmen der Eurobarometer-Umfragen bisher niemals registriert wurde. Seit der Umfrage vom Frühjahr 2009 (EB71), stieg der Bekanntheitsgrad der Zentralbank ständig an, und kumulierte einen Zuwachs von 10 Punkten, so dass er heute einen Rekordwert von 85% erreicht (+2, verglichen mit dem Frühjahr 2012). Der Bekanntheitsgrad des Rates der Europäischen Union nahm seit dem Frühjahr 2012 um drei Punkte zu, und stieg seit August 2011 um neun Punkte. Der Wert für den Gerichtshof der Europäischen Union erhöht sich im Vergleich mit dem Frühjahr 2012 um zwei Punkte bzw. um sieben Punkte, verglichen mit dem Frühjahr 2010<sup>36</sup>.



<sup>36</sup> QA15.1+2+3+4+5 Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört? Das Europäische Parlament/Die Europäische Kommission/Die Europäische Zentralbank/Den Rat der Europäischen Union/Den Gerichtshof der Europäischen Union

Seit der Umfrage des Eurobarometer-Standard aus dem Herbst 2010 (EB74) war ein kontinuierlicher Vertrauensverlust hinsichtlich der europäischen Institutionen zu verzeichnen. Die vorliegende Umfrage belegt eine Tendenzumkehr, wobei deutliche Steigerungen der Werte für alle angesprochenen europäischen Institutionen feststellbar sind. Auch wenn sich eine Bewegung in Richtung der Wiederherstellung des Vertrauens abzeichnen scheint, so sind diese Institutionen dennoch weit von den Vertrauenswerten, von denen sie vor der Krise profitierten, entfernt<sup>37</sup>.

Die vorherige Umfrage ließ den deutlichen Vertrauensverlust in den südlich gelegenen Ländern der Europäischen Union deutlich werden (Griechenland, Spanien, Zypern, Portugal, Italien), die oftmals hart von der Schuldenkrise getroffen wurden. In dieser Umfrage bleibt der Vertrauensverlust in Griechenland, Zypern und Spanien zwar ausgeprägt, aber in Italien und Portugal ist eine sehr deutliche Stabilisierung zu verzeichnen. Während die Werte der Meinungsumfragen in diesen Ländern seit 2009 tendenziell konvergierten, bewegen sich die Werte dieser Umfrage erstmals deutlich unterschiedlich.



## Das Europäische Parlament

Der Vertrauens-Index hinsichtlich des Europäischen Parlaments verbessert sich in dieser Umfrage<sup>38</sup>. Er liegt mittlerweile bei -1, gegenüber -6 im Frühjahr 2012 und -4 im Herbst 2011. 44% der Europäer (+4 Prozentpunkte, gegenüber dem Frühjahr 2012) vertrauen dem Europäischen Parlament, während sich 45% (-1) misstrauisch äußern und 11% der Befragten (-3) keine Meinung kundtaten. Dieser Vertrauenswert beläuft sich auf +2 bei denjenigen Befragten, die schon vom Europäischen Parlament gehört haben (46% Vertrauen, dagegen 42% Misstrauen).

Hingegen ist er bei denjenigen Befragten, die niemals etwas vom Europäischen Parlament gehört haben, sehr stark negativ, d.h. man findet hier einen Vertrauens-Index von -35. Letztgenannte besitzen eine grundsätzlich negative Einstellung zum Europäischen Parlament.

<sup>37</sup> QA16.1+2+3+4 +5. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Dem Europäischen Parlament; Der Europäischen Kommission; Dem Rat der Europäischen Union; Der Europäischen Zentralbank; Dem Gerichtshof der Europäischen Union.

<sup>38</sup> Unterschied zwischen den Prozentzahlen «eher Vertrauen» und «eher kein Vertrauen».



Diese Tendenz wird sich für die Gesamtheit der in dieser Umfrage angesprochenen europäischen Institutionen bestätigen.

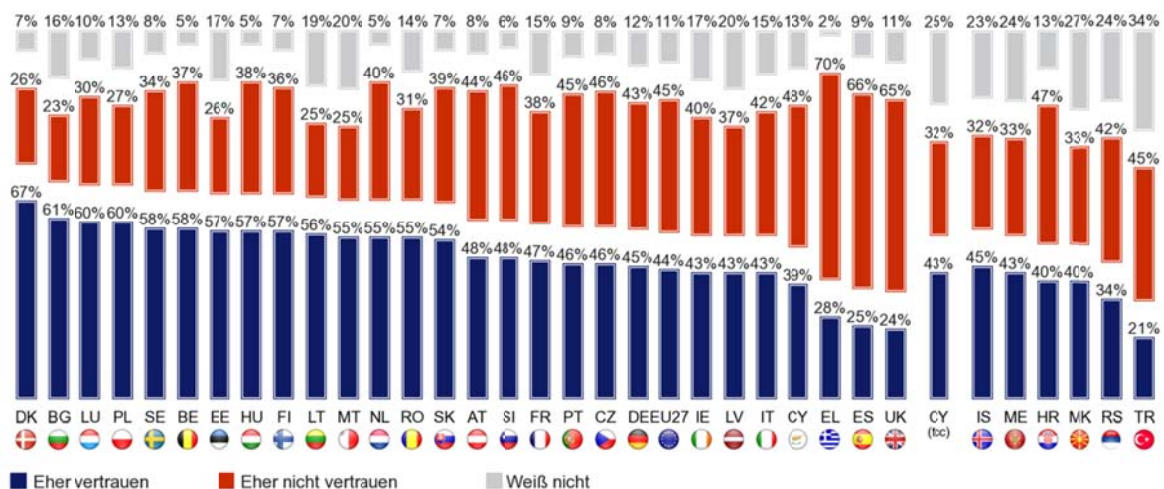
Der Vertrauens-Index zeigt in dieser Umfrage für Italien wieder einen positiven Wert (+1, gegenüber -14 im Frühjahr 2012), für Portugal (+1 gegenüber -12), für Irland (+3 gegenüber -10), für Slowenien (+2 gegenüber -10) und Österreich (+4 gegenüber -6). Durch Einbeziehung dieser Länder liegt das Vertrauen innerhalb von 22 Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Frankreich, Italien, Lettland, Luxemburg, Ungarn, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Finnland und Schweden) über dem Misstrauen und erreicht höchste Werte in Dänemark (67%), in Bulgarien (61%), in Luxemburg (60%) und in Polen (60%). Innerhalb dieser Gesamtheit steigt das Vertrauen in Polen am deutlichsten an (+11), in Malta (+10), in Portugal (+8), in Italien (+8), in Irland (+7) und in Bulgarien (+7).

Das Zahlenverhältnis von Vertrauen zu Misstrauen hält sich in der Tschechischen Republik die Waage (46% zu 46%), während es im Frühjahr 2012 negativ war (43% zu 47%).

Das Misstrauen dominiert also nur noch in vier Ländern, während es im Frühjahr 2012 in 10 Ländern vorherrschte; es handelt sich um Griechenland (70%, unveränderter Wert), Spanien (66%, +4 Punkte), Großbritannien (65%, unveränderter Wert) und Zypern (48%, +5 gegenüber 39%).

QA16.1. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Dem Europäischen Parlament



## Die Europäische Kommission

In der vorherigen Umfrage wurde für die Europäische Kommission der niedrigste Wert an Vertrauensbekundungen, die im Rahmen der Eurobarometer-Umfragen jemals erfasst wurden, registriert. Auch wenn das Misstrauen in dieser Untersuchung nach wie vor dominiert, erholt sich der Vertrauens-Index deutlich; er liegt gegenwärtig bei -4%, gegenüber -10% im Frühjahr 2012 (EB77) und einem Wert von -7 im Herbst 2011 (EB76).

Vier von zehn Europäern (40%, +4 Prozentpunkte) vertrauen der Europäischen Kommission, demgegenüber schenken ihr 44% (-2) kein Vertrauen, 16% (-2) äußern keine Meinung.



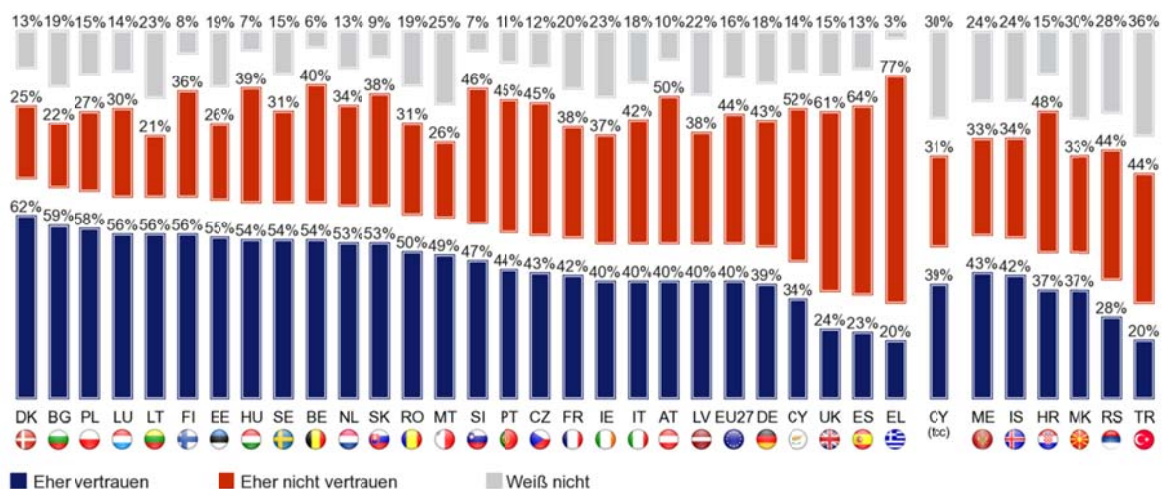
Der Vertrauens-Index liegt bei denjenigen befragten Personen knapp im positiven Bereich, die schon von der Europäischen Kommission gehört haben (+1); er ist dagegen bei denjenigen deutlich negativ, die von ihr niemals gehört haben (-34).

Der Vertrauens-Index hinsichtlich der Europäischen Kommission ist in den 12 «neuen Mitgliedstaaten» (NMS12) deutlich positiv (+21) und liegt in den der Eurozone nicht angehörenden Ländern (+1) knapp über dem 50% Wert. Dagegen ist er in den Ländern der Eurozone (-6) und in den Ländern der EU15 (-10) negativ. Auch wenn die Werte divergieren, so ist die Tendenz in Richtung eines erneuten Anstiegs jedoch für diese vier Ländergruppen die gleiche, verbunden mit einem Wachstum des Index' um sieben Punkte innerhalb der NMS12 und den nicht zur Eurozone gehörenden Ländern, um sechs Punkte in den EU15-Ländern und um fünf Punkte in den Ländern der Eurozone.

Verglichen mit der im Frühjahr 2012 durchgeführten Umfrage EB77 verläuft der Vertrauens-Index wieder positiv in Irland (+3 gegenüber -10 im Frühjahr 2012), in Lettland (+2 gegenüber -1) und in Slowenien (+1 gegenüber -7). Diese Entwicklungen bewirken, dass das Vertrauen nunmehr in 18 Mitgliedstaaten der EU dominiert (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Frankreich, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Niederlande, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Finnland und Schweden); dies galt im Frühjahr 2012 für 15 Länder. Innerhalb dieser Gruppe ist der Vertrauenszuwachs am deutlichsten in Polen (+12 Prozentpunkte), in Bulgarien (+8 Punkte) und in Litauen (+8) ausgeprägt.

QA16.2. Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Der Europäischen Kommission



Das Misstrauen bleibt in neun Ländern weiterhin vorherrschend (Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Griechenland, Italien, Zypern, Österreich, Portugal und Großbritannien), verbunden mit den höchsten Ergebnissen für Griechenland (77%), Spanien (64%), Großbritannien (61%) und Zypern (52%). Trotz der Einbeziehung von Portugal und Italien in diese Gruppe sollte jedoch hinsichtlich dieser zwei Mitgliedstaaten das sich wieder deutlich verstärkende Vertrauen in die Europäische Kommission nicht unbeachtet bleiben. Der Vertrauens-Index entwickelt sich nämlich seit dem Frühjahr 2012 für Italien von -16 auf -2 und für Portugal bewegt er sich von -15 auf -1.

## Die Europäische Zentralbank

Von allen in die Umfrage einbezogenen Institutionen ist die Europäische Zentralbank diejenige, die am misstrauischsten bewertet wird, und bei der die Tendenz in Richtung von wieder gewonnenem Vertrauen am deutlichsten begrenzt ist. Das Misstrauen hinsichtlich dieser Institution ist innerhalb des europäischen Meinungsbildes nach wie vor deutlich dominierend.

Etwa jeder zweite Europäer (49%, unveränderter Wert) schenkt der Europäischen Zentralbank kein Vertrauen; demgegenüber sprechen ihr 37% (+2 Prozentpunkte) ihr Vertrauen aus. Der Vertrauens-Index steigt lediglich um zwei Punkte an und liegt bei -12; im Frühjahr 2012 waren es -14 und im Herbst 2011 erreichte der Wert -10%. Der Vertrauens-Index liegt bei denjenigen Befragten, die schon einmal von der Europäischen Zentralbank gehört haben, bei -9% und bei -35% für diejenigen, die niemals von ihr gehört haben.

Eine absolute Mehrheit der befragten Personen aus den Ländern der EU15 (53%) und der Eurozone vertraut der Europäischen Zentralbank nicht, was verglichen mit der vorherigen Eurobarometer-Umfrage keine deutliche Veränderung darstellt. Die Zahlenwerte bei Vertrauens- und Misstrauensbekundungen liegen innerhalb der nicht zur Eurozone gehörenden Ländern relativ nahe beieinander (39%, gegenüber 43%) und sind in den NMS12 in hohem Maße positiv (47%, gegenüber 34%).

Die wichtigste Entwicklung – verglichen mit der Umfrage vom Frühjahr 2012 – betrifft den Übergang von Belgien in Richtung der Länder mit negativem Vertrauens-Index, nämlich von -6%, verglichen mit +7% im Frühjahr 2012. Dies ist auch der Fall von Lettland mit -2% gegenüber 0. Diese Entwicklungen bewirken, dass in 13 EU-Ländern das Misstrauen in die Arbeit der Europäischen Zentralbank dominiert (Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Ungarn, Portugal, Slowenien und Großbritannien), wobei sogar eine absolute Mehrheit der befragten Personen in Griechenland (81%), Spanien (75%), Großbritannien (60%), Zypern (53%), Deutschland (52%), Irland (51%), Slowenien (51%), Belgien (50%) und Portugal (50%) erreicht wird. Während innerhalb dieser Ländergruppe eine Tendenz zur Stabilisierung oder einer Abnahme des Vertrauens-Index besteht, nehmen Italien und Portugal erneut eine Sonderstellung ein. Der Index verändert sich auf spektakuläre Art aufwärts, im Fall von Italien von -35 auf -11 und bezüglich Portugals bewegen sich die Werte von -18 auf -13.

In denjenigen Ländern, in denen das Vertrauen dominiert, wurden die deutlichsten Steigerungen in Polen (+10) und in Litauen (+9) registriert.

## Der Rat der Europäischen Union

36% der Europäer (+4 Prozentpunkte) geben an, dem Rat der Europäischen Union zu vertrauen, dagegen äußern sich 43% (-1) misstrauisch. Der Prozentsatz jener, die sich der Meinung enthalten, geht um drei Punkte zurück, ist aber mit 21% immer noch hoch. Der Vertrauens-Index bleibt mit einem Wert von -7% negativ, nimmt aber seit dem Frühjahr 2012 um fünf Punkte zu. Er bleibt bei denjenigen Personen, die vom Rat gehört haben, positiv (+2%) und erreicht -27 bei denjenigen, die niemals von ihm gehört haben.

Das Misstrauen hinsichtlich dieser Institution dominiert in 10 Mitgliedstaaten der EU, die in den meisten Fällen bereits für das Misstrauen gegenüber den vorstehend genannten Institutionen erwähnt worden waren: Griechenland (74%), Spanien (62%), Großbritannien (59%), Zypern (51%), Österreich (46%, gegenüber 37%), Slowenien (46%, gegenüber 43%), Portugal (45%, gegenüber 39%), Tschechische Republik (45%, gegenüber 42%), Italien (43%, gegenüber 35%) und Deutschland (39%, gegenüber 35%; zudem ist mit 26% ein sehr hoher Prozentsatz von Personen ohne Meinungsäußerung feststellbar).

Das Vertrauen steigt in Polen stark an (+12). Und wie beim Verlauf des Vertrauens-Index' hinsichtlich der anderen Institutionen ein negativer Wert gegeben ist, so verändert er sich in Italien tendenziell deutlich nach oben, d.h. er entwickelt sich von -22 im Frühjahr 2012 auf den derzeitigen Wert von -8.



































### **Der Gerichtshof der Europäischen Union**

Der Gerichtshof der Europäischen Union ist, wie bereits im Frühjahr 2012, die einzige europäische Institution, die bei der Meinungsumfrage mehrheitlich Vertrauen genießt, wobei sich dieses Vertrauen sogar - wie diese Umfrage belegt - konsolidiert (49%, +3 Prozentpunkte, gegenüber 34%, -2). Wie auch bei den anderen europäischen Institutionen ist der Vertrauens-Index bei denjenigen Befragten am höchsten, die vom Gerichtshof der Europäischen Union bereits gehört haben (+27), verglichen mit denjenigen, die noch nie von ihm gehört haben (-24). Es handelt sich hierbei um diejenige Institution, bei der der zahlenmäßige Abstand der beiden Bevölkerungsgruppen am deutlichsten ist.

Der Vertrauens-Index wird wieder positiv in Portugal (+2, verglichen mit -7 im Frühjahr 2012), und das Misstrauen ist damit nur noch in vier Mitgliedstaaten dominierend: in Griechenland (60%), Spanien (59%), Großbritannien (50%) und Italien (39%, verglichen mit 35%). Es muss erneut auf die sehr deutliche positive Veränderung des Vertrauens-Index' in Italien hingewiesen werden, der sich von -20 im Frühjahr 2012 auf den derzeitigen Wert von -4 bewegt.

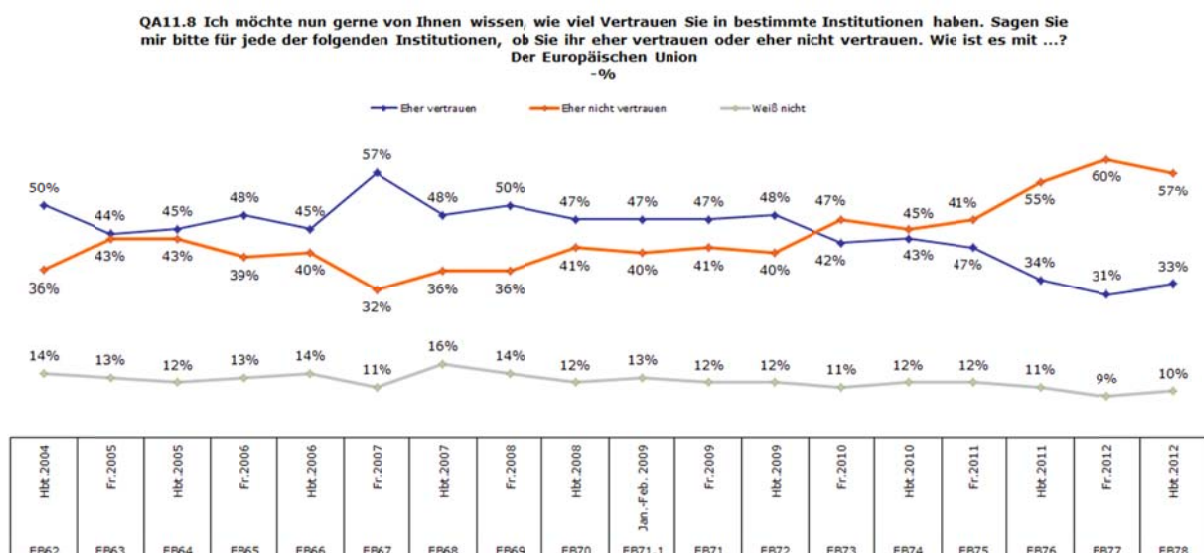
QA16 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Answer - Eher vertrauen

		Dem Gerichtshof der Europäischen Union	Unt EB78 Hbt.2012 - EB77 Fr.2012	Dem Europäischen Parlament	Unt EB78 Hbt.2012 - EB77 Fr.2012	Der Europäischen Kommission	Unt EB78 Hbt.2012 - EB77 Fr.2012	Dem Rat der Europäischen Union	Unt EB78 Hbt.2012 - EB77 Fr.2012
	EU27	49%	<b>+3</b>	44%	<b>+4</b>	40%	<b>+4</b>	36%	<b>+4</b>
	BE	56%	<b>-3</b>	58%	<b>+1</b>	54%	<b>-3</b>	50%	<b>=</b>
	BG	59%	<b>+9</b>	61%	<b>+7</b>	59%	<b>+8</b>	53%	<b>+9</b>
	CZ	49%	<b>+3</b>	46%	<b>+3</b>	43%	<b>+4</b>	42%	<b>+4</b>
	DK	82%	<b>+4</b>	67%	<b>+5</b>	62%	<b>+4</b>	50%	<b>+4</b>
	DE	67%	<b>+2</b>	45%	<b>+1</b>	39%	<b>+4</b>	35%	<b>+3</b>
	EE	63%	<b>-2</b>	57%	<b>+1</b>	55%	<b>+1</b>	52%	<b>+1</b>
	IE	47%	<b>+8</b>	43%	<b>+7</b>	40%	<b>+6</b>	36%	<b>+6</b>
	EL	34%	<b>+1</b>	28%	<b>+1</b>	20%	<b>=</b>	21%	<b>-2</b>
	ES	27%	<b>+1</b>	25%	<b>=</b>	23%	<b>=</b>	23%	<b>+2</b>
	FR	47%	<b>-1</b>	47%	<b>+2</b>	42%	<b>-1</b>	37%	<b>+1</b>
	IT	35%	<b>+8</b>	43%	<b>+8</b>	40%	<b>+8</b>	35%	<b>+8</b>
	CY	44%	<b>-2</b>	39%	<b>+1</b>	34%	<b>-1</b>	35%	<b>-1</b>
	LV	50%	<b>+3</b>	43%	<b>=</b>	40%	<b>+2</b>	37%	<b>+1</b>
	LT	59%	<b>+8</b>	56%	<b>+4</b>	56%	<b>+8</b>	52%	<b>+8</b>
	LU	70%	<b>+3</b>	60%	<b>+1</b>	56%	<b>+1</b>	52%	<b>+4</b>
	HU	56%	<b>+4</b>	57%	<b>+4</b>	54%	<b>+5</b>	48%	<b>+3</b>
	MT	53%	<b>+5</b>	55%	<b>+10</b>	49%	<b>+7</b>	48%	<b>+7</b>
	NL	64%	<b>-2</b>	55%	<b>+4</b>	53%	<b>+1</b>	44%	<b>=</b>
	AT	57%	<b>=</b>	48%	<b>+6</b>	40%	<b>+6</b>	37%	<b>+4</b>
	PL	63%	<b>+9</b>	60%	<b>+11</b>	58%	<b>+12</b>	55%	<b>+12</b>
	PT	42%	<b>+5</b>	46%	<b>+8</b>	44%	<b>+8</b>	39%	<b>+5</b>
	RO	50%	<b>+1</b>	55%	<b>+2</b>	50%	<b>+1</b>	48%	<b>+1</b>
	SI	57%	<b>+4</b>	48%	<b>+6</b>	47%	<b>+5</b>	43%	<b>+4</b>
	SK	62%	<b>-2</b>	54%	<b>-2</b>	53%	<b>-1</b>	50%	<b>-2</b>
	FI	68%	<b>+3</b>	57%	<b>+6</b>	56%	<b>+4</b>	49%	<b>+4</b>
	SE	76%	<b>+2</b>	58%	<b>=</b>	54%	<b>+2</b>	39%	<b>+4</b>
	UK	35%	<b>+5</b>	24%	<b>+3</b>	24%	<b>+5</b>	20%	<b>+4</b>
	CY (tcc)	NA	NA	43%	<b>-2</b>	39%	<b>-4</b>	40%	<b>-2</b>
	HR	NA	NA	40%	<b>-2</b>	37%	<b>-3</b>	39%	<b>-2</b>
	TR	NA	NA	21%	<b>-1</b>	20%	<b>=</b>	20%	<b>=</b>
	MK	NA	NA	40%	<b>-6</b>	37%	<b>-4</b>	38%	<b>-2</b>
	IS	NA	NA	45%	<b>-3</b>	42%	<b>=</b>	35%	<b>-5</b>
	ME	NA	NA	43%	<b>+1</b>	43%	<b>+3</b>	41%	<b>+5</b>
	RS	NA	NA	34%	<b>-8</b>	28%	<b>-9</b>	29%	<b>-6</b>

## 4.2. Das Vertrauen in die Europäische Union

Erstmals seit der Eurobarometer-Standard-Umfrage vom Herbst 2010 (EB74), wird die fortgesetzte Tendenz in Richtung des Vertrauensverlusts und des gleichzeitigen wachsenden Misstrauens in die Europäische Union abgebremst. Mit einem Wert von 57% nimmt das Misstrauen verglichen mit dem Bericht vom Frühjahr 2012 um drei Punkte ab, während das Vertrauen um 2 Punkte ansteigt und somit 33%<sup>39</sup> erreicht. Auch wenn die Negativtendenz gestoppt wurde, so ist die Europäische Union dennoch weit davon entfernt, den seit der Umfrage vom Herbst 2009 (EB72) eingetretenen Verlust voll aufgeholt zu haben. Mit einer zahlenmäßigen Differenz von Vertrauens- und Misstrauensbekundungen, die sich auf -24 beläuft, wie sie in der Umfrage vom Herbst 2012 ermittelt wurde, liegt dieser Wert nämlich in der Rangordnung der schlechtesten Werte, die in den zurückliegenden Eurobarometer-Umfragen jemals registriert wurden, auf dem zweiten Platz. Er lag im Herbst 2009 bei einem Wert von +8.



Der Vertrauens-Index in den NMS12, der in der vorherigen Umfrage - erstmals in der Geschichte der Eurobarometer-Daten – in den negativen Bereich wechselte, wird in dieser Umfrage wieder positiv (+2, gegenüber -4 im Frühjahr 2012). Dagegen bleibt dieser Index in den EU15-Ländern (-32, gegenüber -35), den Mitgliedsländern der Eurozone (-28, gegenüber -31) und den nicht zu dieser Zone gehörenden Ländern (-18, gegenüber -25) deutlich negativ. In diesen drei Ländergruppen sagt eine absolute Mehrheit von befragten Personen, dass sie hinsichtlich der Europäischen Union misstrauisch sei.

<sup>39</sup> QA11.8. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit der Europäischen Union?



Der Vertrauens-Index in dieser Umfrage entwickelt sich in Belgien negativ (-5, gegenüber 0 im Frühjahr 2012), dies trifft auch auf die Slowakei zu (-3, gegenüber +2). Er erholt sich dagegen in positiver Weise in Polen (+6, gegenüber -5).

Insgesamt genießt die Europäische Union heutzutage lediglich in sieben Mitgliedstaaten mehrheitlich Vertrauen, nämlich in Bulgarien (60%, verglichen mit 24%), in Litauen (49%, verglichen mit 37%), Polen (48%, verglichen mit 42%), in Dänemark (48%, verglichen mit 46%), in Estland (46%, verglichen mit 38%), auf Malta (46%, verglichen mit 34%) und in Rumänien (45%, verglichen mit 40%). Innerhalb dieser Gruppe nimmt das Vertrauen in Bulgarien deutlich zu (+5 Punkte), dagegen nimmt es in Estland deutlich ab (-6).

Das Misstrauen Wert überwiegt demzufolge in 20 Ländern der EU, wobei Spitzenwerte in Griechenland (81%), Spanien (72%), Großbritannien (69%), Zypern (64%), Schweden (62%), der Tschechischen Republik (60%) und in Deutschland (59%) erreicht werden. Innerhalb dieser 20 Mitgliedstaaten, in denen das Misstrauen vorherrscht, sind jedoch sechs Länder zu benennen, in denen eine deutliche Steigerung des Vertrauens-Index festzuhalten ist. Seit dem Frühjahr 2012 bewegt sich dieser Index in Italien von -40 auf -22, in Portugal von -32 auf den Wert von -24, in Österreich von -28 auf -18, in Ungarn von -17 auf -7, in Finnland von -14 auf -1, in Großbritannien von -59 auf -49, in der Tschechischen Republik von -33 auf -26, in den Niederlanden von -15 auf -8, in Lettland von -13 auf -9 und in Deutschland von -31 auf -29.

**In den Beitrittskandidaten-Ländern** ist der Vertrauens-Index lediglich in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (+7) und im Montenegro (+7) positiv. Er ist negativ und sich verschlechternd in der Türkei (-40, verglichen mit -33 im Frühjahr 2012), in Serbien (-26, verglichen mit -16) und in Kroatien (-24, verglichen mit -18). In Island bleibt er negativ, verbessert sich allerdings etwas (-22, verglichen mit -27).

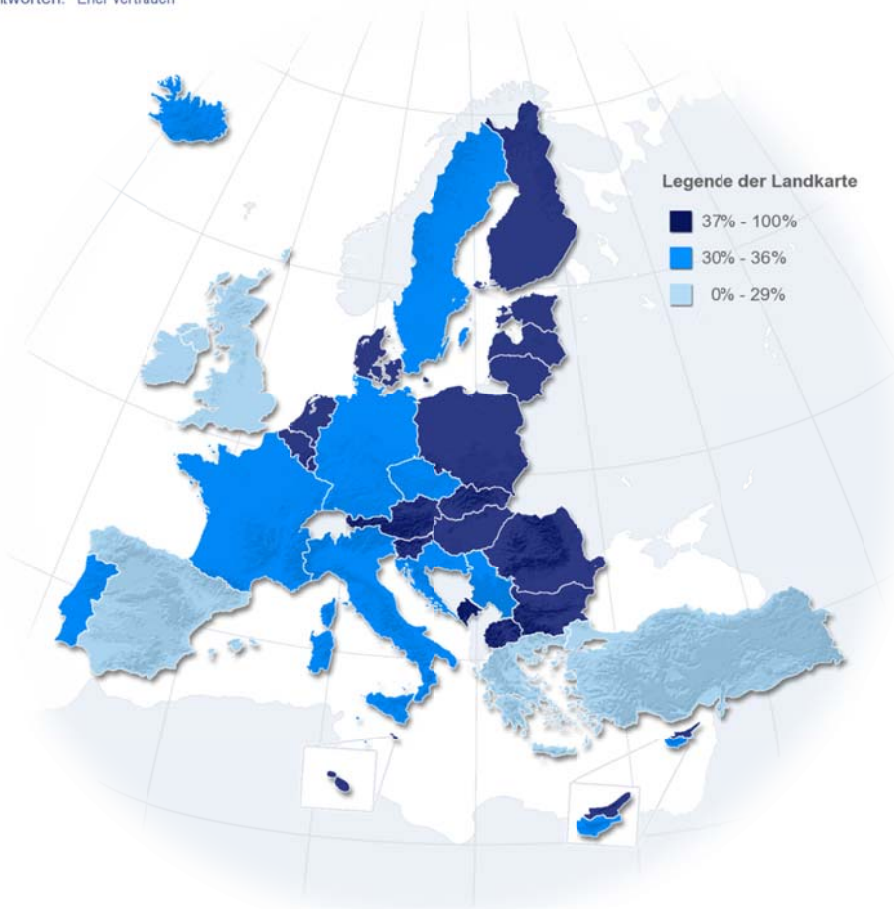


BG	60%
LT	49%
DK	48%
PL	48%
FI	47%
EE	46%
BE	46%
MT	46%
SK	45%
RO	45%
HU	44%
LU	43%
NL	42%
SI	39%
LV	38%
AT	37%
FR	34%
PT	34%
CZ	34%
SE	33%
EU	33%
IT	31%
CY	31%
DE	30%
IE	29%
ES	20%
UK	20%
EL	18%
CY (occ)	47%
MK	48%
ME	45%
HR	35%
IS	34%
RS	32%
TR	21%

Frage: QA11.8. Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?

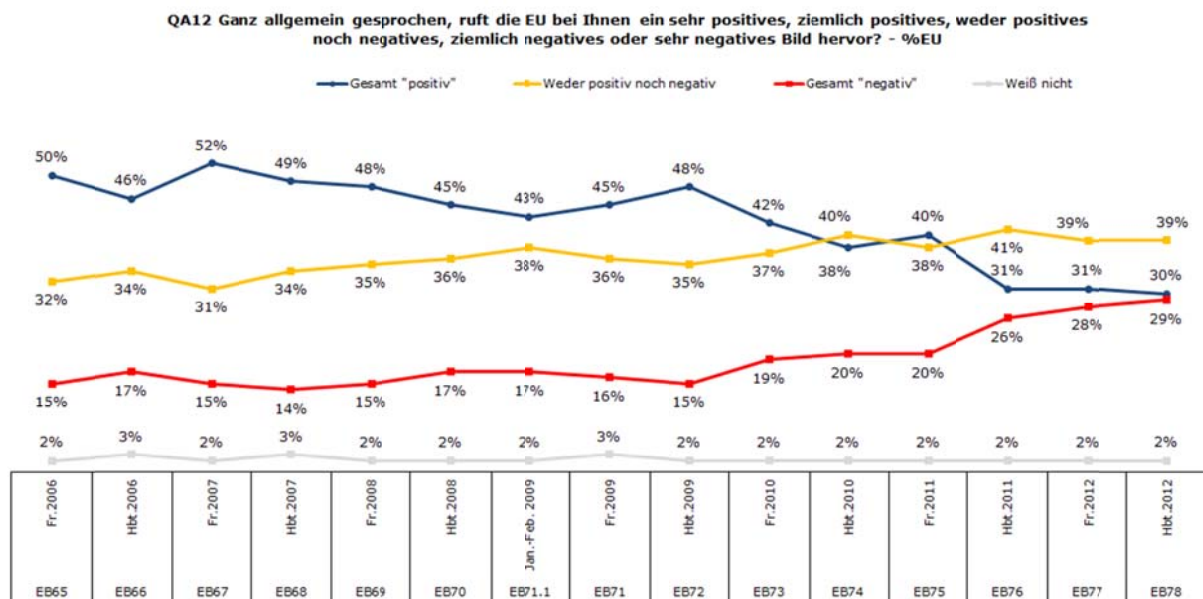
Option: Der Europäischen Union

Antworten: Eher vertrauen



### 4.3. Das Image der Europäischen Union

Als Hinweis darauf, dass die Tendenz in Richtung der Rückgewinnung von Vertrauen noch schwach ausgeprägt ist, zeigt das globale Image der EU in dieser Umfrage eine ganz leichte negative Tendenz. Zwei Europäer von zehn (30%, -1 Prozentpunkt) sagen, dass sie von der EU ein positives Bild hätten, während für 29% (+1) ein negatives Bild zutrifft. 39% (Wert unverändert) haben ein « neutrales » Bild und 2% (unveränderter Wert) äußern keine Meinung. Die Differenz im Meinungsbild (positives/ negatives Image) ist mit einem Wert von +1 einer der geringsten, der von den Eurobarometer-Umfragen<sup>40</sup> jemals registriert wurde. Der tendenzielle Image-Verlust für die EU im europäischen Meinungsspektrum wurde also nicht abgebremsst.

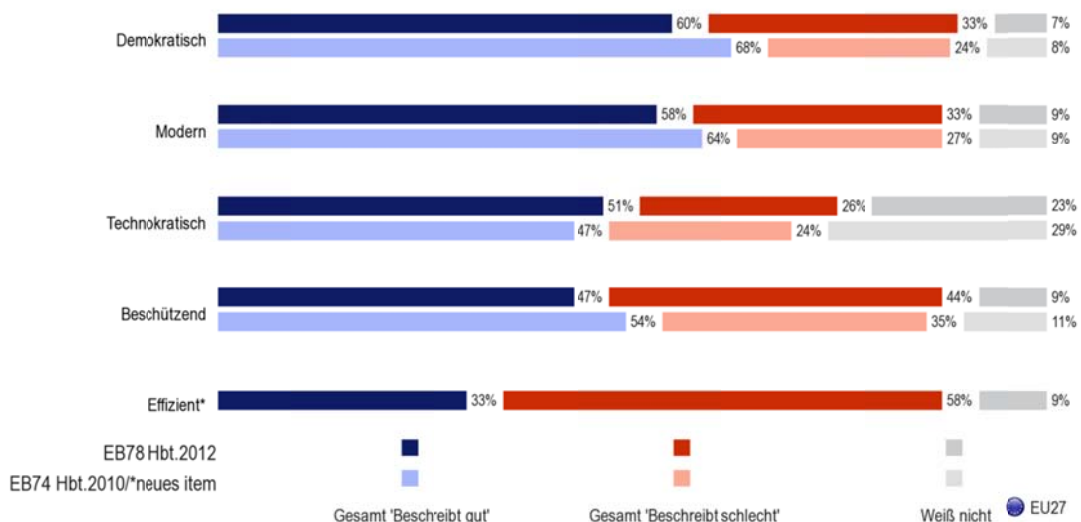


Der Anteil der positiven Beurteilungen liegt in 14 Mitgliedstaaten über dem EU-Durchschnitt von 30%; (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Irland, Frankreich, Italien, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Rumänien und Slowenien), wobei der Anteil in Bulgarien (56%), Rumänien (42%) und Polen (40%) am höchsten ist. Der Anteil der negativen Beurteilungen liegt in 15 Ländern über dem europäischen Durchschnittswert von 29% (Belgien, Tschechische Republik, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Zypern, Ungarn, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden, Slowakei und Großbritannien). Spitzenwerte erreichen dabei Griechenland (49%), Großbritannien (48%) und Zypern (44%). Die negativen Meinungen zum EU-Image wachsen deutlich in Griechenland (+9 Prozentpunkte), auf Zypern (+8), in der Slowakei (+6) und in Portugal (+5).

<sup>40</sup> QA12. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Die Eintrübung des Images der EU wird noch deutlicher, wenn man sich detailliert mit ihrem Image befasst, ausgehend von einer gewissen Anzahl von Attributen, positiven oder negativen. Auch wenn die EU nach wie vor als demokratisch, modern und beschützend erscheint, so sind doch verglichen mit den vorherigen Umfragen vom Herbst 2010 (EB74) und Herbst 2008 (EB70), die bei diesem Indikator als Vergleichszahl dienen, deutlich geringere Anteile zu verzeichnen. Die EU wird daher im Vergleich mit den Werten vom Herbst 2010 als weniger demokratisch bewertet (60%, -8 Prozentpunkte), als weniger modern (58%, -6) und als weniger beschützend (47%, -7). Verglichen mit dem Herbst 2008 nehmen diese drei Image-Merkmale in der Meinung der Europäer sogar jeweils um 10 Punkte ab. Gleichzeitig nimmt das Image einer „technokratischen“ Europäischen Union im Vergleich zum Herbst 2010 um vier Punkte zu und um acht Punkte verglichen mit dem Herbst 2008, womit nunmehr eine absolute Mehrheit von Befragten (51%) gegeben ist. Schließlich entspricht das in dieser Umfrage erstmals getestete Wort « effizient » nach Ansicht eines Drittels der Europäer gut der EU (33%, verglichen mit 58%)<sup>41</sup>.

QA14. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.



## Die positiven Image-Merkmale

Einer absoluten Mehrheit der Europäer erscheint die EU nach wie vor demokratisch und modern und eine relative Mehrheit findet sie beschützend. Bei diesen Wahrnehmungen ist jedoch – verglichen mit früheren Umfragen – ein deutlicher Rückgang feststellbar.

Sechs von zehn Europäern (60%, -8 Prozentpunkte verglichen mit dem Herbst 2010) vertreten die Meinung, dass das **Adjektiv demokratisch** auf die EU gut zutrifft, während 33% (+9) gegensätzlicher Meinung sind; 7% (-1) äußern keine Meinung.

<sup>41</sup> QA14. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellungen von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.  
 Demokratisch/modern/technokratisch/beschützend/effizient.

Griechenland (67% der « beschreibt schlecht »-Antworten, verglichen mit 32%) und Portugal (48%, verglichen mit 45%) stellen die einzigen Länder dar, in denen eine Mehrheit der Befragten den demokratischen Charakter der EU nicht erkennt. Die Meinungen sind in Großbritannien (45% « beschreibt schlecht », verglichen mit 44%) deutlich gespalten. In allen anderen Fällen stimmt eine absolute Mehrheit der befragten Personen überein, dass die EU einen demokratischen Charakter besitzt. Diese Tatsache sollte jedoch nicht verdecken, dass abgesehen von den Ausnahmen Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs, in denen Stabilität vorherrscht, und Finnlands (+5) die positive Wahrnehmung in allen EU-Staaten rückläufig ist. Dies ist verbunden mit sehr beträchtlichen Rückgängen in Italien (-22), Griechenland (-21), Spanien (-21), Portugal (-20), auf Zypern (-20), in der Slowakei (-18) und der Tschechischen Republik (-14).

**Der Modernitäts-Aspekt der EU** wird von 58% der Europäer anerkannt, wobei dieser Prozentsatz – verglichen mit dem Herbst 2010 – um sechs Punkte rückläufig ist. Dagegen bewerten 33% (+6 Prozentpunkte) die EU als nicht modern. 9% (Wert unverändert) der Befragten äußern keine Meinung. Die EU wird in 23 Ländern der EU von einer absoluten Mehrheit der befragten Personen als modern eingeschätzt und in zwei Staaten ergibt sich eine relative Mehrheit. Lediglich in Griechenland und in Schweden (50% gegen 47% in den beiden Ländern) schätzt man mehrheitlich ein, dass sich das Adjektiv modern schlecht für die Europäische Union eigne. Wie in den vorhergehenden Fällen trübt sich das Modernitäts-Image der EU in folgenden Ländern am stärksten ein: Italien (-16), Zypern (-15), Slowakei (-14), Spanien (-12), Portugal (-11), Tschechische Republik (-11) und Griechenland (-8).

Im Meinungsbild ist bezüglich des **beschützenden Merkmals der EU** eine deutlich ausgeprägte Angleichung der Prozentwerte feststellbar. 47% der Europäer (-7 Prozentpunkte, verglichen mit dem Wert vom Herbst 2010) beurteilen die EU als beschützend, während 44% (+9) ihr diese Qualität nicht zuerkennen. 9% (-2) der Befragten äußern keine Meinung. Während im europäischen Meinungsbild im Herbst 2010 (54%, verglichen mit 35%) und deutlich ausgeprägter im Herbst 2008 (57% verglichen mit 29%) noch die Vorstellung des beschützenden Merkmals der EU auf breiten Konsens stieß, divergieren die Beurteilungen heute viel stärker.

Die rückläufige Tendenz bei der Bewertung der EU als beschützende Institution ist in 22 der 27 EU-Länder feststellbar und sehr stark in Italien (-23), Griechenland (-18), der Slowakei (-17), Spanien (-16), Portugal (-16) und Zypern (-15) ausgeprägt. Unter dem Einfluss negativer Entwicklungen dreht sich das Zahlenverhältnis in der Meinung - verglichen mit dem Herbst 2010 - in sechs Ländern um: In Frankreich (43% gegenüber 50%, verglichen mit 47%, gegenüber 43% im Herbst 2010), in Italien (37% gegenüber 53%, verglichen mit 60%, gegenüber 31%), Portugal (36% gegenüber 57%, verglichen mit 52%, gegenüber 34%), Spanien (36% gegenüber 53%, verglichen mit 52% gegenüber 33%), Großbritannien (44% gegenüber 45%, verglichen mit 43% gegenüber 38%) und auf Zypern (36% gegenüber 59%, verglichen mit 51%, gegenüber 38%). Zusammen mit Griechenland (21% gegenüber 78%) und Österreich (44% gegenüber 51%) gibt es nunmehr acht Länder, in denen die Einschätzung, dass die Eigenschaft « beschützend » auf die EU nicht zutreffe, eine Mehrheit findet.

Hinsichtlich dieses Indikators bilden also lediglich vier Länder bei dieser rückläufigen Tendenz Ausnahmen, nämlich Litauen (+2), Dänemark (+3), Finnland (+3) und insbesondere Deutschland, wo die Wahrnehmung der beschützenden Funktion der EU um acht Punkte anwächst. Der beschützende Aspekt der EU wird übrigens in Dänemark (69%) und in Litauen (67%) am stärksten wahrgenommen.

### Die negativen Image-Aspekte





























Eine absolute Mehrheit der Europäer (51%) betrachtet nunmehr die Europäische Union als « **technokratisch** ». Dieser Anteil wächst - verglichen mit dem Herbst 2010 – um vier Punkte. Etwas mehr als ein Viertel (26%, +2 Prozentpunkte) finden im Gegenteil, dass sich diese Bezeichnung für die EU schlecht eigne und 23% (-6) äußern keine Meinung. Die Vorstellung, dass die EU technokratisch sei, dominiert in der Gesamtheit der Mitgliedstaaten und umfasst in 16 derselben eine absolute Mehrheit der Befragten; die höchsten Werte entfallen auf Griechenland (68%), Zypern (64%), Belgien (61%), Frankreich (60%), Deutschland (60%) und Finnland (60%). Diese Vorstellung nimmt in Bulgarien (+24), in Polen (+20), in Litauen (+14) und in Rumänien (+10) deutlich zu.

Mit einer deutlichen Mehrheit stimmen die Europäer (58% gegenüber 33%) schließlich nicht der Meinung zu, dass die Europäische Union die Qualität besitze, **effizient** zu sein. Sechs Länder setzen sich deutlich vom europäischen Durchschnitt ab, eine absolute Mehrheit der Befragten in Bulgarien (62%), in Litauen (60%) in Polen (59%) und eine relative Mehrheit in Estland (46% gegenüber 38%), auf Malta (47% gegenüber 34%) und Rumänien (47% gegenüber 28%) anerkennt die Effizienz der EU. Im Gegensatz dazu sind die Befragten in Schweden (82%), Griechenland (80%), den Niederlanden (77%) und in Großbritannien (68%) am zahlreichsten der Ansicht, dass die Bezeichnung « effizient » für die Europäischen Union unpassend sei.



QA14 Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.

Answer - Gesamt 'Beschreibt gut'

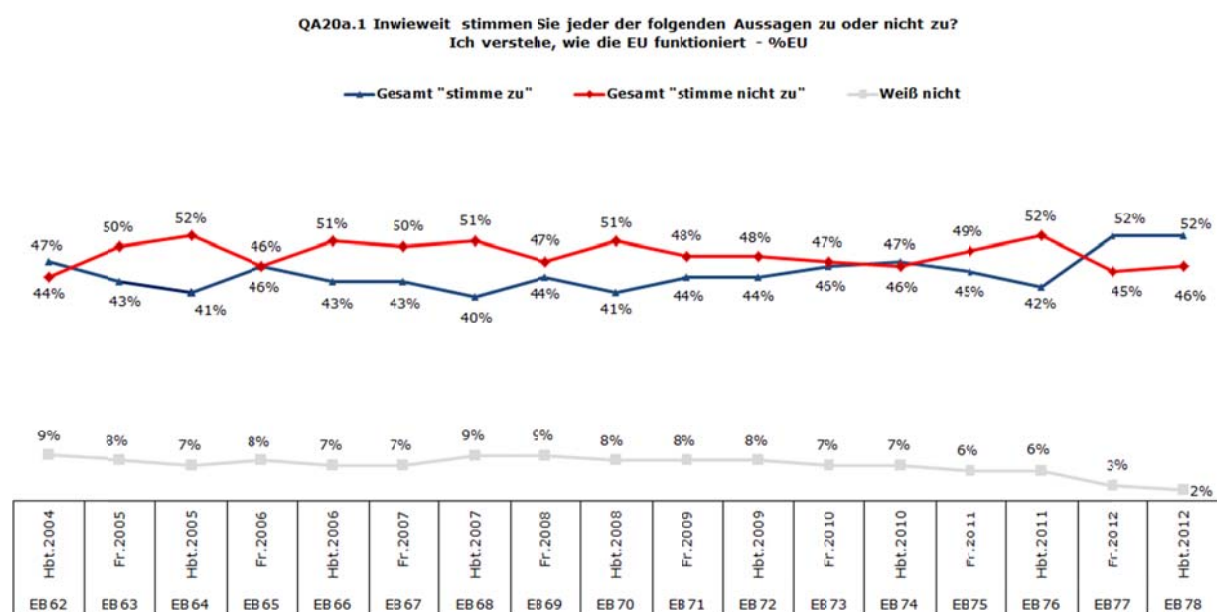
		Demokratisch	Unt EB78 Hbt.2012 - EB74 Hbt.2010	Modern	Unt EB78 Hbt.2012 - EB74 Hbt.2010	Techno- kratisch	Unt EB78 Hbt.2012 - EB74 Hbt.2010	Beschützend	Unt EB78 Hbt.2012 - EB74 Hbt.2010	Effizient*
	EU27	60%	<b>-8</b>	58%	<b>-6</b>	51%	<b>+4</b>	47%	<b>-7</b>	33%
	BE	64%	<b>-11</b>	65%	<b>-5</b>	61%	<b>-7</b>	54%	<b>-11</b>	33%
	BG	80%	<b>-3</b>	81%	<b>+3</b>	47%	<b>+24</b>	63%	<b>-2</b>	62%
	CZ	59%	<b>-14</b>	59%	<b>-11</b>	55%	<b>+4</b>	54%	<b>-10</b>	45%
	DK	69%	<b>-3</b>	53%	<b>-3</b>	58%	<b>-2</b>	69%	<b>+3</b>	29%
	DE	70%	<b>=</b>	55%	<b>-2</b>	60%	<b>+6</b>	57%	<b>+8</b>	27%
	EE	63%	<b>-12</b>	66%	<b>-8</b>	54%	<b>-3</b>	65%	<b>-6</b>	46%
	IE	54%	<b>-9</b>	72%	<b>-1</b>	46%	<b>+5</b>	53%	<b>-5</b>	42%
	EL	32%	<b>-21</b>	47%	<b>-8</b>	68%	<b>-4</b>	21%	<b>-18</b>	17%
	ES	51%	<b>-21</b>	53%	<b>-12</b>	39%	<b>-3</b>	36%	<b>-16</b>	25%
	FR	65%	<b>=</b>	58%	<b>-5</b>	60%	<b>+4</b>	43%	<b>-4</b>	27%
	IT	54%	<b>-22</b>	58%	<b>-16</b>	45%	<b>+5</b>	37%	<b>-23</b>	40%
	CY	51%	<b>-20</b>	48%	<b>-15</b>	64%	<b>=</b>	36%	<b>-15</b>	27%
	LV	60%	<b>-7</b>	68%	<b>-1</b>	49%	<b>-6</b>	57%	<b>-1</b>	39%
	LT	70%	<b>-5</b>	61%	<b>-6</b>	44%	<b>+14</b>	67%	<b>+2</b>	60%
	LU	75%	<b>-3</b>	68%	<b>-8</b>	59%	<b>+2</b>	57%	<b>-12</b>	33%
	HU	66%	<b>-10</b>	64%	<b>-8</b>	47%	<b>=</b>	55%	<b>-10</b>	47%
	MT	66%	<b>-6</b>	73%	<b>-7</b>	44%	<b>+4</b>	60%	<b>-4</b>	47%
	NL	62%	<b>-3</b>	52%	<b>-1</b>	51%	<b>=</b>	61%	<b>-2</b>	18%
	AT	59%	<b>-2</b>	58%	<b>+6</b>	59%	<b>+6</b>	44%	<b>-1</b>	37%
	PL	80%	<b>-1</b>	80%	<b>-2</b>	54%	<b>+20</b>	59%	<b>-3</b>	59%
	PT	45%	<b>-20</b>	59%	<b>-11</b>	39%	<b>+1</b>	36%	<b>-16</b>	30%
	RO	66%	<b>-5</b>	67%	<b>-4</b>	44%	<b>+10</b>	47%	<b>-6</b>	47%
	SI	58%	<b>-6</b>	60%	<b>-5</b>	57%	<b>=</b>	48%	<b>-7</b>	38%
	SK	65%	<b>-18</b>	70%	<b>-14</b>	51%	<b>=</b>	59%	<b>-17</b>	40%
	FI	59%	<b>+5</b>	72%	<b>+1</b>	60%	<b>-2</b>	58%	<b>+3</b>	36%
	SE	64%	<b>-2</b>	47%	<b>-10</b>	51%	<b>-3</b>	51%	<b>-7</b>	15%
	UK	45%	<b>=</b>	49%	<b>+1</b>	38%	<b>-5</b>	44%	<b>+1</b>	23%

\* Neues item

## 5. DIE KENNTNISSE DER EUROPÄISCHEN UNION

### 5.1. Die Kenntnisse im Hinblick auf die Funktion der Europäischen Union

Nachdem der Umfragewert im Hinblick auf die Funktionsweise der Europäischen Union in der vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage deutlich gestiegen war, stabilisiert er sich in dieser Umfrage. 52% der Europäer (unverändert) erklären, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union verstünden, dagegen erklären 46% (+1 Prozentpunkt), diese nicht zu verstehen; 2% (-1) äußern keine Meinung<sup>42</sup>. Zum zweiten Mal in Folge in der Geschichte der Eurobarometer-Umfragen ist eine absolute Mehrheit der Befragten nachweisbar, die den Eindruck hat, die Funktionsweise der Europäischen Union gut zu verstehen.



Das Gefühl, dass man die Funktionsweise der Europäischen Union verstehe, ist zahlenmäßig in Schweden (70%), in Polen (65%), in Luxemburg (63%) und in Estland (63%) am höchsten. Es dominiert insgesamt in 21 der 27 Mitgliedstaaten. Das Gefühl des Unverständnisses ist hingegen in Italien (60% «gesamt stimme nicht zu» gegenüber 36%) in Portugal (58% gegenüber 41%), in Ungarn (53% gegenüber 46%), in der Tschechischen Republik (53% gegenüber 45%), auf Malta (51% gegenüber 47%) und in Spanien (50% gegenüber 49%) vorherrschend.

Hinsichtlich dieses Indikators ist im Meinungsbild der großen Mehrzahl der der EU-Länder eine Tendenz in Richtung stabiler Verhältnisse feststellbar. Deutlich unterschiedliche Werte verzeichnen lediglich Bulgarien, aufgrund eines Anstiegs der Bekundungen, man verstehe die Funktionsweise der EU, um sieben Punkte und Belgien aufgrund eines Rückgangs um acht Punkte.

<sup>42</sup> QA20a.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Ich verstehe, wie die EU funktioniert.

## 5.2. Die objektiven Kenntnisse der Europäischen Union

Diese Eurobarometer-Umfrage umfasst auch eine Befragung hinsichtlich der objektiven Kenntnisse der Europäer zum Thema der EU. Den Befragten wurden zu diesem Zweck drei Aussagen vorgelegt (« Die EU besteht gegenwärtig aus 27 Mitgliedstaaten »; « Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedsstaates gewählt »; « Die Schweiz ist Mitglied der EU »), und sie sollten zu jeder Aussage über deren Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit urteilen. Die gleiche Frage war im Frühjahr 2012 im Rahmen der vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage gestellt worden.

Die Zahlenwerte zu den objektiven Kenntnissen der Europäischen Union liegen heute genau auf dem im Frühjahr 2012 erfassten Niveau, das heißt der Durchschnittswert der richtigen Antworten zu den drei gestellten Fragen beträgt 63% (unveränderter Wert); derjenige der unzutreffenden Antworten beläuft sich auf (unverändert) 20%, und der Durchschnitt der « Weiß ich nicht »-Antworten beträgt 17%. Dieser Durchschnittswert für die korrekten Antworten auf die drei den Interviewten genannten Aussagen liegt in sämtlichen Mitgliedstaaten über 50%, weniger gute Ergebnisse wurden in Großbritannien (53%), in Spanien (56%) und in Lettland (57%) erzielt, und die höchsten Werte entfielen auf Griechenland (80%), Luxemburg (78%) und Slowenien (77%).

Die detaillierte Analyse belegt, dass mehr als sieben von zehn Europäern (71%, unveränderter Wert) wissen, dass **die Schweiz der EU nicht angehört**, dagegen irrten sich 17% (+1 Prozentpunkt), und 12% (-1) gaben an, die Antwort nicht zu kennen<sup>43</sup>. In allen Ländern der Europäischen Union antwortete eine absolute Mehrheit der Befragten in zutreffender Weise auf die Frage. Der höchste Prozentsatz zutreffender Antworten wurde in Luxemburg registriert (92%), der niedrigste Wert entfällt auf Rumänien (52%) und auf Lettland (52%).

Etwas mehr als zwei Drittel der Europäer ist bekannt, dass sich die **EU gegenwärtig aus 27 Mitgliedstaaten zusammensetzt**; 12% der Befragten irrten sich und 21% antworteten mit der Bemerkung « weiß ich nicht »<sup>44</sup>. Verglichen mit dem Frühjahr 2012 veränderten sich diese Zahlenverhältnisse nicht. Für alle Länder der Europäischen Union gilt, dass eine absolute Mehrheit der Befragten in der Lage ist, eine zutreffende Antwort zu geben, wobei das Spektrum von 51% in Großbritannien bis 84% in der Slowakei reicht.

Wenn schließlich das Zahlenverhältnis bei zutreffenden Antworten auf die Behauptung, **« die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedsstaates gewählt »**, weniger hoch ausfällt, so antwortet dennoch eine absolute Mehrheit der Europäer mit einer Bejahung (52%, unveränderter Wert, verglichen mit dem Frühjahr 2012). Drei von zehn Befragten nehmen irrtümlicherweise an, dass die Aussage falsch sei (30%, unveränderter Wert), und 18% behaupten, die

<sup>43</sup> QA17.3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Die Schweiz ist Mitglied der EU.

<sup>44</sup> QA17.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Die EU besteht derzeit aus 27 Mitgliedstaaten.

Antwort nicht zu wissen<sup>45</sup>. Die Niederlande sind das einzige Land der Europäischen Union, in dem eine Mehrheit der Befragten eine unzutreffende Antwort gibt (50% gegenüber 41%).

Aufgrund des Anstiegs um jeweils fünf bzw. drei Punkte bei den zutreffenden Antworten ergibt sich, dass eine relative Mehrheit der Befragten in Österreich (47% gegenüber 40%) und in Frankreich (41% gegenüber 37%) zutreffend antwortet; bei der Eurobarometer-Standard-Umfrage vom Frühjahr 2012 war dies nicht der Fall. Der Wahlmodus für das Europäische Parlament ist in Griechenland (85%), auf Malta (85%) und auf Zypern (83%) am besten bekannt. Die Werte betreffend korrekte bzw. falsche Antworten liegen im Fall von Deutschland recht nahe bei einander (43% gegenüber 40%).

Die objektiven Kenntnisse der Europäischen Union sind sehr stark vom Interesse an der Politik abhängig. Der Durchschnittswert für zutreffende Antworten beträgt 74% im Fall der an Politik stark interessierten Befragten und 49% bei denjenigen, die keinerlei Interesse an Politik bekunden. Der Prozentsatz beträgt 69% im Fall der an europäischen Angelegenheiten interessierten Personen und 54% für diejenigen, die an europäischen Angelegenheiten desinteressiert sind.

---

<sup>45</sup> QA17.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedsstaates gewählt.

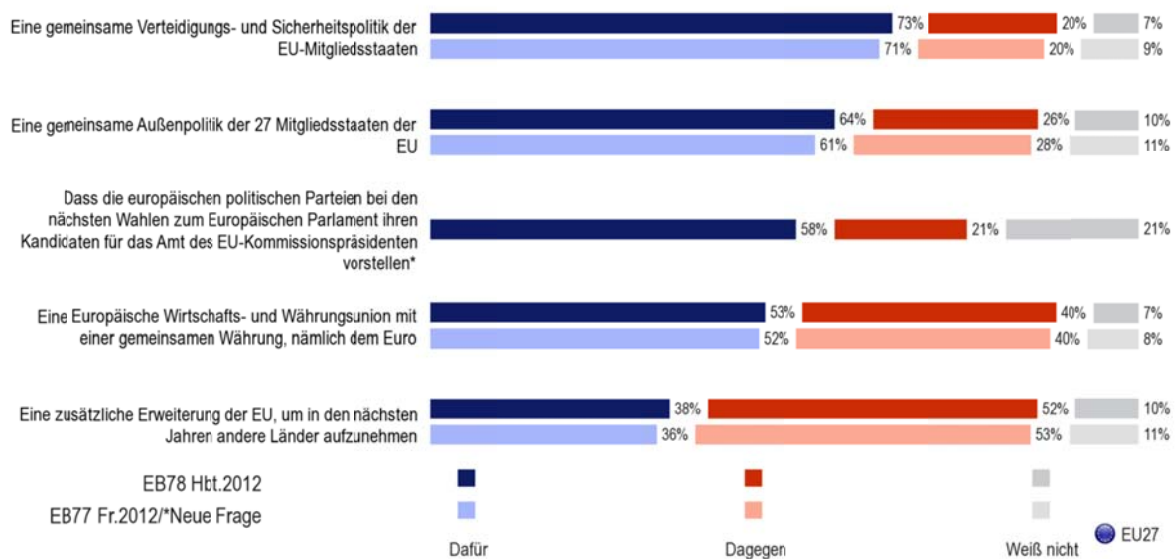
### III. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE UND MORGEN

#### – Die Unterstützung für die europäischen Politiken, die Erweiterung und einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission sind auf dem Vormarsch –

##### 1. DIE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE EUROPÄISCHEN POLITIKEN

In einem eher schwierigen Klima der öffentlichen Meinung (Argwohn gegenüber der Europäischen Union, tendenzielle Verschlechterung ihres Images) wächst die Unterstützung für die europäischen Politiken im Verhältnis zur Umfrage vom Frühjahr 2012 (EB77). Die Zustimmung für eine gemeinsame Außenpolitik legt um drei Prozentpunkte zu, die für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik um zwei Punkte und die für die Wirtschafts- und Währungsunion um einen Punkt. Die Unterstützung der Erweiterung wächst um zwei Prozentpunkte, bleibt aber eindeutig eine Minderheitsposition in der europäischen öffentlichen Meinung. Schließlich stößt der zum ersten Mal in dieser Umfrage getestete Vorschlag eines von den europäischen Parteien bei den nächsten Europawahlen aufgestellten Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission auf breite Zustimmung.

QA18. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.



### **Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten**

In der europäischen öffentlichen Meinung herrscht weiterhin ein Konsens bezüglich dieser Politik. Nahezu drei Viertel der befragten Personen (73%, +2 Prozentpunkte) befürworten sie, während 20% (unverändert) ihr ablehnend gegenüberstehen und 7% (-2) keine Meinung äußern<sup>46</sup>.

Die Befürwortung dieser Politik findet eine absolute Mehrheit bei den befragten Personen in der Gesamtheit der Länder der Europäischen Union, mit Höchstwerten in der Slowakei (84%), auf Zypern (84%), in Estland (84%), Bulgarien (83%) und Slowenien (83%).

Die Unterstützung für diese Politik wächst ganz besonders in Ungarn (+7), Irland (+7) und Slowenien (+6). Im Zuge dieser Entwicklung befürwortet nun eine absolute Mehrheit der Befragten in Irland diese Politik, während die Zustimmung im Frühjahr 2012 nur relativ war. Dennoch findet man in diesem Land einen der stärksten Anteile von Gegnern (34%, unverändert) einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU, was auch auf das Vereinigte Königreich (37%, unverändert), Schweden (43%, +1) und Finnland (44%, +4) zutrifft.

### **Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 EU-Mitgliedstaaten**

Beinahe zwei Drittel der Europäer (64%, +3 Prozentpunkte) unterstützen eine gemeinsame Außenpolitik der 27 EU-Mitgliedstaaten, während 26% (-2) sie ablehnen und 10% (-1) keine Meinung äußern<sup>47</sup>.

Traditionell sind die öffentlichen Meinungen der nordischen Länder und des Vereinigten Königreiches die feindseligsten gegenüber einer gemeinsamen Außenpolitik. Diese Tatsache hat sich in der vorliegenden Umfrage einmal mehr bestätigt. Die Ablehnung bleibt eine Mehrheitsposition in Schweden (60%, +1, gegenüber 37%), Finnland (55%, +4, gegenüber 41%), Dänemark (50%, -2, gegenüber 46%) und im Vereinigten Königreich (46%, -3, gegenüber 40%). In allen anderen Ländern bildet die Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik eine absolute Mehrheit der Befragten, mit Höchstwerten in Bulgarien (78%), Deutschland (77%) und der Slowakei (77%). Die Tschechische Republik (49% gegenüber 46%) und Malta (48% gegenüber 31%) bilden insofern Ausnahmen, da diese Mehrheit lediglich relativ ist.

Die Unterstützung wird in Frankreich (+8) und in Spanien (+6) spürbar stärker. Indes bröckelt sie in Irland deutlich (-9).

---

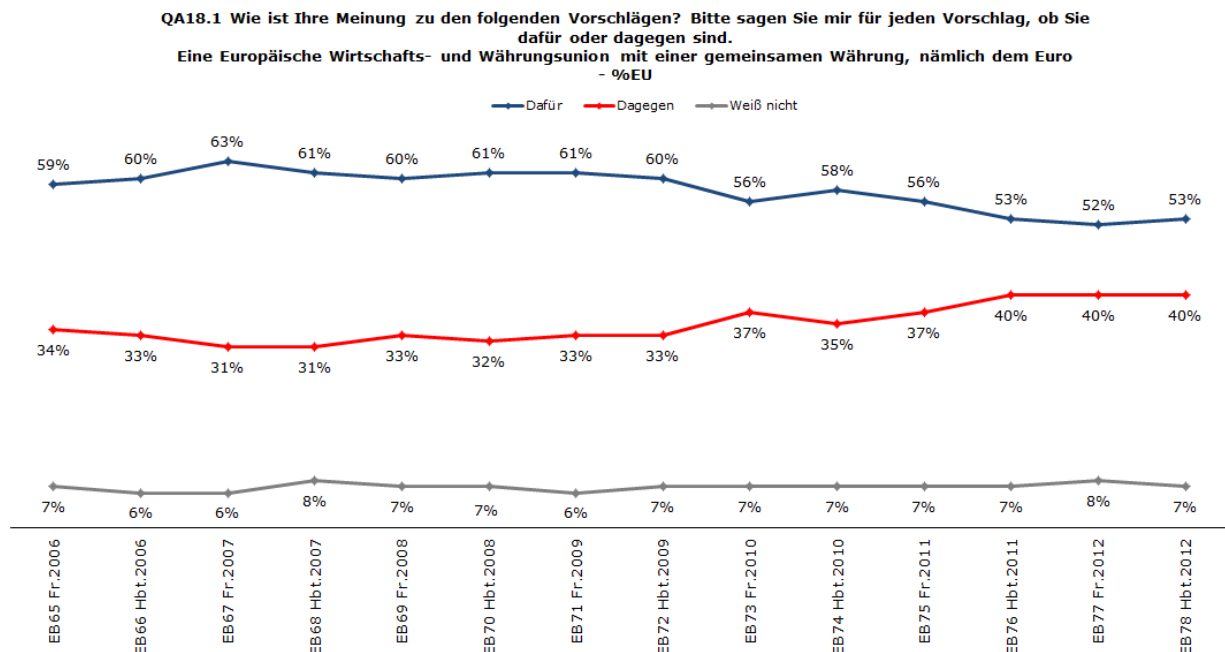
<sup>46</sup> QA18.4. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten.

<sup>47</sup> QA18.2. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedstaaten der EU.



## Eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Einheitswährung, dem Euro

53% der Europäer (+1 Prozentpunkt) unterstützen die Wirtschafts- und Währungsunion. Vier von zehn (unverändert) sind dagegen, und 7% (-1) äußern keine Meinung<sup>48</sup>. Das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern ist zunächst zwischen Frühjahr 2007 (EB67) und Herbst 2011 (EB76) enger zusammengerückt, bleibt aber seit Herbst 2011 bemerkenswert stabil.



Die Wahrnehmung der Wirtschafts- und Währungsunion unterscheidet sich sehr stark zwischen den Mitgliedsländern der Eurozone und denen ohne die europäische Währung: Die Unterstützung ist bei weitem die Mehrheitsposition und konsolidiert sich in der Eurozone (66%, +3 Prozentpunkte), während sie in den Nicht-Mitgliedsländern der Eurozone größtenteils eine Minderheitsposition ist (28%, -2) und gar weiter bröckelt (30%, -1). Die Befürwortung des Euro kommt ebenfalls viel stärker zum Ausdruck in den EU15-Ländern (56% gegenüber 38%) als in den NMS12 (45% gegenüber 46%).

Die Zustimmung für die Wirtschafts- und Währungsunion überwiegt in 19 Mitgliedstaaten der EU gegenüber 20 im Frühjahr 2012. Das Verhältnis in der öffentlichen Meinung ändert sich auf Zypern von wohlgesinnt (52% gegenüber 44%) zu geteilter Meinung heute (48% gegenüber 48%). Diese 19 Mitgliedstaaten, in denen der Euro in der öffentlichen Meinung unterstützt wird, sind Slowenien (83%), Finnland (76%), die Niederlande (75%), Luxemburg (72%), die Slowakei (72%), Belgien (69%), Deutschland (69%), Frankreich (69%), Estland (69%), Irland (67%), Österreich (66%), Griechenland (65%), Malta (64%), Spanien (63%), Italien (57%), Rumänien (56%), Portugal (55%), Ungarn (50%) und Bulgarien (46% gegenüber 40%).

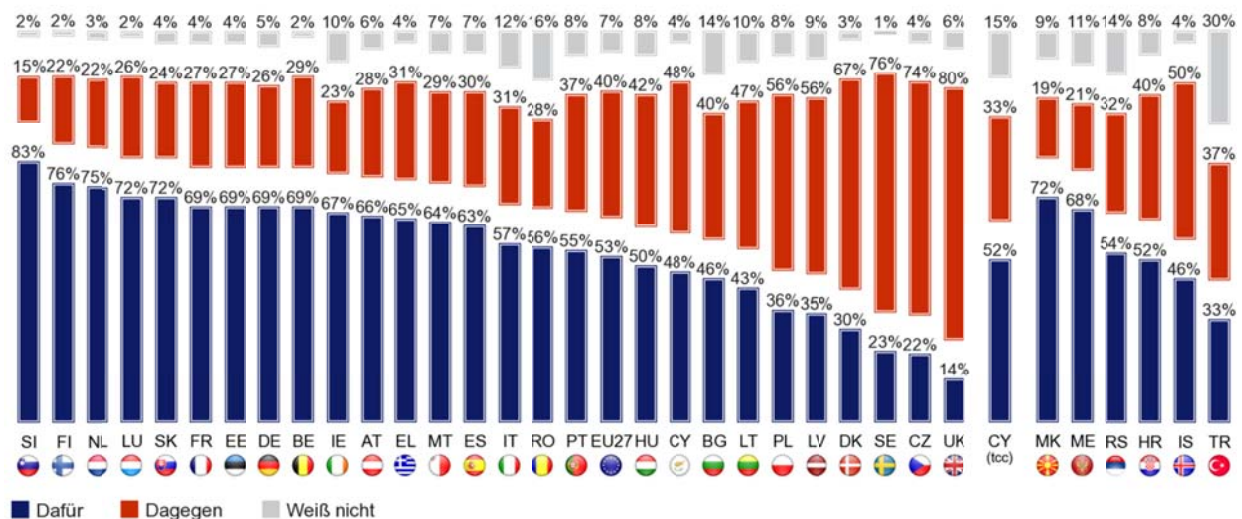
<sup>48</sup> QA18.1. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.

In dieser Aufzählung ist die Unterstützung für den Euro im Vergleich zum Frühjahr 2012 deutlich gesunken in Irland (-12), Griechenland (-10), der Slowakei (-8), Bulgarien (-8), Luxemburg (-6) und Belgien (-6). Indes steigt sie besonders in Spanien (+8), Italien (+4) und Deutschland (+4).

Die Euro-Ablehnung überwiegt wie schon im Frühjahr 2012 in den sieben Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone. Es handelt sich um das Vereinigte Königreich (80%, +1), Schweden (76%, +5), die Tschechische Republik (74%, +3), Dänemark (67%, -2), Polen (56%, +1), Lettland (56%, +2) und Litauen (47%, unverändert, gegenüber 43%).

QA18.1. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro



**In den beitrittswilligen Ländern** betrifft die beachtlichste Entwicklung den starken Rückgang der Unterstützung für die Wirtschafts- und Währungsunion in Kroatien (52%, -10) und Serbien (54%, -9), auch wenn sie in beiden Ländern die Mehrheitsposition bleibt. Trotz einer ebenfalls rückläufigen Entwicklung bleibt die Befürwortung des Euro dennoch hoch in der Früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien (72%, -6) und in Montenegro (68%, -4). Die öffentliche Meinung in Island ist weiterhin eher geteilt (46% Zustimmung gegenüber 50% im Vergleich zu 47% gegenüber 49% im Frühjahr 2012). Und schließlich bleibt die Unterstützung für die Wirtschafts- und Währungsunion zwar eine Minderheitsposition in der Türkei, wächst aber dennoch mit 33% Zustimmung (+4), 37% (-5) Ablehnung und einer wie schon bei den vorangegangenen Umfragen hohen Quote ohne Meinung (30%, +1).

Die Sozialmerkmale der Einzelpersonen spielen bei der Meinungsbildung gegenüber der Wirtschafts- und Währungsunion eine wichtige Rolle. Somit ist festzustellen, dass 61% der Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus studiert haben, dem Euro wohlgesinnt sind gegenüber 45% derjenigen, die vor dem Alter von 16 Jahren ihre Ausbildung beendet haben. 60% der leitenden Angestellten äußern sich für die Wirtschafts- und Währungsunion gegenüber 49% der Arbeiter.

Von den Personen, die praktisch nie Schwierigkeiten bei der Begleichung ihrer Rechnungen haben, sind ebenfalls deutlich mehr für die Wirtschafts- und Währungsunion (58%), als

jene, denen die Begleichung ihrer Rechnungen meistens schwer fällt. Schließlich sind zwei Drittel der Personen, die sich als zur „Oberschicht“ der Gesellschaft zugehörig definieren, für den Euro, gegenüber 43% derjenigen, die sich selbst zur „Arbeiterklasse“ zählen.

### **Die EU-Erweiterung um andere Länder in den kommenden Jahren**

Die öffentliche europäische Meinung bleibt in dieser Frage stabil. 52% der Europäer (-1 Prozentpunkt) äußern sich gegen diese Politik, während 38% (+2) dafür sind, und 10% (-1) keine Meinung äußern<sup>49</sup>.

Nichtsdestotrotz führt die Frage der Erweiterung zu starken Unterschieden innerhalb der jeweiligen Ländergruppen. Wie im Frühjahr 2012 und ohne größere Entwicklung ist eine absolute Mehrheit der Befragten in den EU15-Ländern (58%) und der Eurozone (58%) für eine zukünftige Erweiterung. Im Gegensatz dazu überwiegt die Befürwortung der Erweiterung und legt in den NMS12 (59%, +3) und in den Nicht-Mitgliedsländern der Eurozone gar noch zu (49%, +3, gegenüber 41%).

In der nationalen Analyse werden beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten deutlich. Die Befürwortung der Erweiterung überwiegt in 10 von ihnen, in Polen (69%), Litauen (62%), Slowenien (61%), Rumänien (58%), Bulgarien (58%), Ungarn (54%), Malta (50%), Lettland (49% gegenüber 36%), Estland (47% gegenüber 42%) und Spanien (46% gegenüber 35%). In dieser Gruppe ist die markanteste Entwicklung die wachsende Unterstützung in Polen (+7) und Spanien (+5).

War sie im Frühjahr 2012 noch dafür, so ist die öffentliche Meinung in der Slowakei (46% gegenüber 46%, vormalig 52% gegenüber 42%) und Schweden mittlerweile strikt ausgeglichen (48% gegenüber 48%, vormalig 51% gegenüber 45%). In Portugal gewinnt die Ablehnung die Oberhand (40% gegenüber 46%, vormalig 44% gegenüber 41%). In dieser Umfrage stößt Portugal damit zum Block der 15 Länder, in denen die Ablehnung der Erweiterung überwiegt, wobei letztere am stärksten in Deutschland (73%), Österreich (72%), Luxemburg (70%) und Frankreich (68%) ausgeprägt ist. In dieser Gruppe betrifft die einzige nennenswerte Entwicklung Irland, wo die Zustimmung für die Erweiterung um neun Punkte zulegt, was dazu beiträgt, dass das Verhältnis der öffentlichen Meinung in diesem Land deutlich zusammenrückt (43% gegenüber 44% im Vergleich zu 34% gegenüber 47% im Frühjahr 2012).

---

<sup>49</sup> QA18.3. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.

**Die Aufstellung eines Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bei den nächsten Europawahlen durch die europäischen Parteien**

Der bei dieser Umfrage zum ersten Mal getestete Vorschlag erhält die Unterstützung einer absoluten Mehrheit von 58% der Europäer gegenüber 21% die sich dagegen aussprechen, während 21% keine Meinung äußern<sup>50</sup>. Die Mehrheit der Befragten in allen Ländern der EU stimmen dieser Idee zu, wobei die Höchstwerte aus Ungarn (76%), Schweden (71%), Deutschland (69%), der Slowakei (69%), Griechenland (67%) und Dänemark (67%) kommen. Im Vereinigten Königreich (44% gegenüber 32%) und Estland (49% gegenüber 17%) ist die Mehrheit der Befürworter nur relativ. Wissenswert ist auch, dass die Meinungen zu diesem Vorschlag weniger strukturiert sind, wobei die Quote „Weiß ich nicht“ zwischen 12% in Belgien sowie Ungarn und 34% in Lettland und Estland schwankt.

---

<sup>50</sup> QA18.5. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. Dass die europäischen politischen Parteien bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament ihren Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten vorstellen.

## 2. DAS ZIEL DES EUROPÄISCHEN AUFBAUWERKS

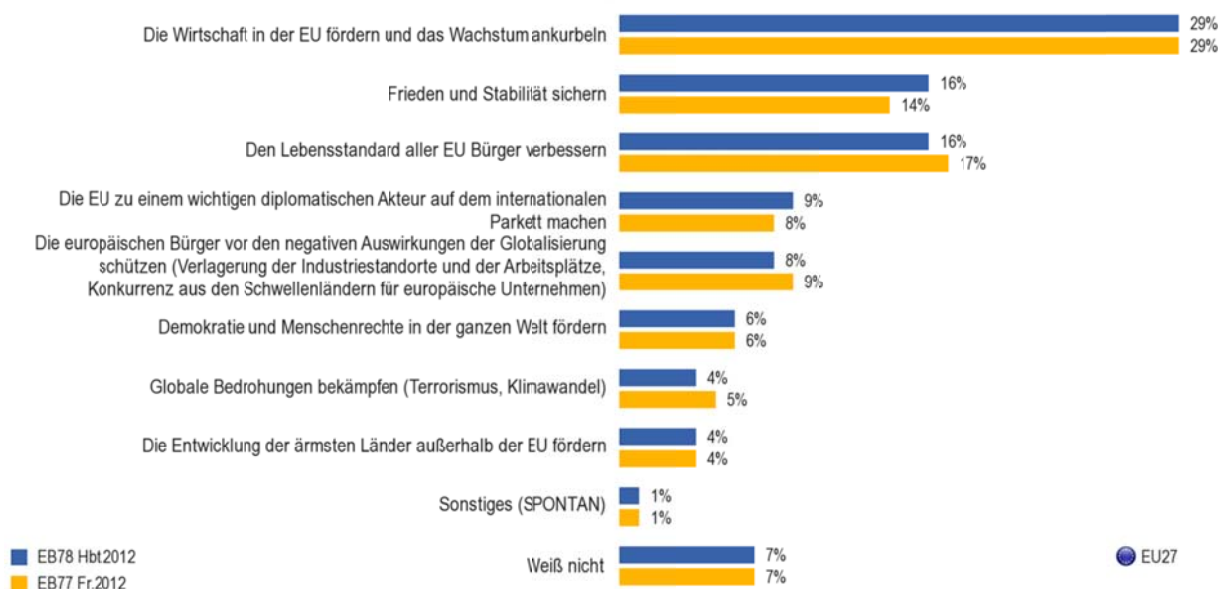
Die Befragten wurden gebeten, sich zu ihrer Meinung nach wahrgenommenen und zum wünschenswerten Hauptziel des europäischen Aufbauwerks zu äußern.

Zwar gibt es eher eine globale Konvergenz zwischen der Wahrnehmung der Ziele des europäischen Aufbauwerks und den entsprechenden Wünschen der europäischen öffentlichen Meinung, da man im Spitzentrio der wahrgenommenen und wünschenswerten Ziele identische Prioritäten wiederfindet, andererseits aber in der Umfrage eine leichte und neue Verschiebung erkennt. **Die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums in der EU** bleibt bei weitem an der Spitze der wahrgenommenen Ziele der EU, während bei den Erwartungen die **Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums** sowie die **Verbesserung des Lebensniveaus der Bürger der EU** ähnlich häufig genannt werden. Angesichts der Krise wartet die öffentliche europäische Meinung heute sowohl auf einen Aufschwung der Wirtschaft als auch auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

### 2.1. Die wahrgenommenen Ziele des europäischen Aufbauwerks

Mit 29% der Nennungen (unverändert im Vergleich zum Frühjahr 2012) landet die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums der EU deutlich an der Spitze der Rangfolge der wahrgenommenen Hauptziele des europäischen Aufbauwerks. Dahinter befinden sich die Bewahrung von Frieden und Stabilität (16%, +2 Prozentpunkte) und die Verbesserung des Lebensniveaus aller Bürger der EU (16%, -1) mit gleich häufiger Nennung. Alle anderen getesteten Items erhalten weniger als 10% der Nennungen<sup>51</sup>.

QA21. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas?



<sup>51</sup> QA21. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas? (nur eine Nennung).

Die Wahrnehmung des Hauptziels der EU ist heute in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedlich. Mit der Ausnahme von Malta und Lettland, wo die Verbesserung des Lebensniveaus der Europäer an der Spitze landet (30% bzw. 27%), überwiegt die Wahrnehmung der Entwicklung des Wachstums als erstes Ziel der EU in allen Ländern. In den Niederlanden (46%), Dänemark (45%) und Schweden (40%) sind die Nennungen am häufigsten.

## 2.2. Die wünschenswerten Ziele des europäischen Aufbauwerkes

Mit 24% der Nennungen (+1 Prozentpunkt) landet die Verbesserung des Lebensniveaus aller Bürger der EU an der Spitze der Rangfolge der wünschenswerten Ziele der EU, während sie bei der vorigen Umfrage im Frühjahr 2012 Rang zwei belegte. Knapp hinter ihr rangiert die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums (22%, -2), gefolgt von der Bewahrung des Friedens und der Stabilität (15%, +1) und vom Schutz der europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung (11%, -1). Die anderen Themenbereich erhalten nicht mehr als 10% der Nennungen<sup>52</sup>.

QA22. Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?



**Die Verbesserung des Lebensniveaus aller Bürger der EU** landet an der Spitze der für wünschenswert befundenen Ziele für das europäische Aufbauwerk in 18 Ländern der EU (Belgien, Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Irland, Griechenland, Frankreich, Zypern, Lettland, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Vereinigtes Königreich), wobei die meisten Nennungen auf Bulgarien (43%), Lettland (37%) und die Slowakei (36%) entfallen. Die Nennungen dieses Ziels legen am stärksten auf Zypern (+8) und Slowenien (+7) zu.

<sup>52</sup> QA22. Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein? (nur eine Nennung).



Die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums belegt Rang eins der wünschenswertesten Ziele in vier Mitgliedstaaten: den Niederlanden (33%), Dänemark (32%), Spanien (23%) und Italien (22%).

Die Verbesserung des Lebensniveaus und die Entwicklung des Wirtschaftswachstums werden gleich oft genannt in Litauen (27%) und Ungarn (26%).

Schließlich stechen drei Länder hervor, indem sie die Bewahrung des Friedens und der Stabilität an der Spitze der Rangfolge der wünschenswertesten Ziele für das europäische Aufbauwerk platzieren. Es handelt sich um Schweden (28%), Deutschland (26%) und Finnland (25%).

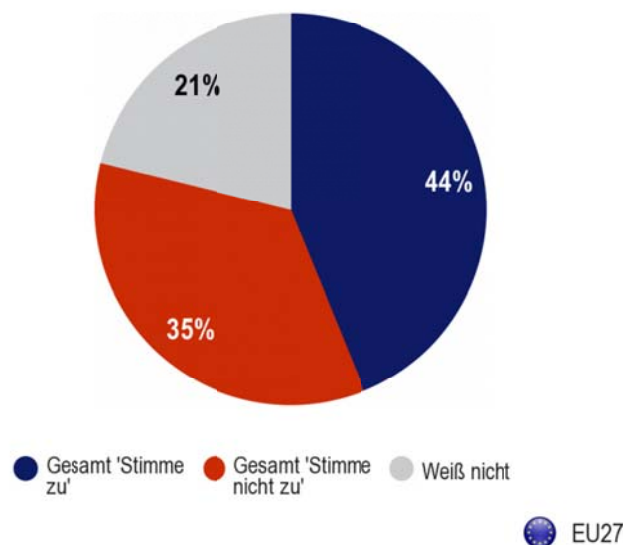
### 3. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

#### 3.1. Die Meinung zu einem Bund von Nationalstaaten

Mehr als vier von zehn Europäern sind für eine Entwicklung der Europäischen Union zu einem Bund von Nationalstaaten, während 35% diese Idee ablehnen. Die Zahl der Personen ohne Meinung, 21%, ist in dieser Frage hoch<sup>53</sup>.

QA20a.12. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln



Die nationalen Unterschiede sind sehr markant: So gibt es eine starke Ablehnung dieser Idee in den nordischen Ländern (76% in Dänemark, 71% in Schweden und Finnland) und im Vereinigten Königreich (54%).

Im Gegensatz dazu erreicht die Befürwortung einer Entwicklung der Europäischen Union zu einem Bund von Nationalstaaten eine absolute Mehrheit der Befragten in Polen (63%), der Tschechischen Republik (55%), Frankreich (55%), Zypern (54%), Österreich (54%) und der Slowakei (52%) sowie eine deutliche relative Mehrheit in Luxemburg (48% gegenüber 33%), Belgien (47% gegenüber 41%), Spanien (47% gegenüber 22%), Lettland (46% gegenüber 32%), Deutschland (46% gegenüber 40%), Ungarn (44% gegenüber 34%), Portugal (44% gegenüber 29%), Slowenien (44% gegenüber 36%), Estland (43% gegenüber 34%), Italien (42% gegenüber 30%), Bulgarien (40% gegenüber 21%), Litauen (38% gegenüber 26%), Malta (37% gegenüber 17%) und Rumänien (37% gegenüber 25%).

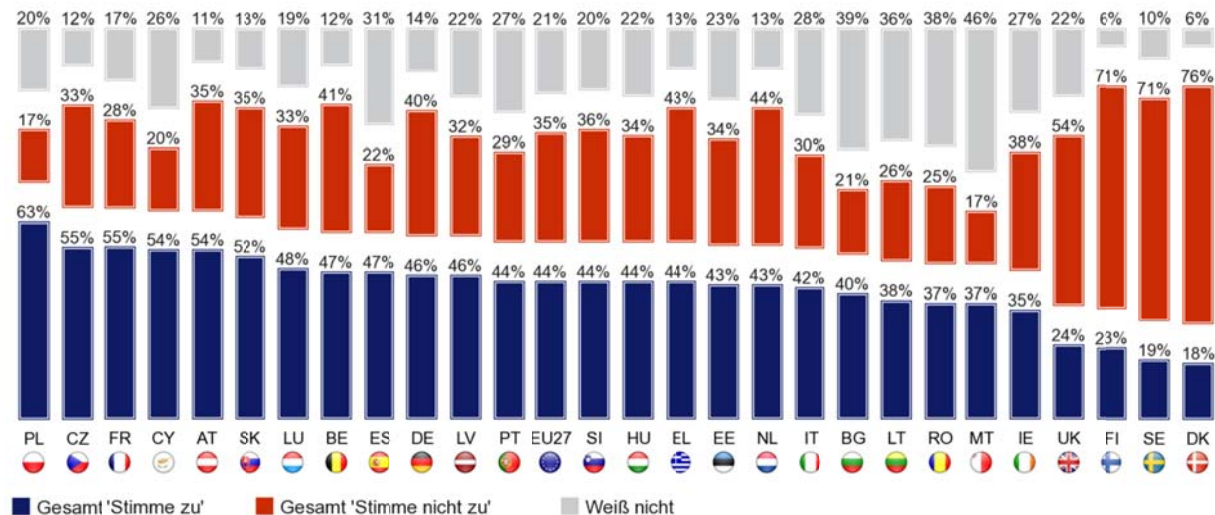
In drei Ländern liegen Befürwortung/Gegner der Idee eines Bundes der Nationalstaaten sehr eng beieinander: Griechenland (44% gegenüber 43%), Niederlande (43% gegenüber 44%) und Irland (35% gegenüber 38%).

<sup>53</sup> QA20a.12 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln.

Schließlich zeigt die hohe Zahl der Befragten ohne Meinung in einigen Ländern, dass diese Debatte von einem Großteil der Bevölkerung in bestimmten Ländern weiterhin missverstanden wird. Das ist insbesondere der Fall auf Malta (46% „Weiß nicht“), Bulgarien (39%), Rumänien (38%) und Litauen (36%).

QA20a.12. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?






Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln



Die soziodemografische Analyse offenbart eine bestimmte Anzahl von Unterschieden zwischen Kategorien, die sich meistens anhand der Schwankungen der Zahl der „Weiß nicht“-Antworten erklären. So sind zwar mehr Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus studiert haben, für eine Entwicklung der Europäischen Union zu einem Bund der Nationalstaaten (49%), als jene, die vor dem Alter von 16 Jahren von der Schule abgegangen sind (37%), doch sind auch gleichzeitig mehr der Erstgenannten dagegen (37% gegenüber 33%). Das rührt von der viel niedrigeren Zahl der „Weiß nicht“-Antworten bei den Meistdiplomierten (14% gegenüber 30%). Nennenswert ist auch die stärkere Unterstützung unter den Personen mit einem großen Interesse an der Politik (49%) bzw. denen, die sich als zur „Oberschicht“ der Gesellschaft zugehörig fühlen (56%). Schließlich sind auch die Personen mit dem Gefühl, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, deutlich stärker für eine Entwicklung der Europäischen Union zu einem Bund der Nationalstaaten (58%, gegenüber 29%) als jene, die den Eindruck haben, dass man ihnen nicht zuhört (38% gegenüber 40%).

**QA20a.12 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln**










**Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln**

	<b>Gesamt 'Stimme zu'</b>	<b>Gesamt 'Stimme nicht zu'</b>	<b>Weiß nicht</b>
EU27	44%	35%	21%
<b> Geschlecht</b>			
Männlich	48%	36%	16%
Weiblich	40%	34%	26%
<b> Alter</b>			
15-24	44%	35%	21%
25-39	46%	34%	20%
40-54	44%	36%	20%
55 +	42%	35%	23%
<b> Ausbildung (Ende der)</b>			
15-	37%	33%	30%
16-19	43%	35%	22%
20+	49%	37%	14%
Studiert noch	45%	35%	20%
<b> Sozio-professionelle Kategorie</b>			
Selbstständige	46%	36%	18%
Leitende Angestellte	46%	42%	12%
Andere Angestellte	50%	35%	15%
Arbeiter	42%	36%	22%
Hausfrauen / -männer	39%	30%	31%
Arbeitslose	43%	33%	24%
Rentner / Pensionäre	42%	34%	24%
Schüler / Studenten	45%	35%	20%
<b><b>Zugehörigkeitsgefühl</b></b>			
Arbeiterschicht	39%	35%	26%
Mittelschicht	48%	35%	17%
Oberschicht	56%	35%	9%
<b> Index Politisches Interesse</b>			
Hoch	49%	39%	12%
Durchschnitt	47%	36%	17%
Niedrig	40%	35%	25%
Gar nicht	35%	31%	34%
<b><b>Meine Stimme zählt in der EU</b></b>			
Stimme zu	58%	29%	13%
Stimme nicht zu	38%	40%	22%

Weiter unten befinden sich auch die Ergebnisse mit einer Aufschlüsselung nach soziodemografischen Kriterien in den sechs größten Ländern der EU sowie in drei besonders von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Ländern.

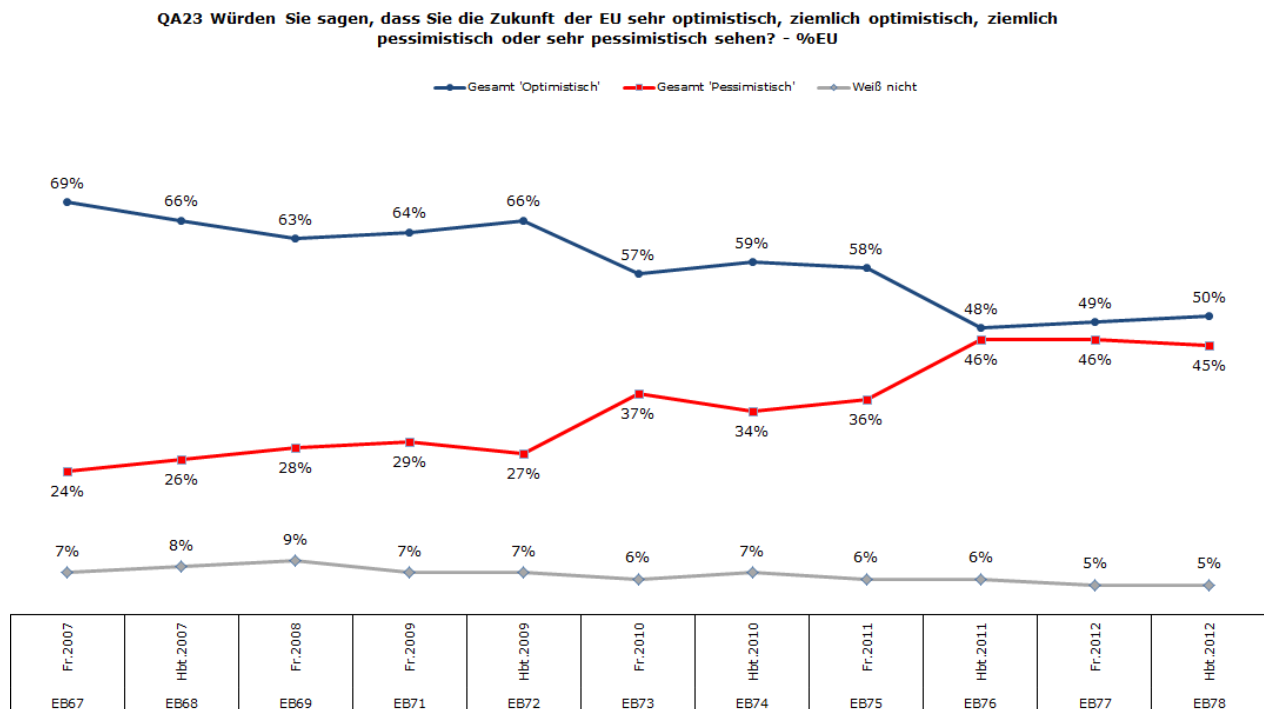
**QA20a.12 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?**  
**Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln**

**Antwort - Gesamt 'Stimme zu'**

	DE 	ES 	FR 	IT 	PL 	UK 	EL 	PT 	IE 
<b>Geschlecht</b>									
Men	47%	55%	60%	46%	64%	28%	49%	45%	37%
Women	45%	40%	50%	37%	60%	20%	40%	43%	33%
<b>Alter</b>									
15-24	47%	48%	45%	44%	69%	31%	46%	53%	30%
25-39	47%	48%	57%	42%	69%	32%	44%	45%	36%
40-54	42%	50%	55%	47%	62%	23%	50%	44%	35%
55 +	50%	46%	58%	36%	54%	17%	40%	37%	36%
<b>Ausbildung (Ende der)</b>									
15-	44%	44%	52%	28%	49%	18%	38%	40%	28%
16-19	44%	47%	53%	45%	59%	24%	41%	50%	33%
20+	50%	58%	61%	60%	66%	28%	55%	52%	42%
Still studying	47%	44%	48%	46%	74%	27%	46%	59%	30%
<b>Sozio-professionelle Kategorie</b>									
Self-employed	42%	53%	62%	46%	62%	25%	50%	48%	44%
Managers	45%	66%	61%	55%	72%	22%	60%	59%	50%
Other white collars	48%	61%	55%	52%	74%	31%	47%	53%	50%
Manual workers	43%	50%	52%	33%	59%	28%	42%	42%	26%
House persons	47%	31%	51%	37%	68%	21%	34%	36%	30%
Unemployed	44%	46%	50%	39%	54%	32%	45%	42%	34%
Retired	50%	50%	58%	35%	55%	16%	40%	38%	33%
Students	47%	44%	48%	46%	74%	27%	46%	59%	30%

### 3.2. Die Zukunft der Europäischen Union

Nach der sehr deutlichen Verschlechterung des Optimismus vom Herbst 2011 wird bei dieser Umfrage zum zweiten Mal in Folge ein leichtes Wiedererstarben der optimistischen Sichtweise der Zukunft der EU festgestellt. Jeder zweite Europäer (+1 Prozentpunkt im Vergleich zum Frühjahr 2012) äußert sich heute optimistisch mit Blick auf die Zukunft der EU, während 45% (-1) pessimistisch sind. Das Meinungsverhältnis Optimismus-Pessimismus steht somit bei +5 und legt im Vergleich zum Frühjahr 2012 (+3) und zum Herbst 2011 (+2) zu<sup>54</sup>.



Der Optimismus in Bezug auf die Zukunft der EU ist bei den Befragten in den NMS12 (58%, +1 Prozentpunkt) und in den Nicht-Mitgliedsländern der Eurozone (51%, -1) stärker ausgeprägt, als bei den Befragten in der Eurozone (48%, +1) und in den EU15-Ländern (47%, +1). In der Eurozone überwiegt zudem bei dieser Umfrage der optimistische Ausblick in die Zukunft gegenüber dem pessimistischen (48% gegenüber 47%).

Das Meinungsverhältnis Optimismus-Pessimismus kehrt sich bei dieser Umfrage in drei Ländern um. Es wird positiv in Spanien (48% gegenüber 45%, vormalig 39% gegenüber 54% im Frühjahr 2012) und in Österreich (48% gegenüber 46%, vormalig 42% gegenüber 52%). Im Gegensatz dazu wird es wiederum negativ in Frankreich (44% gegenüber 52%, vormalig 49% gegenüber 47%), nachdem es bei der Umfrage im Frühjahr 2012 positiv geworden war.

Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen überwiegt der Pessimismus in acht Ländern der Europäischen Union: Zu Frankreich gesellen sich Griechenland (71%), Portugal (64%),

<sup>54</sup> QA23. Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?



Zypern (59%), Ungarn (57%), das Vereinigte Königreich (56%), die Tschechische Republik (56%) und Italien (47% gegenüber 45%). Der Pessimismus legt deutlich zu auf Zypern (+9) und Griechenland (+7), nimmt aber beträchtlich ab in Ungarn (-6) und Italien (-5).

Der Optimismus überwiegt in den 19 anderen Mitgliedstaaten, wobei die Höchstwerte aus Dänemark (72%), Polen (66%), Litauen (65%) und Bulgarien (64%) stammen. In dieser Ländergruppe hat der Optimismus in Bulgarien (+6), Finnland (+4) und Irland (+4) spürbar zugenommen; indes sinkt er deutlich in Rumänien (-5), Slowenien(-4) und der Slowakei (-4).

Wie bei allen vorigen Eurobarometer-Umfragen spielen die sozialen Variablen eine wichtige Rolle bei der Bestimmung der Zukunftsaussichten der Europäischen Union. In erster Linie steigt der Optimismus mit der sozialen Position und der sozioökonomischen Situation der Einzelpersonen: 33% der Personen, die meistens Schwierigkeiten bei der Begleichung ihrer Rechnungen haben, und 37% von denen, die sich am unteren Ende der sozialen Skala einordnen, sind optimistisch bezüglich der Zukunft der EU gegenüber 55% bzw. 59% derer, die quasi nie Schwierigkeiten bei der Begleichung ihrer Rechnungen haben, und derer, die sich selbst auf der sozialen Skala oben positionieren. Anschließend nimmt der Optimismus mit dem Alter linear ab: 58% der 15- bis 24-Jährigen, 51% der 25- bis 39-Jährigen, 48% der 40- bis 54-Jährigen und 46% der Personen von 55 Jahren und mehr bewerten die Zukunft der EU positiv.

Schließlich schwankt der Optimismus auch deutlich je nach Einstellung der Einzelperson gegenüber der EU: Der Optimismus ist viel stärker ausgeprägt bei Menschen, die gute Kenntnisse der EU haben (56%), die der EU vertrauen (79%), oder die den Eindruck haben, dass ihre Stimme in der EU zählt (75%), als bei den Menschen, die die EU schlecht kennen (36%), die ihr argwöhnisch gegenüber stehen (33%), oder das Gefühl haben, dass man ihnen in der EU kein Gehör schenkt (37%).

## **ANLAGEN**

## **TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN**

## TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 3. und dem 18. November 2012, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 78.1 durchgeführt.

Die EUROBAROMETER-Umfragewelle 78.1 ist die STANDARD EUROBAROMETER 78 Umfrage und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD EUROBAROMETER 78 Umfrage wurde außerdem in den sechs Bewerberländern (Kroatien, Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro and Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen						beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHLE DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.031	03/11/2012	18/11/2012	8.939.546
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.020	03/11/2012	11/11/2012	6.537.510
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.003	03/11/2012	14/11/2012	9.012.443
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.001	03/11/2012	18/11/2012	4.561.264
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.562	03/11/2012	18/11/2012	64.409.146
EE	Estland	Emor	1.003	03/11/2012	18/11/2012	945.733
IE	Irland	IMS Millward Brown	1.000	03/11/2012	18/11/2012	3.522.000
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.001	03/11/2012	17/11/2012	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.006	03/11/2012	18/11/2012	39.127.930
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.008	03/11/2012	18/11/2012	47.756.439
IT	Italien	TNS Infratest	1.032	03/11/2012	18/11/2012	51.862.391
CY	Zypern	Synovate	503	03/11/2012	18/11/2012	660.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.011	03/11/2012	18/11/2012	1.447.866
LT	Litauen	TNS LT	1.019	03/11/2012	18/11/2012	2.829.740
LU	Luxemburg	TNS ILReS	502	03/11/2012	17/11/2012	404.907
HU	Ungarn	TNS Hoffmann Kft	1.028	03/11/2012	18/11/2012	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	03/11/2012	18/11/2012	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.016	03/11/2012	18/11/2012	13.371.980
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	993	03/11/2012	18/11/2012	7.009.827
PL	Polen	TNS POLSKA	1.000	03/11/2012	18/11/2012	32.413.735
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.015	03/11/2012	18/11/2012	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.014	03/11/2012	13/11/2012	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.014	03/11/2012	18/11/2012	1.759.701
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.000	03/11/2012	18/11/2012	4.549.955
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.007	03/11/2012	18/11/2012	4.440.004
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.029	03/11/2012	18/11/2012	7.791.240
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.304	03/11/2012	18/11/2012	51.848.010
<b>TOTAL UE27</b>			<b>26.622</b>	<b>03/11/2012</b>	<b>18/11/2012</b>	<b>408.879.069</b>
CY(tcc)	Türkisch- zyprische Gem.	Kadem	500	03/11/2012	18/11/2012	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	03/11/2012	18/11/2012	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	03/11/2012	18/11/2012	54.844.406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.056	03/11/2012	09/11/2012	1.678.404
IS	Island	Capacent	502	03/11/2012	18/11/2012	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	1.017	03/11/2012	15/11/2012	492.265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.034	03/11/2012	15/11/2012	6.409.693
<b>TOTAL</b>			<b>32.731</b>	<b>03/11/2012</b>	<b>18/11/2012</b>	<b>476.448.740</b>



## **FRAGEBOGEN**

**A. KERNFRAGEBOGEN**

An alle

**QA1 Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen ...?**

*Nur eine Nennung möglich*

Sehr zufrieden	1
Ziemlich zufrieden	2
Nicht sehr zufrieden	3
Überhaupt nicht zufrieden	4
Weiß nicht / Keine Angabe	5

EB77.3 QA1

**QA2 Wenn Sie mit Freunden oder Verwandten zusammen sind, würden Sie sagen, Sie diskutieren häufig, gelegentlich oder niemals über ...?**

*Nur eine Nennung pro Zeile!*

	Vorgaben bitte vorlesen!	Häufig	Gelegentlich	Niemals	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Nationale politische Angelegenheiten	1	2	3	4
2	Europäische politische Angelegenheiten	1	2	3	4
3	Lokale politische Angelegenheiten	1	2	3	4

EB77.3 QA2

QA3a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA3b

**QA3a Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**

*Liste mit Skala zeigen! Nur eine Nennung pro Zeile*

	Vorgaben bitte vorlesen!	Sehr gut	Ziemlich gut	Ziemlich schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht / keine Angabe
1	Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft	1	2	3	4	5
2	Die Lage der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
3	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4	5
4	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4	5
5	Die finanzielle Situation Ihres Haushalts	1	2	3	4	5
6	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5

EB77.3 QA4a

QA3b NUR IN CY(tcc) ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT QA4a

**QA3b Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?**

Liste mit Skala zeigen! Nur eine Nennung pro Zeile

	Vorgaben bitte vorlesen!	Sehr gut	Ziemlich gut	Ziemlich schlecht	Sehr schlecht	Weiß nicht / keine Angabe
1	Die wirtschaftliche Lage in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4	5
2	Die Lage der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
3	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4	5
4	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4	5
5	Die finanzielle Situation Ihres Haushalts	1	2	3	4	5
6	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4	5

EB77.3 QA4b

QA4a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA4b

**QA4a Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**

Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen!	Besser	Schlechter	Gleich	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
2	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4
3	Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
4	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4
5	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4
6	Die wirtschaftliche Lage in der EU	1	2	3	4
7	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4

EB77.3 QA5a

QA4b nur in CY(tcc) abfragen - andere weiter mit QA5a

**QA4b Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?**

Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen!	Besser	Schlechter	Gleich	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
2	Die wirtschaftliche Lage in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4
3	Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
4	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4
5	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4
6	Die wirtschaftliche Lage in der EU	1	2	3	4
7	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4

EB77.3 QA5b

QA5a und QA6a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA5b

**QA5a      Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?**

*Liste zeigen und vorlesen - maximal 2 Nennungen!*

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Wohnungsbau	7,
Staatsverschuldung	8,
Einwanderung	9,
Gesundheit und Krankenversicherung	10,
Das Bildungssystem	11,
Renten	12,
Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	13,
Sonstiges (SPONTAN)	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
Weiß nicht / Keine Angabe	16,

EB77.3 QA7a

**QA6a      Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?**

*Liste zeigen und vorlesen - maximal 2 Nennungen!*

Kriminalität	1,
Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	7,
Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	8,
Einwanderung	9,
Gesundheit und Krankenversicherung	10,
Das Bildungssystem	11,
Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	12,
Renten	13,
Sonstige (SPONTAN)	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
Weiß nicht / Keine Angabe	16,

EB77.3 QA8a

QA5b und QA6b nur in CY(tcc) abfragen - andere weiter mit QA7

**QA5b     Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen unsere Gemeinschaft derzeit gegenübersteht?**

(MAX. 2 NENNUNGEN)

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise\ Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Wohnungsbau \ Wohnungsbeschaffung	7,
Zypermfrage	8,
Einwanderung	9,
Gesundheit und Krankenversicherung	10,
Das Bildungssystem	11,
Renten	12,
Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	13,
Sonstiges (SPONTAN)	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
WN	16,

EB77.3 QA7b

**QA6b     Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?**

(MAX. 2 NENNUNGEN)

Kriminalität	1,
Die wirtschaftliche Lage in unserer Gemeinschaft	2,
Steigende Preise\ Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Zypermfrage	7,
Wohnungsbau \ Wohnungsbeschaffung	8,
Die finanzielle Lage Ihres Haushalts	9,
Einwanderung	10,
Gesundheit und Krankenversicherung	11,
Das Bildungssystem	12,
Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	13,
Renten	14,
Sonstiges (SPONTAN)	15,
Nichts davon (SPONTAN)	16,
WN	17,

EB77.3 QA8b

QA7 NUR IN EU27 FRAGEN - CY(tcc) WEITER MIT QA8b - ANDERE WEITER MIT QA8a

**QA7     Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?**

*Liste zeigen und vorlesen! Maximal 2 Nennungen!*

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Einfluss der EU in der Welt	7,
Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	8,
Einwanderung	9,
Renten	10,
Umwelt	11,
Energieversorgung	12,
Klimawandel	13,
Andere (SPONTAN)	14,
Nichts davon (SPONTAN)	15,
Weiß nicht / Keine Angabe	16,

EB77.3 QA9

QA8a UND QA9a NICHT IN EU27 UND IN CY(tcc) FRAGEN - CY(tcc) WEITER MIT QA8b - EU27 WEITER MIT QA10a

**QA8a     Wäre die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der EU Ihrer Meinung nach ... ?**

*Vorgaben bitte vorlesen!*

Eine gute Sache	1
Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
WN	4

EB77.3 QA10a

**QA9a     Hätte Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile, oder wäre das nicht der Fall?**

Hätte Vorteile	1
Wäre nicht der Fall	2
WN	3

EB77.3 QA11a

QA8b UND QA9b NUR IN CY(tcc) ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT QA10a

**QA8b     Wäre die vollständige Anwendung des EU-Rechts für die türkisch-zyprische Gemeinschaft Ihrer Meinung nach ... ?**

*Vorgaben bitte vorlesen!*

Eine gute Sache	1
Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
WN	4

EB77.3 QA10b

**QA9b     Hätte Ihrer Ansicht nach die türkisch-zyprische Gemeinschaft durch die vollständige Anwendung des EU-Rechts Vorteile, oder wäre dies nicht der Fall?**

Hätte Vorteile	1
Wäre nicht der Fall	2
WN	3

EB77.3 QA11b



QA10a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA10b

**QA10a** Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?  
Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen!	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Weder noch (SPONTAN)	Weiß nicht / Keine Angabe
1	(UNSEREM LAND)	1	2	3	4
2	Europäische Union	1	2	3	4

EB77.3 QA12a TREND MODIFIED

QA10b nur in CY(tcc) abfragen - andere weiter mit QA11

**QA10b** Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?  
Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen!	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Weder noch (SPONTAN)	WN
1	Unserer Gemeinschaft	1	2	3	4
2	Der Europäischen Union	1	2	3	4

EB77.3 QA12b TREND MODIFIED

An alle

**QA11** Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...?  
Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen!	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Der Presse	1	2	3
2	Dem Rundfunk	1	2	3
3	Dem Fernsehen	1	2	3
4	Dem Internet	1	2	3
5	Den politischen Parteien	1	2	3
6	Der (NATIONALEN) Regierung	1	2	3
7	Dem (NATIONALEN) Parlament	1	2	3
8	Der Europäischen Union	1	2	3
9	Den Vereinten Nationen	1	2	3
10	Den regionalen oder lokalen Behörden	1	2	3

EB77.3 QA13 (items 5-10) + EB76.3 QA10 (items 1-4)

**QA12** Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

*Nur eine Nennung!*

Sehr positiv	1
Ziemlich positiv	2
Weder positiv noch negativ	3
Ziemlich negativ	4
Sehr negativ	5
Weiß nicht / Keine Angabe	6

EB77.3 QA14

**QA13** Was bedeutet die EU für Sie persönlich?

*Liste zeigen und vorlesen! Von oben nach unten/unten nach oben rotieren!*

Frieden	1,
Wirtschaftlicher Wohlstand	2,
Demokratie	3,
Soziale Absicherung	4,
Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu	5,
Kulturelle Vielfalt	6,
Mehr Mitsprache in der Welt	7,
Der Euro	8,
Arbeitslosigkeit	9,
Bürokratie	10,
Geldverschwendung	11,
Der Verlust unserer kulturellen Identität	12,
Mehr Kriminalität	13,
Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	14,
Andere (SPONTAN)	15,
Weiß nicht / Keine Angabe	16,

EB77.3 QA15

QA14 NUR IN EU27 ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT QA15

**QA14** Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Worte, ob es Ihre Vorstellung von der EU sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht beschreibt.

*Liste und Skala zeigen - nur eine Nennung pro Zeile*

	Vorgaben bitte vorlesen!	Beschreibt sehr gut	Beschreibt ziemlich gut	Beschreibt ziemlich schlecht	Beschreibt sehr schlecht	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Modern	1	2	3	4	5
2	Demokratisch	1	2	3	4	5
3	Beschützend	1	2	3	4	5
4	Effizient	1	2	3	4	5
5	Technokratisch	1	2	3	4	5

EB74.2 QA15 TREND MODIFIED

An alle

**QA15** Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen?

*Nur eine Nennung pro Zeile!*

	Vorgaben bitte vorlesen!	Ja	Nein	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Das Europäische Parlament	1	2	3
2	Die Europäische Kommission	1	2	3
3	Den Rat der Europäischen Union	1	2	3
4	Die Europäische Zentralbank	1	2	3
5	Den Gerichtshof der Europäischen Union	1	2	3

EB77.3 QA16

**QA16** Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.  
Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen!	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Dem Europäischen Parlament	1	2	3
2	Der Europäischen Kommission	1	2	3
3	Dem Rat der Europäischen Union	1	2	3
4	Der Europäischen Zentralbank	1	2	3
5	Dem Gerichtshof der Europäischen Union	1	2	3

EB77.3 QA17

**QA17** Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die EU, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.

Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen - rotieren	Richtig	Falsch	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Die EU besteht zurzeit aus 27 Mitgliedsstaaten	1	2	3
2	Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaates gewählt	1	2	3
3	Die Schweiz ist Mitglied der EU	1	2	3

EB77.3 QA18

**QA18** Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Nur eine Nennung pro Zeile!

	Vorgaben bitte vorlesen - rotieren	Dafür	Dagegen	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro	1	2	3
2	Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedsstaaten der EU	1	2	3
3	Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen	1	2	3
4	Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten	1	2	3
5	Dass die europäischen politischen Parteien bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament ihren Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten vorstellen	1	2	3

EB77.3 QA19 TREND MODIFIED

QA19a und QA19b nur in EU27 abfragen - CY(tcc) weiter mit QA20b - andere weiter mit QA20a

**QA19a** Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.

**QA19b** Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

Liste mit Skala zeigen! Eine Antwort pro Spalte

Vorgaben bitte vorlesen!	QA19a In (UNSEREM LAND)	QA19b In der EU
Sehr zufrieden	1	1
Ziemlich zufrieden	2	2
Nicht sehr zufrieden	3	3
Überhaupt nicht zufrieden	4	4
Weiß nicht / Keine Angabe	5	5

EB77.3 QA20a&b

QA20a nicht in CY(tcc) fragen - CY(tcc) weiter mit QA20b

QA20a Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

(LISTE mit Skala ZEIGEN - EINE NENNUNG PRO ZEILE)

	Vorgaben bitte vorlesen!	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
1	Ich verstehe, wie die EU funktioniert	1	2	3	4	5
2	Die Interessen (UNSERES LANDES) werden in der EU gut berücksichtigt	1	2	3	4	5
3	Ich fühle mich sicherer, weil (UNSER LAND) ein Mitglied der EU ist	1	2	3	4	5
4	Meine Stimme zählt in der EU	1	2	3	4	5
5	Meine Stimme zählt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5
6	Die Stimme der EU zählt in der Welt	1	2	3	4	5
7	Globalisierung ist eine Chance für wirtschaftliches Wachstum	1	2	3	4	5
8	(UNSER LAND) kann die negativen Auswirkungen der Globalisierung alleine bewältigen	1	2	3	4	5
9	Die EU hilft dabei, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen	1	2	3	4	5
10	Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren	1	2	3	4	5
11	(UNSER LAND) wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre	1	2	3	4	5
12	Die EU sollte sich weiter zu einem Bund von Nationalstaaten entwickeln	1	2	3	4	5

EB77.3 QA21a TREND MODIFIED

QA20b nur in CY(tcc) abfragen - andere weiter mit QA21a

**QA20b Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie jeder der folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.**

(LISTE mit Skala ZEIGEN - EINE NENNUNG PRO ZEILE)

	Vorgaben bitte vorlesen!	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	WN
1	Ich verstehe, wie die EU funktioniert	1	2	3	4	5
2	Meine Stimme zählt in der EU	1	2	3	4	5
3	Meine Stimme zählt in unserer Gemeinschaft	1	2	3	4	5
4	Die Stimme der EU zählt in der Welt	1	2	3	4	5
5	Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum	1	2	3	4	5
6	Unsere Gemeinde kann die negativen Auswirkungen der Globalisierung allein bewältigen	1	2	3	4	5

EB77.3 QA21b TREND MODIFIED

QA21 bis QA23 nur in EU27 fragen - andere weiter mit QC1

**QA21 Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas?**

LISTE ZEIGEN - BITTE VORLESEN - ROTIEREN - NUR EINE NENNUNG

Die Wirtschaft in der EU fördern und das Wachstum ankurbeln	1
Die EU zu einem wichtigen diplomatischen Akteur auf dem internationalen Parkett machen	2
Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern	3
Globale Bedrohungen bekämpfen (Terrorismus, Klimawandel)	4
Die Entwicklung der ärmsten Länder außerhalb der EU fördern	5
Demokratie und Menschenrechte in der ganzen Welt fördern	6
Frieden und Stabilität sichern	7
Die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen (Verlagerung der Industriestandorte und der Arbeitsplätze, Konkurrenz aus den Schwellenländern für europäische Unternehmen)	8
Sonstiges (SPONTAN)	9
Weiß nicht / Keine Angabe	10

EB77.3 QA25a

**QA22 Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?**

LISTE ZEIGEN - BITTE VORLESEN - ROTIEREN - NUR EINE NENNUNG

Die Wirtschaft in der EU fördern und das Wachstum ankurbeln	1
Die EU zu einem wichtigen diplomatischen Akteur auf dem internationalen Parkett machen	2
Den Lebensstandard aller EU Bürger verbessern	3
Globale Bedrohungen bekämpfen (Terrorismus, Klimawandel)	4
Die Entwicklung der ärmsten Länder außerhalb der EU fördern	5
Demokratie und Menschenrechte in der ganzen Welt fördern	6
Frieden und Stabilität sichern	7
Die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen (Verlagerung der Industriestandorte und der Arbeitsplätze, Konkurrenz aus den Schwellenländern für europäische Unternehmen)	8
Sonstige Antworten (SPONTAN)	9
Weiß nicht / Keine Angabe	10

EB77.3 QA25b

**QA23 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?**  
Nur eine Nennung!

Sehr optimistisch	1
Ziemlich optimistisch	2
Ziemlich pessimistisch	3
Sehr pessimistisch	4
Weiß nicht / Keine Angabe	5

EB77.3 QA26